

Dietrich Löffler

Literaturplanung

**Verlagsarbeit im Aufbau-Verlag nach der
6. Tagung des ZK der SED 1972**

Zusammenfassung

In der DDR wurde in den sechziger Jahren eine einheitliche Planung und Leitung des Literatursystems eingerichtet. Untersucht wird, wie die Hierarchie in der Planung und Leitung beschaffen war und mit welchen Mitteln die Steuerung praktisch umgesetzt wurde.

Die organisatorische Schaltzentrale war nach 1963 die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur. Die primäre Steuerungskompetenz lag beim Politbüro bzw. dem ZK der SED, die das Literatursystem vor allem mit kulturpolitischen Vorgaben und mit der Verteilung von Ressourcen – seit 1970 durch die Papierkommission des ZK der SED – steuerten, seltener mit direkten Eingriffen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Kulturpolitik nach der 6. Tagung des ZK der SED von 1972, die den Schwerpunkt auf die Entwicklung einer sozialistischen Arbeits- und Alltagskultur legte, der Literaturpolitik aber keine neue Orientierung gab. Allerdings wurden die Grenzen für das literaturpolitisch Zulässige ausgeweitet und die Kompetenzen der literarischen Akteure aufgewertet. Das stärkte die Autonomiebestrebungen der Autoren und Verleger. Sie waren bestrebt, über die bisher veröffentlichte Literatur des realistischen Kanons hinaus subjektive und kritische Texte der DDR-Literatur in die Öffentlichkeit zu bringen und die europäische Moderne zu publizieren. Wie dies in einer planmäßigen Verlagsarbeit realisiert wurde, wird am Beispiel des Aufbau-Verlags von 1970 bis 1975 analysiert.

Summary

In the G.D.R a centralised production planning and management was established in the sixties for the publishing of literature and books. This study focuses on the hierarchical structure of this planning and management and on instruments by which the control was realized practically.

After 1963, the administrative centre was the Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (Administration of Publishing Houses and Book-Trade) in the Ministry of Culture. However, the Political Committee or, respectively, the Central Committee of the Socialist Unity Party (SED) had the main power of control which they exercised more by political instructions and the distribution of resources than by direct interference. Since 1970 this happened by the so-called Paper Committee in the Central Committee of the SED.

The study pays special attention to the cultural policy after the 6th session of the Central Committee of the SED in 1972. This session stressed the importance of the development of a socialist culture in work and everyday life but did not provide new political guidelines for the production of literature and books. However, the limits of tolerance were widened, and the authority of the literary actors increased. Thus the endeavours of publishers and authors to gain greater autonomy were encouraged. Beyond the canon of realist literature that was already published, they also tried to make known subjective and critical texts of G.D.R. literature and of European modernism.

This paper demonstrates how this was accomplished in a publishing house within a scheduled production, analysing the case of the Aufbau Verlag from 1970 to 1975.

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturplanung

Verlagsarbeit im Aufbau-Verlag nach der 6. Tagung des ZK der SED 1972

1	Literaturplanung	1
1.1	Hierarchie und Interdependenz in der Leitung des Verlags- und Buchwesens	1
1.2	Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel als organisatorische Schaltzentrale	4
2	Planungs- und Leitungspraxis	9
2.1	Zentrale Steuerung durch kulturpolitische Vorgaben: Beispiel 6. Tagung des ZK der SED 1972	9
2.1.1	Die Ausgangssituation	9
2.1.2	Die Anleitung	14
2.1.3	Die Auswirkungen	17
	Exkurs: Autorenförderung im Verlag	23
2.2	Zentrale Steuerung durch Ressourcen: Papierzuteilung	25
3	Literaturplanung im Aufbau-Verlag	
3.1	Ablauf der Produktionsplanung	29
3.2	Prognose für den Aufbau-Verlag 1970 - 1975	32
3.3	Perspektivische Themenplanung 1971 - 1975	37
3.4	Jahresthemenplanungen 1971 - 1975	38
3.5	Schwerpunkttitel und Verlagsprofil	41
3.6	Druckgenehmigung	44
	Exkurs: Buchzensur	47
3.7	Planerfüllung 1971 - 1975	50
	Literaturverzeichnis	53
Anhang		
	Zur Titelstatistik	57
	Schwerpunkttitel (Tabellen 2a - 2e)	60
	Auflagenhöhen 1971 - 1975 (Tabelle 3)	66
	Nationalliteraturen 1971 - 1975 (Tabelle 4)	67
	Abgelehnte Bücher 1976 - 1978	68

Literaturplanung

Verlagsarbeit im Aufbau-Verlag nach der 6. Tagung des ZK der SED 1972

1 Literaturplanung

1.1 Hierarchie und Interdependenz in der Leitung des Verlags- und Buchwesens

Das Literatursystem der DDR ist parallel zur Aufarbeitung der politischen und der Sozialgeschichte der DDR überwiegend unter der Perspektive eines zentralistischen Determinismus analysiert worden. Diese Sicht war durch die Zielsetzung der SED, eine soziale Entdifferenzierung und kulturelle Homogenisierung der Gesellschaft herbeizuführen, durch den Platz, den die Literatur in diesem Programm einnahm, und aufgrund der umfassenden Steuerungs- und Kontrollmechanismen der Partei und des Staates naheliegend. Studien und Dokumentationen zum Steuerungs- und Überwachungssystem sowie zum Zensursystem in der DDR befestigten diese Perspektive.

Allerdings haben die Forschungen zu den Kernbereichen des Literatursystems (Meyszies 1996; Barck, Langermann, Lokatis 1997; Dahlke, Langermann, Taterka 2000) bald erkennen lassen, dass die Entwicklung der Literatur keineswegs allein und nicht einmal primär aus dem Vorhandensein einer Steuerung und Kontrolle zu verstehen war. Es zeigte sich, dass die Eigendynamik sozialer und kultureller Bereiche beachtlich war. Der "Konflikt zwischen staatspolitischem Programm, die Autonomisierung gesellschaftlicher Systeme rückgängig zu machen, und der Eigendynamik soziokultureller Bereiche" (Kupfer, Meyszies, Viehoff 1995, S. 130) wurde zur forschungsleitenden Annahme für die Rekonstruktion der DDR-Literaturverhältnisse aus systemtheoretischer Sicht.

Die vorliegende Studie über die Planung von Literatur folgt diesem Ansatz. Sie stellt die Literaturplanung, wie sie die SED-Führung verstand und durchzusetzen versuchte, in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit. Das Material für diese Studie wird vorwiegend aus den Jahren 1970 bis 1975 und, sofern es die Verlagsarbeit betrifft, fast ausschließlich aus dem Aufbau-Verlag genommen.

Im Sprachgebrauch der DDR wurde zwischen Planung, der Festlegung der Ziele, und Steuerung, der Leitung der Prozesse, im allgemeinen nicht deutlich unterschieden - Planung schloss in einem weiten Verständnis immer auch die Leitung der Prozesse ein. Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur (künftig auch HV) galt nach ihrer Gründung am 1.1.1963 als die Steuerungszentrale für die Buchproduktion und -distribution der DDR. Dies wurde schon von Hans Koch verkündet, der in einer Broschüre zur Literaturpolitik der DDR feststellte:

"Dem Ministerium [für Kultur D.L.] obliegt die einheitliche staatliche Leitung und Planung des gesamten Literatur- und Buchwesens einschließlich des staatlichen allgemeinen Bibliotheksnetzes. Es ist verantwortlich für die Leitung und Planung der Arbeit und weitere Entwicklung der volkseigenen Verlage, des Buchhandels..." (Koch 1976, S. 81).

Diese pauschale Zuordnung ist in der Sekundärliteratur weitgehend übernommen worden, indem man der HV die wesentlichen Entscheidungsbefugnisse für die Buchproduktion zusprach. Reinhard Wittmann nannte sie in der zweiten Auflage seiner "Geschichte des deutschen Buchhandels" "oberste Bewilligungs- und Zensurinstanz" (Wittmann 1999, S. 396). Wolfgang Emmerich setzte die HV an die Spitze eines "durch und durch autoritären, repressiven Kontrollapparat(s)" (Emmerich 1996, S. 52) und Clemens Vollnhals schrieb in einem Artikel, dass die HV "für die Zensur der gesamten Buchproduktion zuständig war" (Vollnhals 1996, S. 15).

Diese Bewertungen können den Eindruck erwecken, die HV sei die oberste Instanz für die wesentlichen Entscheidungen in der Buchproduktion gewesen. Das ist zweifelsohne nicht der Fall. Es sind die Konsequenzen zu bedenken, die daraus resultieren, dass in der Leitungshierarchie der DDR die der staatlichen Ebene entsprechende Parteiebene immer vorgeordnet war und in ihre Entscheidungsbefugnisse eingreifen konnte. Dies wurde nicht nur willkürlich in besonderen Fällen gehandhabt, sondern war gerade für grundlegende und wichtige Entscheidungen institutionalisiert, ohne dass gesetzliche Regelungen vorgelegen hätten.

Es entsprach den Grundsätzen der Führungspolitik der Partei, die "Knotenpunkte", d.h. die zentralen Aufgaben wirtschaftlicher und ideologischer Prozesse, die die Verwirklichung vieler abhängiger determinierte, direkt zu bestimmen und zu kontrollieren. So kann man die Übernahme von Papier- und Druckfabriken sowie von Verlagen in Parteieigentum (Zentrag) nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung der Parteiarbeit sehen. Hier wirklichte die SED eine Forderung Lenins aus seinem Aufsatz "Parteiorganisation und Parteiliteratur", die volle Verfügungsgewalt über die materielle Basis der Produktion von Ideologie zu behalten, um darin autark zu bleiben. Die wichtigsten Entscheidungen im Literatursystem: die Besetzung von Leitungsfunktionen, die Verteilung von Ressourcen, die Abstimmung der Pläne etc. behielt sich die Parteiführung selbst vor.

Auch für das Buchwesen der DDR galt, was Lepsius für die Wirtschaft der DDR festgestellt hat: Durch die "Verstaatlichung der Wirtschaft und die Verparteilichung des Staates" haben wir es "mit zwei institutionellen Fusionsprozessen zu tun, dem von Wirtschaft und Staat einerseits und dem von Staat und Partei andererseits" (Lepsius 1995, S. 347). Für die einzelnen Handlungen bedeutete dies, dass sie zwar in staatlichen Institutionen abliefen und durch sie konditioniert waren, gleichzeitig aber auch von den zuständigen Institutionen der Partei mit vorbereitet, kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert wurden. Diese Interdependenz von staatlicher und parteilicher Leitung der Handlungen im Literatursystem muss auf allen Ebenen berücksichtigt werden. Die Schwierigkeiten für die Darstellung ergeben sich daraus, dass die Abgrenzung der Zuständigkeiten von Staats- und Parteiapparat formalrechtlich nicht fixiert, in der Praxis aber durchaus über feste Regelungen institutionalisiert war. Diese können aus den erkennbaren Handlungen (für den Untersuchungszeitraum) rekonstruiert werden.

An der Spitze dieser Hierarchie stand das Politbüro der SED. Die Beschlüsse des Politbüros waren für alle untergeordneten Leitungen, ob staatliche oder Parteiorgane, bindend. Für eine Interpretation vorgesehen waren allein strategische Orientierungen politischer oder ideologischer Art - die Auslegung war dann auch die Aufgabe zentraler Gremien (Parteihochschule, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED u.a.). Entscheidungen über Strukturen und Prozesse im staatlichen Bereich hatten Gesetzeskraft. Sie wurden in der Regel auch von den zuständigen staatlichen Leitungen (in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Parteiorganen) bis ins Detail so vorbereitet, dass die Beschlüsse nur geringfügig verändert in die staatlichen Gesetzwerke übernommen werden konnten.

Das Politbüro setzte also auch die strategischen Vorgaben für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Arbeit im Buchwesen. Es bestimmte die essentiellen Bedingungen der Buchproduktion wie die Eigentumsverhältnisse der Verlage und des Buchhandels, die Lizenzierungsbedingungen für die Verlage, die die Programmstruktur der Verlage festlegten, und die Struktur der staatlichen Aufsicht einschließlich der Unterstellung der Betriebe. Auch für den Untersuchungszeitraum blieb der Politbüro-Beschluss vom 12. Juli 1962 über die Bildung der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur maßgebend. In die Kompetenz des Politbüros fiel weiterhin die Erklärung der politisch-ideologischen Grundorientierung in der Kulturpolitik. Die entscheidende Umorientierung zu Beginn der siebziger Jahre manifestierte sich darin, dass das Referat des Politbüromitglieds Kurt Hager auf der 6. Tagung des ZK der SED 1972 zum Parteibeschluss erhoben wurde. Bei der Korrektur bzw. grundlegenden Veränderung einmal gefasster Beschlüsse beschäftigte sich das Politbüro erneut mit dem entsprechenden Thema, ebenso wie beim Antrag des Bundesvorstands des FDGB 1972, in seinem organisationseigenen Verlag wieder Belletristik herausgeben zu können. In die Tagesordnung des Politbüros kamen also nur literaturpolitische Grundfragen und Grundsatzentscheidungen, die freilich auch Einzelfälle betreffen konnten, wie etwa die Ausbürgerung Wolf Biermanns (Chotjewitz-Häfner 1994, S. 171 und S. 268, vgl. auch Keller 1991, S. 130f.). Der Beschluss über die Aufgaben der Literatur- und Kunstkritik vom 8.1.1977 war eine aus diesem Desaster resultierende grundsätzliche Orientierung für die weitere Zeit.

Politbüromitglieder haben aber auch in einzelne literarische Vorgänge und Entscheidungen eingegriffen. Sie neigten dazu, Entscheidungen an sich zu ziehen, die in ihren Augen von politischer Tragweite waren. Hager behielt sich die Entscheidung über die Publikationen von Volker Braun selbst vor (Mitteilung von Eberhard Günther 11.7.2000, siehe auch Wichner, Wiesner 1991, S. 161). Im Zusammenhang mit der 6. Tagung sind auch andere Autoren auf direkte Veranlassung Hagers wieder herausgegeben worden (siehe dazu unten S. 18f.). Spektakuläre Entscheidungen in Zensurfällen wurden ebenfalls von Politbüromitgliedern verant-

wortet: so zu Strittmatters "Wundertäter III" (Strittmatter 1990) und zu Brechts "Arbeitsjournal" (Hecht 2000, S. 94), vor allem auch wenn es Beschwerden oder Einsprüche durch hochrangige ausländische Vertretungen gegeben hatte, wie 1976 bei Volker Brauns Stück "Che Guevara oder der Sonnenstaat" (Mix 1998, S. 185) und bei Heiduczecks Roman "Tod am Meer" 1978 (Chotjewitz-Häfner 1994, S. 98f., Wurm 1996b).

Die letztgenannten Entscheidungen wurden - das sei betont - außerhalb der Tagesordnung des Politbüros getroffen, sind aber von Hager oder Honecker, möglicherweise auch in Rücksprache mit anderen Politbüromitgliedern, kraft ihrer Eigenschaft als Politbüromitglieder gefällt worden. Die fehlende formaljuristische Regelung der Zuständigkeit der höchsten Ebene für staatliche Belange ließ derartige willkürliche Eingriffe in die literaturpolitische Routine zu. Sie erleichterte den Künstlern und Schriftstellern andererseits, günstige Bedingungen - für Auflagenhöhen, Papiersorten u. ä. - an ängstlichen oder dogmatischen Funktionären der unteren Ebenen vorbei auszuhandeln, oder Ausnahmegenehmigungen für Fälle, die die Gesetze der DDR nicht vorsahen, einzuholen. Bei Letzteren ging es eher um Privilegien, vor allem um Auslandsreisen, auch Wohnungen, wie von Schriftstellern berichtet wurde (Seyppel 1982, S. 189, S. 218, S. 227) und wie aus Akten (für Erik Neutsch) ersichtlich ist. Auf den unteren Funktionärebene konnte dies kaum geschehen, weil deren Handlungsspielraum zu eng war.

Dem Politbüro formal nachgeordnet war das Sekretariat des ZK der SED - die zweite Leitungsebene in der Hierarchie. Das Sekretariat "leitete und kontrollierte die Durchführung der Politbürobeschlüsse im einzelnen, war die höchste Instanz in der Kaderpolitik und die Spitze der Exekutive in der gesamten Parteiorganisation" (Ammer 1995, S. 832). Es übernahm über die Parteiarbeit hinaus auch die Anleitung und Kontrolle von staatlichen und gesellschaftlichen Leitungsorganen und schaltete sich so in laufende Arbeiten im staatlichen Bereich ein, wobei dies - wiederum ohne formaljuristische Ordnung - unterschiedlich organisiert war.

So setzte das Sekretariat des ZK Kommissionen ein, die mit höchster Autorität Querschnittsaufgaben bearbeiteten, die die Zuständigkeiten unterschiedlichster staatlicher Organe betrafen. Die Leitung einer solchen Kommission hatte stets ein Politbüromitglied, das zugleich auch als Sekretär des ZK für dieses Gebiet zuständig war. Die Einrichtung der Kommissionen entsprach ebenfalls dem Bestreben des Politbüros, seine direkte Entscheidungskompetenz über Schwerpunktaufgaben zu behalten. 1962 war die Kulturkommission beim Politbüro (Leitung Alfred Kurella) aufgelöst und ihre Kompetenzen der Ideologischen Kommission unter der Leitung von Kurt Hager übertragen worden. Sie beschäftigte sich seit 1964 zunehmend mit kulturpolitischen Fragen, hervorgerufen durch die internationale Diskussion im Gefolge der Entdogmatisierung (vgl. dazu Barck 1993). Neben der Ideologischen Kommission gehörte die Papierkommission (1970 wieder eingerichtet - s.u. S. 25ff.) zu den wichtigsten Entscheidungsinstanzen für das Verlags- und Buchwesen, die mindestens zweimal jährlich tagte und das Papierkontingent für die Buch- und Zeitschriftenproduktion an Ministerien und Verlage verteilte. In den siebziger Jahren stand mit Werner Lamberz einer der einflussreichsten Politbüromitglieder dieser Kommission vor. Interessant ist, dass in dieser Kommission Ministerien nicht vertreten waren. Die Interessen der HV nahm Lucie Pflug wahr, die in der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED für das Verlags- und Buchwesen zuständig war.

Die Abteilungen im ZK der SED leiteten und kontrollierten auch die laufenden Geschäfte der staatlichen Leitungen und der Leitungen von gesellschaftlichen Organisationen. Hermann Kant hat dies für den Schriftstellerverband beschrieben:

"Es gab das Prinzip der sogenannten direkten Anleitung durch die Kulturabteilung des Zentralkomitees. Meine Ansprechpartnerin war Ursula Ragwitz. Nur, um das gleich zu sagen, das hatte nicht immer sehr viel Sinn. Wenn man etwas wollte, was auf Widerstände stoßen würde, hielt ich mich nicht an Ursula Ragwitz, sondern informierte sie von meinem Wunsch oder meiner Vorstellung, aber meldete mich gleich bei Kurt Hager an. Und in speziellen Fällen, wenn ich wusste, das wird nur Schweißausbrüche bei Hager verursachen und nichts weiter, habe ich mich dann gleich bei Honecker angemeldet. Eine der ersten Besprechungen mit Honecker endete mit der Frage: 'Wie kommst du mit Ursel zurecht?' Und da habe ich gesagt: 'Gut bei gutem Wetter.' So war das. Jemand anderes hatte mir nicht hineinzureden" (Chotjewitz-Häfner 1994, S. 91).

Die Einschränkung ist charakteristisch: es gab zwar formal festgelegte Zuständigkeiten auf unterer Ebene, aber in kritischen Fällen war es sinnvoller, sich sofort an die höheren Funktionäre im zentralistischen Machtgefüge zu wenden.

Für kritische Publikationen, die höchste Grundsätze der Parteipolitik tangierten, wurde stets die Zustimmung der entsprechenden SED-Funktionäre eingeholt. Da dies informell geschah, ist dies nur in wenigen Fällen dokumentiert. Wie streng die Partei darauf achtete, zeigt sich in jenen Briefen, die Kurt Hager verschickte, wenn die ungeschriebene Regel verletzt worden war. So billigte er in einem Brief an Ursula Ragwitz vom 27.12.1977 über den thematischen Plan 1978 zwar die Edition Hajnals mit Nachdichtungen von Reiner Kunze, monierte aber: "Allerdings hat die HV Verlage wieder einmal ohne Konsultation entschieden und es wäre erforderlich, sofort zu prüfen, ob die am 27.6.77 erteilte Druckgenehmigung bereits wirksam geworden ist" (BArch, SAPMO, DY 30 / IV B 2 / 906 / 30). Die häufigeren Verstöße gegen diese "Konsultationspflicht" sind auch der Hintergrund für die Beschwerde Hagers gegenüber dem Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann im November 1989 über Klaus Höpcke, der in der Ausgabe des "Neuen Deutschland" vom 28./29. Oktober 1989 die Publikation von Stefan Heyms "Schwarzenberg" und Monika Marons "Flugasche" angekündigt hatte: "Offenbar gilt für ihn keine Ordnung mehr, aber mir ist nicht bekannt, dass solche Entscheidungen ohne vorherige Beratung und Beschlussfassung bekannt gegeben werden dürfen" (zitiert nach Wichner, Wiesner 1993, S. 215).

Kurt Hager war als Sekretär des ZK sowohl für die Abteilung Kultur als auch für die Abteilung Wissenschaften zuständig. Dass der Sektor Verlage und Buchhandel zur Abteilung Wissenschaften gehörte - und nicht zur Abteilung Kultur, die Ursula Ragwitz in der Nachfolge von Peter Heldt seit 1976 leitete - war historisch bedingt (Barck, Langermann, Lokatis 1997, S. 53), kam aber dem Machtanspruch Kurt Hagers entgegen, weil die Angelegenheiten der Schriftsteller, das betraf im wesentlichen ihre Existenz- und Schaffensbedingungen, und die Angelegenheiten der Verlage und des Buchhandels in zwei weitgehend unabhängig voneinander arbeitenden und also besser zu kontrollierenden Abteilungen bearbeitet wurden. Die Editionspolitik wurde also in der Abteilung Wissenschaften, Sektor Verlage und Buchhandel und nicht in der Abteilung Kultur bearbeitet.

Die wichtigsten Aufgaben der Abteilung Wissenschaften waren die inhaltliche Anleitung und Kontrolle der Arbeit der HV sowie die Zuarbeiten für die Aufteilung des Papierkontingents. Dabei gab es klar einzuhaltende Routinen. Die Abteilung des ZK übernahm die letzte Kontrolle der von der HV bereits durchgearbeiteten Themenpläne, die Einschätzung der belletristischen Produktion des Vorjahres nach Abschluss der Jahresberichterstattung der Verlage, die Aufstellung von Empfehlungslisten mit kulturpolitisch herausragenden Titeln, die für die kommunistischen Bruderparteien erarbeitet worden waren, aber auch intern verwendet wurden. In die laufende Editionstätigkeit der belletristischen Verlage wurde nur in politisch brisanten Fällen direkt eingegriffen.

Von ebenso großer Bedeutung war, dass das Sekretariat des ZK die Kaderpolitik für die Führungspositionen auch im Verlagswesen bestimmte. Die Kadernomenklatur des Zentralkomitees enthielt 27 Verlagsleiter und 17 Cheflektoren, während der Buchhandel und das Bibliothekswesen in der zentralen Nomenklatur nur mit dem Präsidenten des Bibliotheksverbandes der DDR und dem Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels vertreten war (Wagner 1998, S. 176). Diese Nomenklaturstellen konnten nur mit der Zustimmung des ZK-Sekretariats besetzt werden.

Die dritte Ebene in der Hierarchie bildete seit 1963 die HV. Ihre Aufgaben waren vom Politbüro festgelegt und vom Ministerrat per Gesetz und Verordnungen geregelt worden.

1.2 Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel als organisatorische Schaltzentrale

Die Bildung der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur war die wichtigste Neuorganisation des Buchwesens seit der Einrichtung des Amtes für Literatur und Verlagswesen 1951. Die komplizierte Vorgeschichte und die Ausgestaltung der Befugnisse sind von Lokatis (Lokatis 1993; Barck, Langermann, Lokatis 1997, S. 173 - 187) beschrieben worden. Der SED-Führung ging es vor allem darum, die bisher getrennte wirtschaftliche und kulturpolitische bzw. ideologische Anleitung der Verlage in einer Institution zusammenzuführen, eine selbständige Profilierung der Verlage (hauptsächlich in Hinsicht auf die Belletristik) zu unterbinden sowie die durch die unterschiedlichen Unterstellungen mögliche Konkurrenz zwischen den Verlagen und andere Reibungsverluste auszuschalten. Die einheitliche Planung und Leitung der gesamten Buchproduktion und -distribution sollte die Ef-

ektivität der Arbeit erhöhen und so auch eine größere Wirksamkeit der Literatur in der Gesellschaft sichern.

Das Politbüro der SED behandelte und verabschiedete die vom Ministerium für Kultur ausgearbeiteten Vorschläge über die Befugnisse der HV in seiner Sitzung am 31. Juli 1962. Die Anlage 5 des Protokolls enthält unter Punkt 4 in Beschlussform die entsprechenden Festlegungen:

"Die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel übernimmt die bisher der VVB Verlage übertragene Funktion einer Industriezweingleitung. Sie ist verantwortlich für die Aufstellung ökonomischer Kennziffern, die auch für die ihr ökonomisch nicht unterstellten Verlage mit Ausnahme der Privatverlage Gültigkeit haben, um gleiche Prinzipien in der Planung und im Planablauf der Verlage zu sichern.

Die Hauptverwaltung stellt die Verflechtungsbilanzen zwischen Verlagsproduktion, Absatzplanung der Verlage, Verkaufsplan des Volksbuchhandels und des Verkaufsanteils durch den privaten Buchhandel auf.

Die Hauptverwaltung ist für die Statistik der Verlagsproduktion verantwortlich und ist der Partner für die Abstimmung aller Produktionsfragen mit der Abteilung Holz, Papier, Polygraphie des Volkswirtschaftsrates." (Protokoll Nr. 34/62 der Sitzung des Politbüros des ZK am Dienstag, dem 31. Juli 1962, Anlage 5, Punkt 4. BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 841)

Dieser Politbürobeschluss legte die Steuerungskompetenz im staatlichen Bereich für die Buchproduktion verbindlich fest - auch für die Zukunft. So blieben die Verlage nach der Reorganisation der wirtschaftsleitenden Organe 1965 (Wiedereinrichtung der Industrieministerien) bis zum Ende der DDR dem Ministerium für Kultur unterstellt.

Die HV hatte nun - vereinfacht dargestellt - als Industriezweingleitung auf der Grundlage des zentralen staatlichen Plans für die ihr unterstellten Betriebe - die Verlage und den Buchhandel - die Produktion, die Verteilung und den Verbrauch von Büchern und Broschüren zu planen und zu bilanzieren. Das betraf das Aufkommen an Ressourcen, die Kosten, die Arbeitskräfte, die Warenproduktion und den Absatz der Produkte über den Großhandel bis zu den Sortimentern. Die miteinander verbundenen ökonomischen Größen wurden über die Verflechtungsbilanzen abgestimmt. Die HV vertrat die Betriebe ihres Zuständigkeitsbereiches zugleich gegenüber dem Volkswirtschaftsrat, Abteilung Holz, Papier, Polygraphie, der als übergeordnete Leitung entsprechende Bilanzen über seine Produkte aufzustellen hatte. Die Verträge mit den Herstellern der Bücher (Druckereien und Bindereien) sowie mit dem Zwischenbuchhandel schlossen die Verlage selbst ab, stets aber in dem Rahmen, den die Planung der HV vorgegeben hatte. Auf diese Weise sollte die "proportionale Entwicklung" von Aufkommen und Verwendung der Ressourcen und der Finanzen im Buchwesen gewährleistet werden. Dass die Bibliotheken nicht einbezogen waren, ist darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Bibliotheken den Räten der Bezirke, Kreise und Städte untergeordnet waren, die wissenschaftlichen dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, also über andere Pläne gesteuert wurden.

Auf die diversen Planvorgaben und ihre Verflechtungen kann an dieser Stelle unmöglich eingegangen werden. Für deren Komplexität muss der Hinweis genügen, dass die in der HV geführten Kennziffernbögen der einzelnen Verlage bis 1970 für die Verlagsarbeit 10 Positionen (ohne Untergruppen) und für die Buchproduktion 20 Positionen (ebenfalls ohne Untergruppen), ab 1971 für die Verlagsarbeit 19 Positionen und für die "Erzeugnisgruppe" 40 Positionen umfassten.¹

Allerdings galt diese Unterstellung nicht - wie nach den Intentionen der SED-Führung vermutet werden könnte - für alle Verlage. Die auch für die Öffentlichkeit herausgestellte Zusammenführung der Verantwortung für alle Verlage unter dem Dach der HV war eine Fiktion. Der HV ausdrücklich unterstellt wurden nur bestimmte Verlage.

Der gleiche Beschluss des Politbüros regelte nämlich unter Punkt 2:

¹ Erfasst wurden in dieser Auszählung die in den Kennziffernbögen der Verlage (BArch, SAPMO, DR 1 / 7207 bis 7209) angeführten Planpositionen.

"Um die einheitliche staatliche Leitung zu gewährleisten, werden die nachstehenden Verlage

a) der Massenorganisationen

Aufbauverlag	(Deutscher Kulturbund)
Kultur und Fortschritt	(Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft)
Neues Leben	(FDJ)

sowie

b) die parteieigenen Verlage

Volk und Welt	Berlin
Mitteldeutscher Verlag	Halle
Rütten & Loening	Berlin
Volksverlag	Weimar
Verlag "Neues Berlin"	Berlin
Kinderbuchverlag	Berlin
Uraniaverlag	Leipzig
Verlag "Die Wirtschaft"	Berlin
Henschelverlag	Berlin
Eulenspiegelverlag	Berlin

die bisher ökonomisch durch das Druckerei- und Verlagskontor geleitet wurden, der politisch-ideologischen und ökonomischen Leitung der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel beim Ministerium für Kultur unterstellt.

Die von diesen Verlagen erzielten Gewinne werden den Eigentümern der Verlage (Partei bzw. Massenorganisationen) zugeleitet. [...]

Zwischen der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe beim ZK und der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur ist über die Prinzipien der Gewinnabführung eine spezielle schriftliche Vereinbarung zu treffen." (Ebenda, Anlage 5, Punkt 2, S. 1f.)

Für eine Reihe weiterer Verlag wurden weitere spezielle Regelungen getroffen, wobei uns hier jene für die belletristischen Verlage interessieren. Dazu heißt es weiter:

"h) Der Dietz-Verlag, der Verlag Tribüne und der Deutsche Militärverlag unterstehen politisch-ideologisch und ökonomisch dem ZK der SED, dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerium für Nationale Verteidigung.

Diese Verlage stellen ab 1964 die Herausgabe von Belletristik ein. Ab diesem Zeitpunkt entfällt auch für den Verlag Tribüne die Begutachtung seiner Gewerkschaftsliteratur durch das Ministerium für Kultur.

Der deutsche Militärverlag erhält, beginnend mit dem Planjahr 1963, die Papierzuteilung für seine im Buchhandel vertriebene Literatur wie alle anderen Verlage durch das Ministerium für Kultur.

i) Zur weiteren Konzentration der Verlagsproduktion, insbesondere auf dem Gebiet der schönen Literatur erarbeitet das Ministerium für Kultur, Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, einen Plan der Neuprofilierung der Verlage. Vorlage an das Sekretariat des ZK: Februar 1963." (Ebenda, S. 3f.).²

Diese Festlegung über die Lizenzen (Belletristikverlage) wurde bis zum Ende der DDR nur in einem Falle geändert. 1972 unternahm der Tribüne-Verlag einen Vorstoß, um belletristische Literatur herausgeben zu dürfen. Dies war ein letztes Gefecht der anfänglichen Konkurrenz zwischen den Parteiverlagen und den organisationseigenen (vgl. Lokatis 1993, 312). Sein Ausgang belegt die Unterstützung der HV durch die Parteiführung. Die Abteilung Wissen-

² Über weitere Unterstellungen und zu den an dieser Stelle nicht behandelten Eigentumsverhältnissen sowie über die Gewinnabführung vgl. Wurm 1996, S. 86 und Lokatis 1997, S. 180.

schaften im ZK der SED lehnte das Ansinnen ab, indem sie darauf verwies, dass der Verlag kaum über die sachlichen und personellen Voraussetzungen verfügte, um ein Belletristikprogramm aufzubauen. Außerdem werde damit ein grundsätzliches Problem aufgeworfen:

"Die Aufhebung der gesetzlichen Pflicht zur Erlangung von Druckgenehmigungen für den Tribüne-Verlag war gegeben und erfolgte mit dem Beschluss des Politbüros von 1962, der festlegte, dass der Verlag künftig keine Belletristik mehr herausgibt und sich voll auf die Gewerkschaftsliteratur, für die bis dahin ebenfalls Druckgenehmigungen eingeholt werden mussten, konzentriert. Diese richtige Entscheidung ging davon aus, die inhaltliche Verantwortung für Broschüren und Bücher, die für die Gewerkschaftsarbeit herausgegeben werden, der Gewerkschaft und ihrem Verlag selbst zu übertragen.

Eine solche Entscheidung kann aber auf keinen Fall analog auf belletristische Literatur der in der Konzeption vorgesehenen Breite übertragen werden, weil damit das Prinzip der Druckgenehmigung überhaupt in Frage gestellt würde." (BArch, SAPMO, DY 30 / 18559. S. 5)

In diesem Rekurs auf Grundsätzliches wird noch einmal deutlich, dass die Abteilung Wissenschaften im ZK ihre gesetzlich nicht geregelte, aber de facto über die HV ausgeübte Zuständigkeit für die belletristische Buchproduktion nicht schmälern lassen wollte. Sie wäre sonst nämlich teilweise auf den FDGB übertragen worden.

Dieser konnte jedoch einen Teilerfolg erringen, weil das Politbüro in seiner Sitzung am 4. Juli 1972 die Herausgabe von belletristischer Literatur durch den Verlag Tribüne genehmigte, allerdings mit wesentlichen thematischen Einschränkungen: vornehmlich Gegenwartsliteratur zur Arbeiterklasse, in begrenztem Maße auch Memoiren und Biographien. Dementsprechend veranlasste die Abteilung Wissenschaft dann im Januar 1973 (falls Hager einverstanden sein sollte):

"1. Das Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel, erweitert die Lizenz des Tribüne-Verlages auf die Herausgabe belletristischer Literatur des operativen Genres.

2. Es wird festgelegt, dass für diese belletristische Literatur die Einholung von Druckgenehmigungen entfällt.

3. Zur Vermeidung von Doppelentwicklungen und zur Abstimmung mit den übrigen Verlagsplänen reicht der Tribüne-Verlag den Themenplan für belletristische Literatur der HV Verlage ein.

4. Das Papierkontingent des Tribüne-Verlages wird um 20 t für die Herausgabe belletristischer Literatur erhöht." (BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 - 1372)

Die Lizenzerweiterung für den Tribüne-Verlag fiel für die Entwicklung der Literatur in der DDR nicht ins Gewicht, weil der Verlag neben Erinnerungen von Funktionären nur Publikationen aus dem Komplex "Schreibender Arbeiter" herausgab, was auch literaturpolitisch bedeutungslos blieb.

Die geringen Zugeständnisse an den Tribüne-Verlag belegen, dass die Zentralisierung im Verlagswesen in erster Linie der Belletristik galt. Tatsächlich waren über den Dietz-Verlag, den Tribüne-Verlag, den Militärverlag - wie oben dokumentiert - hinaus auch der Volk-und-Wissen-Verlag aus dem Planungsgefüge der HV weitgehend ausgegliedert. Ihnen wurde das Papierkontingent extra zugeteilt (s.u. S. 26ff) und die Druckgenehmigungen wurden von den Parteigremien bzw. zuständigen Ministerien erteilt, nicht aber von der HV. Diese bekam lediglich deren Planungsunterlagen (Themenpläne) zur Kenntnis, weil sie die Gesamtstatistik zu erstellen hatte.

Für die belletristischen Verlage bedeutete diese Regelung mehr nur als eine Straffung der Leitung, sie bedeutete im Kontext des sozialistischen Wirtschaftssystems den definitiven Übergang zur Planung der Buchproduktion. Solange die Planung von Druckerzeugnissen bei der VVB Verlage geblieben war, wurden Bücher dort ausschließlich nach der Anzahl von Titeln, nach Verlagsbogen, Druckauflage, Papierbogen, Papiermenge, Papiergewicht, der Warenproduktion, in Preisen etc., also nur in der Gestalt wirtschaftlicher Kennziffern geplant. Buchinhalte waren in die Planung der VVB nicht aufgenommen worden. Programmplanung und wirtschaftliche Planung lagen also nicht in einer Hand. Erst mit der Gründung der HV wurden Programm- bzw. Themenplanung, die güterwirtschaftliche und die Finanzplanung zusammengeführt. Dadurch erhielt das Planungssystem eine neue Qualität: individuelle Buch-

inhalte und ihre wirtschaftliche Form wurden nicht bloß als Einheit gefasst, sondern als diese Einheit auch geplant.

Das führte auf ein grundlegendes Dilemma: die Pläne der sozialistischen Wirtschaft waren generell Finanz- oder Güterpläne (Gutmann, Klein, S. 1633). In diesem System der wirtschaftlichen Reproduktion war es zwar möglich, Bücher als wirtschaftliche Güter zu planen, es gab aber keine volkswirtschaftliche Planmethodik für individuelle kulturelle Güter. So konnten Editionsformen (Reihen, Taschenbücher, Leineneinbände etc.), selbst Gattungen (wissenschaftliche Literatur, Sachliteratur und Belletristik) und Genre (Kriminalliteratur, Unterhaltungsliteratur, Literatur des Erbes etc.) in volkswirtschaftliche Maße umgesetzt werden, für Einzeltitel gab es aber schlechterdings keine Planmethodik. Sie entziehen sich als individuelle Güter jeglicher volkswirtschaftlicher Planung. Und dies nicht, weil der Schaffensprozess schwer zu planen ist, wie einige Verleger 1952 eingewandt hatten (Zweite Verlegerkonferenz, S. 79, 94), sondern weil der einzelne Buchtitel auch in wirtschaftlicher Hinsicht völlig einzigartig ist und nicht gegen einen anderen Titel ausgetauscht werden, also in der Summe mit verrechnet werden kann. Er ist als individueller Titel in der Wirtschaft nicht kalkulierbar in dem Sinne, dass der Aufwand für Produktion und die Distribution gegeneinander aufgerechnet werden könnten.

Die Verlage trugen diesem Umstand Rechnung, indem sie mit Billigung der HV stets eine manchmal beträchtliche Zahl von Vakant-Titeln planten, um die individuellen Unsicherheiten auszugleichen, gleichzeitig aber die wirtschaftlichen Güter fest zu planen. Auf der anderen Seite berücksichtigte auch die HV die faktische Unmöglichkeit, individuelle Titel zu planen, und das auf zweierlei Weise. Zum einen wurde die Planung und dann auch die Planabrechnung in einen kulturpolitischen und einen ökonomischen Teil gesplittet. Im kulturpolitischen Planteil wurde der Themenplan, seine kulturpolitische und ästhetische Qualität, auch einzelner Titel, bewertet, während die Produktionsaufwendungen mit den anderen wirtschaftlichen Daten im ökonomischen Planteil auftauchten. Die deutliche Trennung der Planteile ist hier auffällig, wo doch auch der kulturpolitische Planteil grundsätzlich wie der ökonomische behandelt wurde. Dass dies faktisch unmöglich war, zeigte sich vor allem in der Praxis.

Für die Planabrechnung am Ende des Jahres legte die HV im kulturpolitischen Teil, wo die Planerfüllung der Titel abgerechnet wurde, nämlich nicht die eigene Planbestätigung zu Beginn der Themenplanung zugrunde, sondern den tatsächlich erreichten Stand am Jahresende, obwohl die "ursprüngliche" Planbestätigung oder der "erste bestätigte Plan", wie es in den Jahresberichten heißt, ein absolut verbindlicher Plan war. D.h. die Leistung der Verlage wurde hinsichtlich der Titeledition nicht nach der verbindlich festgelegten Planung bewertet, sondern nach dem real erreichten Stand der Produktion. Die Verlage erreichten so stets eine hundertprozentige Planerfüllung im kulturpolitischen Bereich, unabhängig davon, wie die Bewertung im einzelnen auch ausgefallen war. Eine "korrekte Abrechnung" hätte die Verlage arbeitsunfähig gemacht, weil die Pläne nie erfüllt worden wären und die Zuweisungen zu den Sozialfonds von der Erfüllung der Pläne abhing!

Die Ausnahme bestätigt den Grundsatz: Als dem Mitteldeutschen Verlag 1971 die Bestätigung der Planerfüllung für 1970 verweigert wurde, lag dies weniger an der mangelnden Planrealität, sondern war eine politisch-ideologische Disziplinierung des Verlages nach der Absetzung seines Verlagsleiters und des Cheflektors in Folge der Auseinandersetzungen um die Publikation von Christa Wolfs "Nachdenken über Christa T." (vgl. dazu Drescher 1991) und Karl Mundstocks "Wo der Regenbogen steigt". Im Protokoll der Rechenschaftslegung des Verlages vor der HV hieß es:

"Der Bericht - so wurde eingeschätzt - gibt nicht deutlich genug Auskunft, worin die tieferen Ursachen für die Nichterfüllung des Planes 1970 liegen, besonders auch welche ideologischen Hemmnisse dabei eine Rolle spielten. [...] Aufgrund der real erreichten Ergebnisse, die ursächlich mit dem im Juni 1970 notwendig gewordenen Leitungswechsel zusammenhängen, kann weder die kulturpolitische noch die ökonomische Planerfüllung bestätigt werden." (Protokoll der Rechenschaftslegung des MdV, S. 1, BArch, SAPMO, DY 30/IV A 2/22/17)

Diese Praxis hob die Verbindlichkeit der Titelplanung also de facto auf. Wenn sie dennoch beibehalten wurde, dann einmal aus formalen Gründen einer einheitlichen Planung, vor allem aber weil sie eine ständige Kontrolle der Verlagstätigkeit gewährleistete. Jede Planänderung - also jede Veränderungen im Erscheinungstermin und in der Auflagenhöhe jedes einzelnen

Titels - musste als neue Planaufgabe von der HV genehmigt werden. Die überlieferten Schriftsätze zu den Planänderungen zeigen, dass diese im Regelfall routinemäßig abgewickelt wurden.

In den Jahresberichten wurde die Differenz zwischen der ursprünglichen Titelplanung und dem tatsächlichen Erscheinen genau aufgelistet. Die "Planerfüllung" oder "Planrealität" für die Titeleditionen - allein für die Titel, nicht für die Auflagenhöhen! - pendelte bei den Verlagen zwischen 70 und 90 Prozent, wobei die Verlage mit dem Schwerpunkt auf Gegenwartsliteratur wegen der Kontrolle und Zensur am schlechtesten abschnitten. 1970 lag die Planerfüllung im Mitteldeutschen Verlag bei 67 Prozent. Beim Aufbau-Verlag war sie im Durchschnitt höher:

Tabelle 1

Erfüllung der Themenpläne im Aufbau-Verlag 1970 bis 1975
Anzahl der Titel

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Von der HV zuerst bestätigte Titel	281	230	230	244	297	298
davon erschienen	224	171	204	228	258	262
= Erfüllung in Prozent	79,7	74,3	88,7	93,4	86,9	87,9

Quelle: Jahresberichte (Aufbau-Archiv, Nr. 100 bis 105)

Diese Praxis war im Grunde ein Eingeständnis der Unmöglichkeit, individuelle Kulturgüter wie andere volkswirtschaftliche Güter auch zu planen. Sie zeigt auch, dass eine grundlegende Annahme der Planung, durch die Aufhebung der Marktgesetze eine unauflösbare Einheit von Wirtschafts- und Kulturgut zu begründen, nicht realisiert werden konnte. Wenn die Planung dennoch durchgeführt wurde, bedeutete das eine außerordentliche Komplizierung der Abläufe. Schließlich wurde mit der Bestätigung des Themenplans begonnen, die Papiermengen sowie die Druck- und Bindekapazitäten für jeden Titel vertraglich zu binden, obwohl für die Beteiligten von vornherein feststand, dass bis zu einem Viertel der zu schließenden Verträge gar nicht erfüllt werden konnte und stets eine erheblich größere Anzahl weiterer Verträge korrigiert werden musste.

2 Planungs- und Leitungspraxis

2.1 Zentrale Steuerung durch kulturpolitische Vorgaben: Beispiel 6. Tagung des ZK der SED von 1972

2.1.1 Die Ausgangssituation

Für eine Rekonstruktion der kulturpolitischen Steuerung ist der Untersuchungszeitraum 1970 bis 1975 insofern besonders interessant, weil mit der 6. Tagung³ des ZK der SED im Juli 1972 ein Kurswechsel eingeschlagen wurde, dessen unmittelbare Auswirkungen auf die inhaltliche Orientierung und die praktische Literaturarbeit gut studiert werden können. Mit der Erklärung Honeckers im Dezember 1971, dass es "von den festen Positionen des Sozialismus" aus "meines Erachtens auf dem Gebiet der Kunst und Literatur keine Tabus" gebe könne, deutete sich gegenüber dem 11. Plenum von 1965, dem "Kahlschlagplenum" (Adge 1991) eine neue Kulturpolitik an. Erkennbar wurde sie erst auf der 6. Tagung des ZK im Juli 1972, als sie Kurt Hager in einem Referat begründete. Dieses Referat wurde später zum Parteibeschluss erhoben, womit der Kurs zur parteioffiziellen Linie erklärt war. Die 6. Tagung ist in der Sekundärliteratur als kulturpolitische Zäsur beschrieben worden (Mühlberg 1993, S. 44 - 46), für die Literatur ist diese Zäsur jedoch häufig auf das Schlusswort Honeckers zur 4. Tagung vom Dezember 1971 vorverlegt worden (Emmerich 1996, S. 246). Es sollte jedoch beachtet werden, dass die literaturpolitischen Veränderungen beim Übergang von Ulbricht zu Honecker

³ Nach dem 8. Parteitag wurden die Plenartagungen des Zentralkomitees der SED in der Kurzform nicht mehr wie früher als "Plenum" bezeichnet, sondern hießen nun in Absetzung gegen die Ulbricht-Ära "Tagung". Um die zeitliche Einordnung sichtbar zu halten, wird dem gefolgt.

nicht auf einer überlegten kulturpolitischen Strategie basierten, sondern Konsequenzen anderer politischer Entscheidungen waren.

Die Absetzung Ulbrichts war das Ergebnis strategischer und machtpolitischer Konstellationen, die lange herangereift waren. Die Moskauer Gruppe im Politbüro (Honecker, Stoph, Axen und Verner) hatte sich gegen die Gruppe um Ulbricht durchgesetzt, die Reformen des Wirtschaftssystems (Neue Ökonomische Politik) eingeleitet hatte und eine begrenzte Liberalisierung in der Jugend- und Kulturpolitik zulassen wollte (Kaiser 1997, S. 457 - 461). Das auf dem VIII. Parteitag verkündete neue strategische Konzept der Honecker-Gruppe war komplex und widersprüchlich, weil einmal die auf den utopischen Zielvorstellungen beruhenden überzogenen Wirtschaftspläne Ulbrichts korrigiert wurden, dies andererseits aber mit dem Abbruch der Wirtschaftsreformen und mit der Rückkehr zum sowjetischen Modell der Wirtschaftssteuerung verbunden war. Der Beschluss, sich auf die "Hauptaufgabe" zu konzentrieren, die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung dienen sollte, statt diese in eine weite Zukunft zu verlegen, wurde von den Parteifunktionären durchweg begrüßt, während sich die Wirtschaftsfunktionäre abwartend verhielten, weil sie fürchteten, dass die damit notwendige Kreditaufnahme in großem Stile schädlich für die Wirtschaftsentwicklung sei.

Die Kulturpolitik spielte bei der Ausarbeitung dieses Programms kaum eine Rolle. Hager soll sich nach Harry Tisch gegen die Verkürzung der "Hauptaufgabe" zur "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" gewehrt haben: "...darüber gab es sogar einmal eine Diskussion im Politbüro, weil Kurt Hager mit dieser Verkürzung nicht einverstanden war, denn dadurch fiel die ganze Kultur heraus. Er sagte, das ist nicht die ganze Hauptaufgabe. Aber im Sprachgebrauch setzte sich dann doch diese Verkürzung durch. Das war allerdings ein Prozess, der über mehrere Jahre ging..." (Pirker 1995, S. 121). Die Orientierung auf die Bedürfnisbefriedigung war allein für den wirtschaftlichen und sozialen, nicht aber für den kulturellen oder gar literarischen Bereich konzipiert worden - erste Schwerpunkte waren die Maßnahmen zur Förderung berufstätiger Mütter und die Aufstellung des Wohnungsbauprogramms zur Lösung der Wohnungsfrage als sozialem Problem. (In dem für die weitere Wirtschaftspolitik wichtigen "Grundbedarf" waren kulturelle Güter nicht berücksichtigt!) Weil damit im allgemeinen Bewusstsein jedoch die Vorstellung verbunden war, dass als Leitlinien für das politische Handeln (Befriedigung der realen Bedürfnisse und Interessen) nun die Lösung aktueller Probleme an die Stelle der utopischen Zielvorstellungen treten sollte, sahen die Schriftsteller ihrerseits die Möglichkeit, ihre Interessen und Vorstellungen für den kulturellen Bereich öffentlich zu artikulieren.

In der Literatur waren in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre trotz des "Kahlschlag-Plenums" autonome literarische Prozesse in Gang gekommen, die von der Literaturpolitik der Partei nicht gedeckt, geschweige denn initiiert worden waren. Neben der geförderten, aber immer weniger beachteten Produktions- und Erziehungsliteratur entstand eine andere Literatur, in der sich neue Generationserfahrungen bis hin zum latenten Generationskonflikt vor allem in der Lyrik äußerten. Geschlechterdifferenzen, Phantasiewelten wurden zu Themen in der Literatur. Schriftsteller entwarfen selbständige Poetiken, die sich vom sozialistischen Realismus absetzten (Hartinger 1995, S. 58f.). Klaus Werner interpretierte diese Prozesse als den Beginn einer Zweiteilung "in eine affirmativ-bejahende und eine kritisch-bejahende DDR-Literatur" (Werner 1995, S. 70). Diese Entwicklungen übten zusätzlich einen Druck auf die Parteiführung aus, grundsätzlich dazu Stellung zu nehmen.

Honeckers Andeutungen einer "Liberalisierung" hatten sich zunächst keine Veränderungen in der starren Literatur- und Verlagspolitik angeschlossen. Die immer drückender werdenden materiellen Produktionsbedingungen und die Fortführung der Kontrolle im Verlagswesen sprachen jeder Erleichterung der schriftstellerischen Arbeit Hohn. Die Situation unter den Schriftstellern wurde gereizter. Die Parteiführung erreichten im Frühjahr 1972 aus dem Schriftstellerverband und den Verlagen Meldungen über die Unzufriedenheit der Schriftsteller und Vorschläge zur Veränderung der Arbeit, aus denen ersichtlich wurde, dass eine Konfrontation nicht mehr auszuschließen sei.

So nahm das Sekretariat des ZK am 23.2.1972 einen Bericht über die Wahlberichtsversammlungen in den Bezirksverbänden des Schriftstellerverbandes und über eine Diskussion im Präsidium des Schriftstellerverbandes zur Kenntnis. Danach seien unter den Schriftstellern vor allem die "Mängel in der Arbeit der Literaturwissenschaftler" und die "ungenügend entwickelte Literaturkritik" diskutiert worden. Das wörtliche Zitat aus der Hausmitteilung des Leiters der Abteilung Wissenschaften im ZK der SED Hans Hörnig an Kurt Hager (Hausmitteilung vom 13.3.72 - BArch, SAPMO, DY 30/IV B 2/2.024/78) kleidete die heftigen Attacken der Schriftsteller gegen die offizielle Literaturkritik, die in der

cken der Schriftsteller gegen die offizielle Literaturkritik, die in der Rezension von Hans Richters Lyrik-Band durch Adolf Endler in der Zeitschrift "Sinn und Form" zum öffentlichen Thema geworden war (vgl. dazu Parker 1999, S. 352f.), in eine parteiliche Sprachregelung. Des Weiteren seien nach der Äußerung Honeckers unter den Schriftstellern Debatten über Tabus entstanden. Es werde zwar konzediert, dass jede Gesellschaft Tabus haben müsse, es bestünde aber die Gefahr, dass diese zu Konventionen erstarrten und so als geforderter sozialistischer Standpunkt jede freie Äußerung behinderten - so habe sich Günter de Bruyn geäußert.

Im Zentrum der Kritik stünde jedoch die Praxis der Druckgenehmigung. Noch werde sie nicht generell abgelehnt, das gegenwärtige Verfahren aber solle verändert werden. "Im Bericht [des SV. D.L.] wird vorgeschlagen, dass die Lektorate der Verlage vor Entscheidungen über Manuskripte diese im Schriftstellerverband zur Diskussion stellen sollen und 'dass die Anonymität in der Gutachtertätigkeit aufgehoben wird.' Diesen beiden Forderungen muss widersprochen werden, da sie den Prinzipien unserer Verlagspolitik zuwiderlaufen" (Hausmitteilung, a.a.O., S. 1). Diese zusammenfassende Charakteristik bringt die Diskussion im Präsidium des Schriftstellerverbandes, in der die Einstimmigkeit der Schriftsteller in dieser Frage klar wurde, gut auf den Punkt. "Nach meiner Information", schrieb Hörnig, "ist die Forderung des Schriftstellerverbandes [...] in der Diskussion besonders von Günter de Bruyn, Wolfgang Joho, Hermann Kant und dem Sekretär des Schriftstellerverbandes, Genossen Henniger, vertreten worden" (ebenda, S. 2).

In dieser Diskussion hatte Hans Bentzien (damals Direktor des Verlages "Neues Berlin") "im Namen der Verlage" die Forderung zurückgewiesen, indem er auf die Vertragsbeziehung zwischen Schriftstellern und dem Verlag und die notwendige Meinungsbildung im Verlag, der für die Veröffentlichung verantwortlich sei, verwiesen hatte (Information über die Vorstandssitzung des Deutschen Schriftstellerverbandes vom 29.2.1972, BArch, SAPMO, a.a.O., S. 5.). Diese formaljuristischen Einwände umgingen jedoch das eigentliche Problem. Die Herstellung einer Öffentlichkeit vor der Druckgenehmigung hätte zunächst die Kenntlichmachung, in der Konsequenz die Aufhebung der staatlichen Zensur bedeutet. Mit dieser Kritik wurde der Anfang für eine Diskussion über die Zensur gesetzt, die dann 1974 wieder aufflammte.

Unter den Schriftstellern gab es freilich auch einige, die den Kurs der Partei von einer linken Position aus angriffen. Am 13.4.1972 erhielt Kurt Hager eine Information über eine Diskussion auf einer Beiratssitzung des Mitteldeutschen Verlags, in der es u.a. heißt: Genosse Neutsch

"[...] meint zu beobachten, dass sich nach dem Parteitag eine rechte Gruppierung innerhalb der Literaturgesellschaft gebildet hat und dass die Schriftsteller, die seit Jahren als Verbündete der Partei schreiben und arbeiten, ihre politischen und ästhetischen Positionen gegen viele Angriffe verteidigen müssten. Als Beispiel nannte er dafür, dass das Buch von Hermann Kant IMPRESSUM in einer hohen Auflage erscheint, dass die Bücher von Christa Wolf nach- und neuaufgelegt werden, ebenso wie Bücher von Günter Kunert, dass demgegenüber Seegers VATER BATTI SINGT WIEDER nur eine Auflage von 20.000 Exemplaren erhält und die Manuskripte von Neutsch (GATT) nach wie vor nicht verlegt werden. Er führte diese Situation auf eine falsche Leitungstätigkeit der HV Verlage zurück [...] Diese Auffassung wurde von Max Walter Schulz, Werner Bräunig und Bernhard Seeger zum Teil unterstützt, zumindest aber unwidersprochen gelassen." (BArch, SAPMO, DY 30/IV B2.2024/77)

Für den Eingeweihten war klar, dass Neutsch hier zwar die HV nannte, aber die Parteiführung meinte, die seiner Überzeugung nach Grundsatzpositionen aufgab. Nun wurde Neutsch von der Parteiführung keineswegs als ein untadeliger Parteischriftsteller, sondern eher als störrischer Sektierer angesehen. In seinem Ausfall zeichnete sich aber die Gefahr einer Polarisierung der Schriftsteller in Gruppen ab, die sich um Verlage bilden könnten. Die Konkurrenz zwischen dem Mitteldeutschen Verlag und dem Aufbau-Verlag war auch in der Öffentlichkeit sichtbar geworden, weil der Aufbau-Verlag gerade Christa Wolf als Autorin gewonnen hatte.

Der Mitteldeutsche Verlag hatte die Krise nach der Veröffentlichung von Christa Wolfs "Nachdenken über Christa T." nicht überwunden. Der interimistische Chef, der bis 1973 den Verlag leitete, führte einen ideologisch rigiden Kurs ein, für den seine Weigerung im Frühjahr 1972, Christa Wolf eine zweite Auflage der "Christa T." zu geben - die DDR-Rechte waren beim Mitteldeutschen Verlag geblieben -, charakteristisch war. Christa Wolf konnte sie aber mit Hilfe der HV, des Schriftstellerverbandes und sogar der Abteilung Kultur im ZK durch-

setzten (Information für Werner Felfe vom 12.4.1972. LA Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle, IV/ C-2/ 9.02/0516).

Die literaturfeindliche Praxis in der Arbeit des Verlags hatte einige Autoren zum Verlagswechsel veranlasst. Der Parteisekretär des Verlags sprach die Probleme auf der Wahlversammlung 1972, die im Vorfeld der 6. Tagung stattfand, offener als sonst üblich an. Er bedauerte, dass im Berichtszeitraum

"[...] einige Autoren vom Verlag abgewandert sind bzw. einige ihrer Bücher in anderen Verlagen publiziert haben. Z.B. Christa Wolf im Aufbau-Verlag, Werner Heiduczek im Verlag Neues Leben, Volker Braun im Aufbau-Verlag, Brigitte Thurm im Hinstorff-Verlag, Reinhard Bernhof im Aufbau-Verlag. Die Ursachen sind unterschiedlich, der Fakt bleibt. Die Schuld liegt bei uns. Wenn ein Autor wie Volker Braun von seinem Lektor drei Jahre nicht besucht wurde oder Werner Steinberg seinen Lektor zwei Jahre nicht gesehen hat, dann brauchen wir uns nicht über die Abwanderung zu wundern" (Rechenschaftsbericht der GO Mitteldeutscher Verlag, Halle, vom 27. 3. 1972. LA Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle IV / C -7 / 823 / Nr. 1, S. 6f.)

Ein wenig später ging er weiter auf die Ursachen ein, ohne allerdings die politischen direkt zu benennen:

"Es hat im Verlagswesen einige Verschiebungen der Wertigkeit der Verlage gegeben. Während der Mitteldeutsche Verlag in den sechziger Jahren mit seinen Publikationen im wesentlichen das Profil der DDR-Gegenwartsliteratur mitbestimmt und mitgeprägt hat, sind Ende der sechziger Jahre andere Verlage stärker in Erscheinung getreten. Der Aufbau-Verlag hat die Arbeit mit jungen Autoren verstärkt, hat eine neue Editionsreihe geschaffen, die zu den Besonderheiten dieses Verlags gehört und die ihm vielfältige Möglichkeiten eröffnet. Der Verlag Neues Leben, der schon immer mit jungen Autoren arbeitete, hat sich mit seinem Poesiealbum besonders auf dem Gebiet der Lyrik profiliert. Der Hinstorff-Verlag, der sich schon vor Jahren als Mitteldeutscher Verlag des Nordens bezeichnete, hat ebenfalls eine Reihe von talentierten neuen Autoren vorgestellt." (Ebenda, S. 8)

Der Aufbau-Verlag und der Hinstorff-Verlag hatten überdies eigene Anthologien mit Originalarbeiten auch von Autoren des Mitteldeutschen Verlages herausgebracht, was misstrauisch beobachtet wurde:

"Das Interessante daran ist: Die Anthologien geben ihnen die Möglichkeit, unter dem Vorwand der Repräsentanz auch Autoren anderer Verlage einbeziehen zu können, ohne der Abwerbung bezichtigt werden zu können. Wir sagen das ohne Vorwurf, wir stellen das lediglich fest." (Ebenda, S. 8)

Der Mitteldeutsche Verlag hatte zu dieser Zeit seine führende Stellung für die DDR-Literatur bereits verloren - die für die Literaturentwicklung entscheidenden Anstöße kamen nun aus Verlagen in Rostock (Hinstorff) und Berlin (Aufbau und Buchverlag Der Morgen). Diese Verschiebung signalisierte, dass das Monopol auf literarische Innovation des Mitteldeutschen Verlags, das die Partei aufrechterhalten wollte, gebrochen war. Das hatten literarische Akteure gegen den Willen der Parteiführung durchgesetzt. Die führende Rolle der Partei auf literarischem Gebiet war gefährdet.

Auf die Differenzierung unter den Schriftstellern ging Anneliese Große⁴ in einer vom 20.5.1972 datierten Denkschrift ein, die über die Kulturabteilung des ZK in das Büro Hager gelangte. Große setzte im Stil offizieller Verlautbarungen ein: Man bemerke nach dem VIII. Parteitag "allenthalben den echten Ansatz zum Miteinander." Dann aber ging sie schnell zu einer realistischen Beschreibung der Situation über. Sie teilte die Schriftsteller nach ihrem Verhältnis zur Partei in drei Gruppen ein: in Schriftsteller, die sich "absolut und durch und durch als Parteifunktionäre fühlen und verstehen." Weiter in solche, "die so gut wie keine marxistische Schulung haben [...], deren Weltanschauung konfus ist." Das seien unter den jüngeren sehr viele. Und schließlich solche, "die zum großen Teil (wenn auch nicht unter Anleitung, d.h. individualistisch, mit allen Nachteilen, die sich daraus ergeben), marxistisch ge-

⁴ A. Große, Chefredakteurin der "Weimarer Beiträge" 1967 bis 1972, war mit den Vorgängen unter den Schriftstellern gut vertraut. Ob diese Denkschrift bestellt war, war nicht ausfindig zu machen.

bildet sind..." Namen nannte sie dabei nicht, doch war ihre Gewichtung eindeutig: die erstere Gruppe bilde die Minderheit (Denkschrift, BArch, SAPMO, DY 30 / IV B2/2.024/78, S. 2f.). Obwohl ihre Formulierungen dies vermuten lassen, leitete sie aus dieser Einteilung keine Angriffe auf die Schriftsteller ab, die als nicht "linientreu" anzusehen waren, sondern übermittelte ein Bild von der Situation unter den Schriftstellern, ohne weiter nach den aufgeführten Gruppen zu differenzieren.

Am wichtigsten war ihr, der Furcht der Schriftsteller um den Bestand der neuen Linie nach dem VIII. Parteitag Ausdruck zu geben, ihr Verlangen nach Maßnahmen, sie zu festigen und zu profilieren. Die Schriftsteller verlangten nach einer Garantie, über komplizierte, konfliktreiche Lebensprobleme schreiben zu dürfen, ohne gleich der Sozialismusfeindlichkeit verdächtigt zu werden, sie wollten gleichberechtigte Diskussionen, also mit ihren Problemen ernst genommen zu werden, und forderten schließlich das "Wegfallen einer administrativen Regelung von Kunstangelegenheiten im Anonymen, also hinter dem Rücken der Autoren. Das betrifft insbesondere die Verlage und die HV Verlage." Auch forderten sie eine Verbesserung der Literaturkritik (ebenda, S. 1f.). Diese Aufzählung der Forderungen der Schriftsteller beschloss sie mit den Worten: "Autoren sagten mir, dass jetzt überall große Hoffnung bestünde, sollte dies zunichte gemacht werden, würde es sicher einen schrecklichen, sodann kaum wieder zu reparierenden Rückschlag geben" (ebenda, S. 2).

Es gab für die Parteiführung eine große Zahl deutlicher Signale, dass die enttäuschten Hoffnungen der Schriftsteller zu Konflikten führen könnten, die der Partei die Führungsrolle auf kulturellem Gebiet kosten könnte.

Verschärft wurde diese Entwicklung durch das ständige Absinken der Buchproduktion. Die Statistiken des Jahrbuchs der DDR zeigen einen stetigen Rückgang der Titelproduktion für die Belletristik von 1965 bis zu seinem Tiefpunkt 1972 an. Herausgegeben wurden 1970: 968 Titel; 1971: 950 Titel; 1972: 916 Titel. Der Grund dafür kann eindeutig daran festgemacht werden, dass das Verlagswesen immer weniger Papier erhielt und seine Produktion drosseln musste. Der Rückgang der Papierbereitstellung war zweifelsohne eine direkte Folge der 11. Plenums, indem die Teilnehmer der Papierkommission, die die Interessen des Buchwesens vertreten sollten, sich als Vertreter ideologisch unzuverlässiger Partner nicht mehr durchsetzen konnten. Es ist bezeichnend, dass in den Direktiven für die Fünfjahrpläne (bis auf den letzten von 1986) das Papierkontingent für das Buchwesen niemals direkt angegeben wurde. Es gab keinen verbindlichen, höchsten Parteibeschluss, auf den sich Verleger und Buchhändler hätten berufen können. Während in der Planung der Kulturentwicklung der Papierbedarf von den Fachleuten für 1970 auf 25.044 to und für 1975 auf 30.000 to veranschlagt worden war (Entwurf f. d. Perspektivplandirektive 1971 – 1975 von Dezember 1968. BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 9.06 / 6, S. 3), nahm er in der Praxis weiter ab. 1970 wurden zunächst 22.200 to zur Verfügung gestellt und 1971 nur 19.200 to, also ein Fünftel weniger, als die moderate Planung vorgesehen hatte. Allerdings wurde das Papierkontingent für die lizenzierten Verlage später auf energische Proteste hin auf 22.468 bzw. 22.584 to erhöht, blieb damit aber weiter unter dem Stand von 1965. Wie krisenhaft die Situation war, lässt sich an den Jahresabschlussberichten der Verlage ablesen. Der Kampf um einen Titel war auch ein Kampf um das Papier für die Edition, nicht selten mit Hilfe von Ausnahmegenehmigungen. Die Buchproduktion stand vor der 6. Tagung 1972 vor einem Debakel, das die Führung nicht übersehen konnte.

Es gab 1972 innerhalb der SED-Führung offensichtlich keine einheitliche Meinung, wie dieser Situation zu begegnen sei. Sollte sie den bisherigen Kurs fortführen und die Schriftsteller erneut - wie auf dem 11. Plenum 1965 - disziplinieren oder sollte sie versuchen, die Probleme mit ihnen als ernst zu nehmende Partner zu lösen? Kurt Hager hat rückschauend letzteres angedeutet, wenn er den Kurs der 6. Tagung als Reaktion auf die "verheerenden Auswirkungen des 11. Plenums" (Hager 1996, S. 324) bezeichnete. Die Ablehnung seiner neuen Politik sei "von links, aus den Reihen der ehemaligen proletarisch-revolutionären Schriftsteller um Otto Gotsche" (ebenda, S. 325) gekommen. Überzeugend ist diese späte Rechtfertigung nicht. Es sollte bedacht werden, dass Hager als Leiter der Ideologischen Kommission beim Politbüro und nach seiner Haltung auf dem 11. Plenum (vgl. dazu Kaiser 1997, S. 181 ff., S. 199 ff.) selbst zum "linken Flügel" zu zählen war. Zwar bezeichnete Hager die geistige Herkunft richtig - aber politisch konnte ihm die Gruppe alter Kader in der Partei, die gerade abgelöst worden war, kaum gefährlich werden. Gotsche war mit dem Sturz Ulbrichts im Mai 1971 seines Amtes als Sekretär des Staatsrates (und einflussreicher Berater Ulbrichts in kulturpolitischen Fragen) verlustig gegangen und wohl ohne politischen Einfluss wie die anderen

Schriftsteller auch, auf die Hager anspielt. Klar ist freilich, dass der neu einzuschlagende Kurs nicht von allen Mitgliedern der Parteiführung geteilt wurde.

Ein Ex-post-Beleg dafür ist die Dienstkonferenz im Ministerium für Staatssicherheit, die Erich Mielke unmittelbar nach der 6. Tagung, am 13.7.1972, durchführte. Hier ging er auf die Kulturpolitik der Partei ein. Er bejahte sie natürlich, schränkte dies aber ein, indem er herausstrich, dass der Klassenfeind die Absicht verfolge, im Inneren der DDR eine Opposition zu schaffen. "Deshalb konzentriere sich der Gegner auf 'Schriftsteller, Verlagsmitarbeiter, Künstler, Kritiker und andere Personen, die Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben'" (Walther 1996, S. 82). Das war eine klare Gegenposition, weil er unterstellte, dass die liberale Kulturpolitik geeignet sei, dem Gegner die Möglichkeit zu geben, eine Plattform für die Konterrevolution zu schaffen. Wenn er Verlagsmitarbeiter und Kritiker in die Reihen der potentiellen Oppositionellen einbezog, wollte er die Genossen an die "konterrevolutionären" Akteure von 1956/57 im Aufbau-Verlag und um die Wochenzeitung "Sonntag" erinnern. Um dies im Vorfeld zu verhindern, entwickelte das Ministerium für Staatssicherheit Pläne zur operativen Bearbeitung von Schriftstellern und Künstlern, in der weniger strafrechtliche als zersetzende Maßnahmen anzuwenden seien (ebenda, S. 83f.). Mielkes Reaktion auf die Tagung bestand in einem Wechsel von der offenen Auseinandersetzung, die unter Ulbricht noch geführt wurde, zur Anwendung von infamen verdeckten Maßnahmen gegen die Künstler. Das konnte gegenüber der Parteiführung als eine vorbeugende Maßnahme deklariert werden - darin manifestierte sich aber eine Haltung, die dem eingeschlagenen Kurs ablehnend gegenüberstand. Die Ausbürgerung Biermanns vier Jahre später war ein für die Führung letztlich misslungener Vorstoß, diesen Kurs umzukehren. Von Mielke und Honecker beschlossen und verfügt, wurde sie erst nachträglich nach einer Debatte im Politbüro, bei der Hager für das Versagen der Kulturpolitik verantwortlich gemacht wurde, sanktioniert (Keller, Kirchner 1991, S. 130).

2.1.2 Die Anleitung

Kurz vor der 6. Tagung, am 17.4.1972, hatte Hager die SED-Bezirkssekretäre für Wissenschaft, Bildung und Kultur zusammengerufen, um seine Position zu erläutern. Nach den Berichten einiger Bezirkssekretäre über die Probleme in der Kulturarbeit äußerte sich Hager in einem zusammenfassenden Schlusswort. Er sprach vor den Funktionären ohne ausgearbeitetes Manuskript direkt zur Sache:

"Das sind gewissermaßen noch nicht ausformulierte Gedanken für das Plenum, aber das sind Gedanken, die mir für die Vorbereitung des Plenums besonders wichtig erscheinen." (Mitschrift, BArch, SAPMO, DY 30 / IV B2/2.024/29, S. 151)

Im parteiinternen Kreis verzichtete er auf die sonst übliche parteioffizielle Sprachregelung mit den formelhaften Ableitungen aus den Grundfragen der Politik, mit den Zitaten der Klassiker des Marxismus-Leninismus etc. Dieses Referat wurde später nicht veröffentlicht.

Er stellte eingangs fest, dass die Annäherung der Intelligenz und der Arbeiterklasse "auf dem Boden der Ideale der Arbeiterklasse selbst" (ebenda, S. 142) fortgeschritten sei und dass die Künstler noch stärker mit der Partei verbunden werden sollten. Dabei gehe es um Grundsätzliches: "Ich glaube, dass man die Frage sehr viel breiter stellen muss, als nur unter dem Aspekt der Beziehung zu einer Brigade oder zu der Anleitung eines Volkskunstzirkels" (ebenda, S. 148). Implizit ist hier der Bitterfelder Weg angesprochen und als zu enger Ansatz fallengelassen. Die Aufgabe heute bestehe darin, die wachsenden kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse auf der einen Seite und die wichtige Funktion der Künste für das Lebensgefühl im Sozialismus auf der anderen miteinander zu verbinden.

"Wenn das alles, was ich dargelegt habe, so ist, worin besteht dann im gegenwärtigen Augenblick unsere Hauptgefahr? - Ich habe eine Reihe von Genossen getroffen, die sagen so: Bloß Vorsicht! Bloß Vorsicht! Bloß Vorsicht, dass wir nicht nach rechts abrutschen. Die Hauptgefahr besteht im Augenblick nicht darin, dass wir nach rechts abrutschen, da ist eine echte Gefahr. Ich will sie nicht leugnen. Ich brauche nicht bei jeder Gelegenheit den erhobenen Zeigefinger und eine solche Situation, dass einer sagt: Lieber hau ich einmal mehr auf die Künstler, als dass ich ihnen ein Zugeständnis mache.

Das, worum es eigentlich geht, ist die Beseitigung einer gewissen Enge, die Beseitigung einer gewissen Enge, wie sie eben zum Ausdruck kommt in dem Beispiel, dass hier Genosse Hall über die "Hamlet"-Aufführung in Leipzig dargestellt hat." (Ebenda, S. 161f.).⁵

Hagers Argumentation zeigt, wie die Führung alle Probleme aus der Perspektive des Klassenkampfes beurteilte und sich dabei als berufener Vertreter der Arbeiterklasse in Position setzte. Er versicherte sich zuerst der politischen und ideologischen Stärke in diesem Kampf - und das heißt auch gegenüber den Bündnispartnern im Lande, der Intelligenz und den Künstlern. Eine Gefahr, die Position der Stärke einzubüßen, bestehe nicht. Das wird in seinen Ausführungen mehrfach wiederholt. Ganz offensichtlich war das keine nur rhetorische Frage, sondern ein Appell an die Bezirkssekretäre, ihn zu unterstützen. Er musste die Bezirkssekretäre für seinen Standpunkt gewinnen, um in der Parteiführung bestehen zu können.

Die stabile politische Situation und die ideologische Stärke der Partei mache es möglich, "dass wir die engen sektiererischen Handlungs- und Verhaltensweisen mehr abbauen, als das der Fall ist. Das kann man aber jetzt nicht nur allgemein deklarieren, Genossen, man muss das von Fall zu Fall prüfen" (ebenda, S. 163f.). Später variierte er erneut:

"Ich denke, dass wir diese optimistische Einschätzung der Lage, wie sie gegeben ist, durchaus allgemein bestätigen können, dass es jetzt darauf ankommt, so zu verfahren, dass wir bei der Beurteilung von Kunstwerken sachlicher, nüchterner, gründlicher und verständnisvoller vorgehen und dass wir gleichzeitig unsere sozialistischen Prinzipien, das heißt die Linie des VIII. Parteitages, mit Nachdruck verfechten." (Ebenda, S. 167).

Dieses interne (und intern gebliebene) Eingeständnis, sektiererisch mit der Kunst umgegangen zu sein, bildet den Kern seiner Argumentation. Hager erklärte damit den schließlich parteioffiziell gestützten Umgang mit der Kunst nach dem 11. Plenum für nicht mehr angemessen. Die von ihm und den Bezirkssekretären angeführten Beispiele belegen, dass in der Parteiführung und unter maßgebenden Funktionären ein grundlegendes Misstrauen den Künstlern gegenüber vorherrschte. Am ausführlichsten war Roland Bauer, der Sekretär der Berliner Bezirksleitung, darauf eingegangen:

"Wenn ich nur das Problem des Verhältnisses der Arbeiterklasse zu den Künstlern in der Akademie nehme, das hier hineingehört, dann sieht man schon, dass das vom Umfang her gar nicht zu bewältigen ist. Es hat doch eine Diskussion über die Frage des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Künstlern gegeben. Das hat sich herumgesprochen. Die Reaktion darauf ist sehr interessant. Manche sagen: Ganz prima! - Aber andere sagen: Kurt Hager hat in seiner Rede alles in Frage gestellt. - Ich sage das nur, um zu zeigen, wie unterschiedlich einzelne reagieren.

Ich habe in meinem Diskussionsbeitrag in der Parteiversammlung unter anderem gesagt: Natürlich muss man auch Stücke von Hacks spielen, und es ist doch gut, dass in Leipzig ein Stück von Küpper (?) aufgeführt wird. - Doch die Genossen sagten, ich hätte sie damit verunsichert." (Ebenda, S. 46 f.).⁶

Dieses Misstrauen abzubauen, war offensichtlich Hagers Ziel:

"Ich möchte unterstreichen, Genossen, dass eine der wichtigsten Seiten unserer Arbeit eine verständnisvolle, feinfühligke Art des Herangehens ist, und verständnisvoll und feinfühlig heißt gar nicht kompromisslerisch, heißt nicht etwa prinzipienlos, sondern heißt, die Dinge von Grund auf anpacken, und zwar

⁵ Überliefert ist das nicht korrigierte Typoskript einer Mitschrift. Sinngemäß müßte in der Verschriftlichung nach dem zweiten "abrutschen" ein Punkt oder Gedankenstrich stehen und "Das ist eine echte Gefahr" als Gegenstück neu einsetzen. Im Folgenden sind offensichtliche Tippfehler stillschweigend korrigiert. Die Hamletinszenierung von Karl Kayser am Leipziger Schauspielhaus (Premiere am 19. 11. 1971) zeichnete sich durch eine "Freizügigkeit gegenüber dem Text" und einen "auffälligen Einsatz von Schaelementen" (Nössig, 6) aus, was in Funktionärskreisen als Verunglimpfung der Klassiker angesehen wurde.

⁶ Unter den Funktionären waren die Vorbehalte gegen Hacks nach den Diskussionen um die Aufführung von "Die Sorgen und die Macht" und "Moritz Tassow" Anfang der sechziger Jahre geblieben. Die Niederschrift "ein Stück von Küpper" beruht auf einem Hörfehler. Gemeint ist die Uraufführung von Volker Brauns Stück "Die Kipper" am 4. März 1972 in Leipzig, deren Echo auch der Aufbau-Verlag mit gespannter Erwartung entgegengesehen hatte, weil er das Stück in der ENT herausbringen wollte.

so, dass der andere dadurch noch mehr gewonnen wird, noch mehr überzeugt wird. Das kostet Zeit und kostet Mühe." (Ebenda, S. 157)

Schließlich berief er sich auf die sowjetischen Genossen, die betonten,

"[...] dass die Methode der Kulturpolitik nicht die Methode sein kann: Alle Künstler werden in einer Reihe aufgestellt, dann ertönt das Kommando "Stramm gestanden!", und nun führt folgenden Befehl aus. - Sie sagen, mit dieser Methode muss man absolut Schluss machen. Es geht vielmehr um eine sehr persönliche, sehr feinfühlig, sehr subtile, gleichzeitig aber prinzipielle Arbeit mit den Kulturschaffenden [...]." (Ebenda, S. 186).

Er bemühte sich, einerseits eine einführende Arbeit mit den Künstlern zu fordern, andererseits aber die notwendige Abgrenzung gegen nicht-sozialistische künstlerische Aktivitäten klar zu bestimmen. Er leitete das bestimmende Kriterium aus dem Klassenkampf her, in diesem Kreis der Funktionäre unverhüllt auf den Machterhalt verkürzt:

"Ich würde es als ein Kriterium betrachten, wenn ich anfangs, sauer zu werden, weil ich den Eindruck habe, dass jemand gegen die Partei schreibt, um die Partei zu diskreditieren, ihr Ansehen zu zerstören [...]." (Ebenda, S. 168).

In Hinblick auf die zu beurteilenden Kunstwerke musste er aber auch kulturelle und ästhetische Kriterien angeben:

"Wenn einer hier schreibt für die Verbreitung der westlichen Unkultur, für die Propagierung des Rauschgifts, der Pornographie, der westlichen Philosophie der Verzweiflung des Menschen an seinem Leben, der Angst vor dem Leben überhaupt, wenn jemand unter sozialistischem Vorzeichen solche Äußerungen der verfallenden kapitalistischen Gesellschaft propagiert, dann würde ich sagen, dass man ihm entgegenzutreten muss.

Wenn aber jemand einfach zum Ausdruck bringen will, dass der Mensch auf der Suche nach einem besseren Leben ist, dass er dabei auch Angst vor vielen Dingen hat, die in der Welt geschehen, wie das bei Günter Kuhnert (sic!) der Fall ist, wenn jemand trotz aller Angst, die er hat, den Glauben an eine bessere Welt vertritt, dann ist für ihn auch bei uns Platz. Es ist nicht jeder ein Hans Marchwitza oder Willi Bredel." (Ebenda, S. 168 f.)

Das Denken in den "unversöhnlichen" Gegensätzen des Klassenkampfes war im Führungskreis der SED unerschütterlich. Wie der Klassenkampf unverändert bestehe, bestehe auch der Gegensatz von sozialistischem Realismus und spätbürgerlicher Dekadenz weiter. Ideologiegeschichtlich gesehen, fällt auf, dass Hager die formal-ästhetischen Gegensätze: klassische Form gegen Auflösung der Form nicht mehr verwendete, obwohl in den Beiträgen der Bezirkssekretäre davon die Rede war. Er ging nur auf die moralischen und weltanschaulichen Gegensätze ein. D.h. er gab den Standpunkt der Partei aus der Zeit des Kampfes gegen den Formalismus praktisch auf, bestand aber auf der parteilichen Position im Kampf gegen die Dekadenz. Das ist insofern bemerkenswert, weil dies in der öffentlichen ästhetischen Debatte zu dieser Zeit kaum eine Rolle mehr spielte. Parteiintern blieb das weltanschaulich-moralische Kriterium für die Abgrenzung gegen den Imperialismus und seine Kultur entscheidend.

Hager entwickelte hier keine neuen Ideen, sondern variierte nur die praktisch-theoretischen Positionen (gegen die Dekadenz) der Jahre zwischen der Beratung des Politbüros und des Ministerrates mit den Künstlern 1963 und dem 11. Plenum 1965, die er als Leiter der Ideologischen Kommission federführend vorbereitet hatte. Im Unterschied zu früher wurden die Grenzen für das Zulässige allerdings weiter hinausgeschoben, was Hager an Kunert beispielhaft vorführte. Dieser Bezug auf Kunert verrät Wesentliches über seine Position: Auf der Beratung von 1963 hatte er dessen Libretto der Fernsehoper "Fetzers Flucht" und seinen Fernsehfilm "Monolog für einen Taxifahrer" als Beispiele für pessimistische und nihilistische Kunst gebrandmarkt:

"In Inhalt und Form widersprechen beide Werke den Grundforderungen an die Kunst des sozialistischen Realismus. Statt sozialistischer Parteilichkeit für unsere Republik und ihre Menschen finden wir skeptische Distanzierung, Verachtung der Arbeit und des Kampfes der arbeitenden Menschen. Statt der Wahrheit und Schönheit unseres Lebens mit allen seinen Konflikten finden wir das entstellte primitive, schematische Bild eines Lebens ohne Wärme, ohne menschliche Größe." (Ulbricht, Hager, ebenda, S. 36)

Durch eine nicht begründete, sondern nur gesetzte Veränderung der Perspektive auf das Werk Kunerts galt er nun als ein Schriftsteller, dessen skeptischer Blick auf die Welt keinen Pessimismus verbreite, sondern die sozialistische Zukunft einschließe. Sein Wert für die sozialistische Kultur reiche freilich an proletarische Schriftsteller wie Bredel und Marchwiza nicht heran.

Vergleicht man dieses Referat Hagers mit seinem Referat von 1963 und seinen Ausführungen im Gespräch der Parteiführung mit den Schriftstellern im Staatsrat 1965 und in der Vorbereitung auf das 11. Plenum 1965 (Agde 1991, S. 139f.), so sind in Grundsatzfragen keine neuen Positionen erkennbar. Zwar gestand er 1972 indirekt das Scheitern der Kulturpolitik nach dem 11. Plenum ein, aber er verabschiedete sich nicht von den Grundsätzen, die dieses herbeigeführt hatten. Diese Aussprache führte keine neuen Argumente in die Debatte über künstlerische Fragen ein. Es ist nicht einmal eine Anstrengung zu erkennen, die mit dem VIII. Parteitag verbundene Orientierung der Politik und Wirtschaft auf die Bedürfnisbefriedigung auf die Literaturpolitik zu übertragen.

Das musste den nicht unrichtigen Eindruck erwecken, dass Hagers Position politisch-taktisch begründet war. Schließlich hatte er 1965 als Leiter der Kulturkommission jenen Zusammenhang "von Jugendfragen, Kulturpolitik und 'Feindeinwirkungen'" (Kaiser, S. 184 f.) konstruiert und damit an der Seite Honeckers dogmatische Positionen gegen Ulbricht verfochten. Seine Parteinahme für Honecker in den Flügelkämpfen des Politbüros dürfte auch für seinen Schwenk auf der 6. Tagung maßgebend gewesen sein - ihm ging es in erster Linie um die Abgrenzung gegen den innerparteilichen Gegner, weniger um ein begründetes Konzept für eine neue Literaturpolitik. Hager vermittelte eine für die künstlerische Arbeit konzeptionslose Liberalisierung, die die Funktionäre fürchteten, während die literarischen Akteure ermutigt wurden, ihre Vorstellungen aktiv zu vertreten. Daraus entstand eine Eigendynamik in der literarischen Entwicklung, die sich an den angestauten Problemen entwickelte. Im Folgenden wird im Detail analysiert, wie das im Verlagswesen vonstatten ging.

2.1.3 Die Auswirkungen

Da Hagers Referat auf der ZK-Tagung zum Parteibeschluss erhoben wurde, bedeutete es nicht nur eine allgemeine Orientierung für die Arbeit, sondern verlangte konkrete Maßnahmen zur Umsetzung in Form von weiteren Parteibeschlüssen und Beschlüssen der staatlichen Leitungen. Bereits am 12.7.1972 hielt der Minister für Kultur Klaus Gysi, der an der Beratung mit den Bezirkssekretären teilgenommen hatte und also gut informiert war, ein Referat zur Auswertung der 6. Tagung, in dem er die Arbeitsweise seines Ministeriums heftig kritisierte. Er führte dabei neben den in der Partei üblichen Standardkritiken wie "mangelnde Kollektivität" drei grundlegende Mängel an, die im besonderen für die Arbeitsweise der HV galten:

"Die Tätigkeit ist nicht auf die Schaffung langfristiger Konzeptionen für die Leitung und Entwicklung der Schwerpunkte der kulturellen und künstlerischen Prozesse eingestellt. Durch weitgehende Orientierung auf operative oder auch aus der täglichen Arbeit anfallenden Aufgaben wird ungenügend auf die Erarbeitung von Vorgaben für längere Zeiträume Einfluss genommen und der Selbstlauf und das Hinterherlaufen hinter den Tagesaufgaben und Detailfragen unterstützt." (SED ZK, Abtlg. Kultur: Zu einigen Fragen der Leitungstätigkeit des MfK, BArch, SAPMO, DY 30 / IV B 2/ 9.06 / 13, S. 1)

Dem entspreche, dass die wissenschaftlichen Grundlagen für die Leitung ungenügend seien. Der zweite Kritikpunkt ist:

"Das Zusammenwirken mit den Künstlern und ihren Verbänden für die schöpferische Entwicklung unserer Kunst und Literatur, die Einbeziehung von Künstlern und der Verbände in die Leitung wird vernachlässigt. [...]"

Die Anonymität 'des Ministeriums' gegenüber den Künstlern und Schriftstellern ist weit verbreitet und trägt Züge der Rückversicherung und fehlender Risikobereitschaft, der Delegation der Verantwortung auf andere usw. Offensichtliche Ursachen dafür sind die Unsicherheit einer größeren Anzahl von Kadern gegenüber der Kunstpolitik der Partei, ungenügende politisch-ideologische und wissenschaftliche Qualifikation, fehlende Verantwortungsfreude." (Ebenda, S. 3/4)

Und schließlich:

"Die publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit einer größeren Anzahl leitender Kader des Ministeriums für Kultur reicht noch nicht aus. Nach dem VIII. Parteitag ist festzustellen, dass mit wenigen Ausnahmen eine spürbare Zurückhaltung bei leitenden Kadern im öffentlichen Auftreten und in der Publikationstätigkeit eingetreten ist. Dadurch wurden wichtige kulturpolitische Prozesse und notwendige Leitungskonsequenzen nicht orientierend genug durch das Ministerium für Kultur durchgesetzt." (Ebenda, S. 4)

Dieser letzte Kritikpunkt ist ein elegant verkleideter Vorwurf, dass leitende Kader des Ministeriums die Linie des VIII. Parteitags nicht vertreten würden. Die vorangenannten Mängel der konzeptionslosen Leitung und der Anonymität des Ministeriums werden so mit der fehlenden Bereitschaft in Verbindung gesetzt, die neue Linie zu unterstützen. Die notwendige Konsequenz war das Auswechseln von Leitern. Tatsächlich wurde Bruno Haid am 1. 2. 1973 als Leiter der HV von Klaus Höpcke abgelöst. Haid, ein hochgebildeter Jurist, der in der französischen Emigration studiert hatte, war 1960, nachdem er seiner Funktion als Generalstaatsanwalt enthoben worden war, in das Kulturministerium gekommen und galt zunächst als Hoffnungsträger. Seine Politik gegenüber den Verlagen und dem Buchhandel war aber in der Folgezeit starr ideologisch geleitet, ohne Rücksichtnahme auf der Sensibilität der Literaturproduktion und die praktischen Probleme des Literaturvertriebs. Mit ihm war die neue Linie nach der 6. Tagung nicht zu realisieren. Klaus Höpcke, Kulturredakteur beim "Neuen Deutschland", gab offensichtlich die Gewähr, die neue Linie bei Bewahrung grundlegender parteilicher Positionen umsetzen zu können.

Gleichzeitig wurde begonnen, die zur Kenntnis genommenen angestauten Probleme zu lösen. Das betraf sowohl allgemeine Fragen wie die Papierversorgung als auch die Probleme einzelner Autoren. Schon am 10.5. hatte Hörnig an Kurt Hager ein Papier mit einer von der HV erarbeiteten Zusammenstellung offener Fragen der Verlagsarbeit übersandt, das Hager für ein Gespräch mit Verlegern benötigte. Darin waren die in jüngster Zeit intern (wie eine Annotation zeigt, auch im Sekretariat des ZK) diskutierten Problemfälle aufgeführt. Die die Autoren betreffenden Passagen sind folgende:

"Zur Zeit gibt es einige offene Fragen, die schnell gelöst bzw. für die Lösungswege - z.T. in einem längeren Zeitraum - gesucht werden müssen.

1. Diskussionen und Entwicklungen in den letzten Monaten haben einige Manuskripte und Bücher, die bei den Autoren bzw. Verlagen liegen, wieder ins Gespräch gebracht. Dazu sind, wie bisher, einheitliche Standpunkte notwendig.

a) Erik Neusch hat - anscheinend nach der Ankündigung einer Nachauflage von "Nachdenken über Christ T." - in die Diskussion wieder die Herausgabe des Manuskripts "Auf der Suche nach Gatt" gefordert. Allerdings hat er unseres Wissens nach der prinzipiellen Diskussion im Präsidium des Verbandes nicht wieder am Manuskript gearbeitet. Jedoch waren Bezirksleitung, Verlag und Genosse Neusch sich einig gewesen, dass Neusch bei starker materieller und ideeller Unterstützung zuerst konzentriert an dem Roman "Der Friede im Osten" arbeitet und danach sich eventuell der Umarbeitung des "Gatt" wieder zuwendet.

b) Beim Aufbau-Verlag liegt ein Roman-Manuskript von Fritz Erpenbeck, zu dem Genosse Dr. Bauer - nach Lektüre von etwa 60 Seiten - unlängst meinte, sich positiv äußern zu wollen. Der Aufbau-Verlag hatte dieses inhaltlich und ästhetisch schwache Manuskript von Fritz Erpenbeck schon vor etwa drei Jahren abgelehnt. Er prüft gegenwärtig erneut, doch waren bisher alle Diskussionen und Versuche, das Manuskript zu verbessern, erfolglos; teils aus Altersgründen, vor allem aber, weil der Autor dem Verlag ständig vorwarf, jener habe Angst, das Buch zu veröffentlichen. Auf dieser Grundlage wird jedoch auch jetzt eine Verbesserung des Manuskripts nur schwer möglich sein.

c) Die Schwierigkeiten mit Stefan Heym (Lassalle-Roman, Schmähschrift, König David und letztlich auch "Der Tag X") sind bekannt, verwiesen wird auf die jüngste Information des Gen. Dr. Schöbel.

d) Einige Probleme gibt es im Zusammenhang mit der Lyrik-Edition. Grundsätzlich hat sich die Herausgabe von Lyrik in den letzten beiden Jahren quantitativ erweitert, und die Lyrik ist auch stärker gesellschaftlich bezogen (Bände von Braun, Berger, Kahlau, Weisbach usw.). Daneben gibt es eine Diskussion, die sich z.B. in der Rezension des Richter-Essays durch Endler (Sinn und Form 6/71) darstellt. Außerdem beklagen sich einige Lyriker über geringe Bereitschaft der Verlage, ihre Gedichte zu drucken, so Sarah

Kirsch, deren Band aber beim Aufbau-Verlag erscheinen wird, und Czechowski. Das muss von uns noch geklärt werden. Grundsatz bleibt aber, dass eine unverbindliche Lyrik nicht das Feld bestimmen darf.

2. Es gab bei der jüngsten Beiratssitzung des Mitteldeutschen Verlages (13.4.1972) eine Diskussion, über die wir informiert haben. Wenn man dieser Diskussion die sektiererische Überspitzung nimmt, die besonders Genosse Neusch eingebracht hat, weil er unser gesamtes Bemühen nicht versteht, möglichst alle Künstler auf unserem Weg mitzunehmen, bleibt ein Problem: In der Tat haben einige Autoren eine Art Sonderstellung. Günter Kunert z.B. reist häufig mit seiner Frau, hat einen direkten Vertrag mit dem Hanser-Verlag München, nicht alles von ihm erscheint vorher in der DDR. Stephan Hermlin fühlt sich dem Wagenbach-Verlag Westberlin eng verbunden, dieser Verlag veröffentlicht auch alle Werke Biermanns.

Wir müssen einen Weg finden, im Laufe der Zeit gewisse Unterschiede zu verringern. Vor allem muss es um die Durchsetzung eines Prinzips gehen: DDR-Autoren veröffentlichen ihre Bücher zuerst in der DDR, das verlangt ihre Verantwortung als Bürger dieses Staates. Dazu brauchen wir die Hilfe der Partei.

3. Wesentlich verbessert hat sich in jüngster Zeit die Zusammenarbeit mit dem DSV. Genosse Haid nimmt ständig an den Beratungen des Präsidiums teil, Genossin Dr. Kocialek und fünf Verleger an den Vorstandssitzungen, die gemeinsame Kommission HV - DSV arbeitet wieder regelmäßig etc.

Meinungsverschiedenheiten gibt es - und zwar vor allem mit dem Sekretariat des Verbandes - im Zusammenhang mit den Gutachten. Das Bemühen, die sogenannte Anonymität der Gutachter beseitigen zu wollen, sie Kritikern gleichzusetzen, stellt objektiv das Druckgenehmigungsverfahren infrage. Der Verlag muss auch die Partnerschaft zum Autor entwickeln, diese Aufgabe kann er nicht an die Gutachter abgeben. Das alles wurde von uns mehrfach dem Verband gegenüber dargestellt. Dennoch benutzt der Verband auch jetzt noch jede Gelegenheit (so Gen. Kant bei der Wahlversammlung der Berliner Parteiorganisation, Genossin Drenkow im Beirat des Mitteldeutschen Verlages), um das Prinzip in Frage zu stellen.

4. Weiterhin soll noch auf einige Autoren hingewiesen werden, mit denen die Zusammenarbeit z. Z. aus sehr unterschiedlichen Gründen kompliziert ist. Dabei sind nur ganz individuelle Lösungswege denkbar.

a) Karl Mundstock

Ihn hat der Stopp seiner Reportage "Wo der Regenbogen steigt", der auf Veranlassung der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom Verlag beschlossen wurde, schwer getroffen. Bisher hat er das nicht völlig überwunden, zumal die geplante Diskussion mit dem Kombinatdirektor und der Bezirksleitung über die genauen Gründe und über evtl. Veränderungen nie zustande gekommen ist. Das Ganze sollte nochmals überprüft werden, um dem Autor gerecht zu werden. Durch den Verlag wurde Mundstock veranlasst, ein neues Projekt in Angriff zu nehmen, er arbeitet gegenwärtig mit einem Stipendium und bei ständiger Betreuung durch einen Lektor an der literarische Aufarbeitung seiner Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf. Diese Methode der ständigen Zusammenarbeit an Projekten bei auftretenden Schwierigkeiten wird von den Verlagen grundsätzlich praktiziert, so wurde z.B. auch mit Kant gearbeitet (Stockholm-Band), als er seinerzeit keinen Weg sah, das "Impressum" zu verbessern.

b) Hermann Kant ist unzufrieden mit der Auflagenhöhe des "Impressums". Dieses Buch erschien in der 1. Auflage mit 40.000, die sofort vergriffen waren und noch im IV. Quartal werden 25.000 erscheinen. Damit hat Kant in diesem Jahr die höchste Auflage eines Autors beim Aufbau-Verlag und keinen Grund zur Unzufriedenheit. Ganz abgesehen von der Papiersituation halten wir gerade bei diesem Buch das insgesamt praktizierte Prinzip unserer Auflagenpolitik für angemessen, nämlich die Höhe einer Auflage aus kulturpolitischen Erwägungen zu bestimmen und nicht schlechthin Käuferwünsche zu erfüllen.

c) Stefan Heym

Hier gibt es die schon genannten Schwierigkeiten. Besonders muss darauf geachtet werden, dass alle Institutionen, mit denen sich Stefan Heym in Verbindung setzt, ihre Absprachen bei gegenseitiger Information bzw. Konsultation treffen, da er die Neigung hat, verschiedene kulturpolitische Institutionen gegeneinander auszuspielen. Die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens besteht bei allen solchen Problemen; hier müsste sich unsere Zusammenarbeit noch verbessern.

d) Reiner Kunze.

Die Bemühungen der Verlage, Kunze mit heranzuziehen, erstrecken sich bereits über Jahre, dennoch gibt es keine ausreichende Bereitschaft Kunzes. Nachdem mit ihm ein Übersetzervertrag abgeschlossen wurde, hatte der Verlag Volk und Welt eine Anthologie tschechischer Lyrik zur Prüfung. Sie bestand fast nur aus Dichtern, die im Zusammenhang mit dem August 1968 aus der CSSR emigriert sind. Diese Anthologie konnte nicht akzeptiert werden. Kunze wurde um eine andere Zusammenstellung gebeten. In Perleberg wird sich R. Kunze an einer Veranstaltung zur "Woche des Buches" beteiligen. Es gibt also ein breites Bemühen, Kunze zur Mitarbeit zu gewinnen, vielleicht zeugt seine Bereitschaft auch von seinem Suchen nach neuen Ansatzpunkten.." (ZK der SED, Abtlg. Kultur, Sektor Gesamtabteilung / Verlagswesen, BArch, SAPMO, DY 30 / vorl. SED 12946, S. 1-5)

Die angeführten Fälle sind alle gründlich bearbeitet worden und, sofern es die politische Raison zuließ, diesmal zugunsten der Autoren entschieden worden.

Zu Erik Neutsch meldete Hörnig am 31.1.1973 an Hager zusammen mit einem kurzem Resümee der Editions-geschichte der Erzählung "Warten an der Sperre" von 1967, die überarbeitet und 1969 erneut eingereicht worden war, dass die HV nun die Erzählung mit dem neuen Titel "Auf der Suche nach Gatt" druckgenehmigt habe. Das jetzt vorliegende Manuskript sei jedoch gegenüber der Fassung von 1969 ohne grundlegende Änderungen:

"Die politisch unhaltbarsten Stellen sind durch Streichungen, Umstellungen und Einschübe geändert."
 "Neutsch habe aus den mit ihm geführten Diskussionen keine neue Qualität in den Roman eingebracht."
 "So bleibt am Ende das Bedauern, dass nicht Gatt, den Neutsch als Vertreter der Arbeiterklasse versteht und nicht die ansonsten ins Bild gebrachten Arbeiter, nicht der Chefredakteur der Parteizeitung die Sympathie des Lesers haben werden, sondern vielmehr Ruth, die Arzttochter und Medizinerin, und ihr Mann, der Chemiker und Nationalpreisträger Gabriel." (ZK der SED, Abtlg. Kultur 1972 - 1980. DY 30 / IV B2 / 9.06 / 31)

Stefan Heym erhielt auf Beschluss des Sekretariats die Möglichkeit, in der Folgezeit einige seiner Romane in der DDR zu publizieren, und zwar der "König David Bericht" 1973 im Buchverlag Der Morgen, "Lassalle" im Verlag Neues Leben und 1974 die "Schmähschrift" im Reclam-Verlag (Heym 1992, S. 17 - 24). Der Roman über den 17. Juni blieb verboten.

Der Gedichtband von Sarah Kirsch ("Zaubersprüche") und auch die vorliegenden Arbeiten von Heinz Czechowski wurden nun ebenfalls durchgelassen. 1974 erschienen im Mitteldeutschen Verlag von Czechowski ein Band Gedichte: "Schafe und Sterne" und ein Band mit Essays: "Spruch und Widerspruch". Von Günter Kunert erschienen im Aufbau-Verlag 1973/74 zwei neue Titel ("Offener Ausgang", "Die geheime Bibliothek") sowie Nachauflagen ("Krammen in Fächern").

Von den Autoren, mit denen die Zusammenarbeit aus unterschiedlichen Gründen kompliziert war, war Karl Mundstock zu dieser Zeit nach dem Verbot seiner bereits gedruckten und teilweise ausgelieferten Reportage "Wo der Regenbogen steigt" am schwersten getroffen. Der Direktor des Eisenhüttenkombinats Ost hatte das Erscheinen verhindert, weil er seine Aufbauarbeit nicht angemessen gewürdigt sah. Obwohl sich der Schriftstellerverband sogar mit juristischem Beistand um die Zulassung der Reportage bemühte, blieb sie verboten - eine nachträgliche Rehabilitierung, gar in der Öffentlichkeit, war in der Partei auch für Bücher nicht üblich. Die "Unterstützung" des Verlages mit einem neuen Projekt konnte Mundstocks Verbitterung nicht mildern.

Die Bemühungen, Kunze heranzuziehen, blieben innerhalb der Führung umstritten. Haid sprach sich dezidiert gegen die Publikation seines vorgesehenen Lyrikbandes aus (Wichner, Wiesner 1990, S. 131). Er durfte dennoch im Reclam-Verlag 1973 ("Brief mit blauem Siegel") erscheinen. In der Akte der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit des Bezirkes Gera findet sich unter dem 18. April 1973 die Eintragung, "dass... die Veröffentlichung 'doch noch auf Messers Spitze' stand und dass dies mit dem 'Stellungswechsel' in der Führung [Wechsel Ulbricht - Honecker] zusammenhängt" (Kunze 1990, S. 41).

Das Papier für Hager verzeichnete zwölf Werke, die entweder lange in den Verlagen lagen (Neutsch seit 1967, Kant seit 1968) bzw. nach dem Erscheinen verboten worden waren. In acht Fällen setzte Hager eine bislang verweigerte Publikation durch. Diese Entscheidungen waren mit einem Beschluss des Sekretariats des ZK bzw. des Politbüros, wenn auch ohne förmliche Erklärung, gleichzusetzen. Sie war für die untergeordneten Partei- und staatlichen Dienststellen eine Anweisung der höchsten Autorität, der man nicht zuwiderhandelte.

Ein derart massiver direkter Eingriff in die Verlagsarbeit ist in der Folgezeit nicht wieder zu beobachten. Es gab später auch keine so weitgehende Korrektur der kulturpolitischen Linie. Diese wurde für die Verlagsarbeit nicht explizit begründet, sondern in der pragmatischen Entscheidung über verbotene Titel als Signal gesetzt. Die Partei erklärte auf diese Weise, dass sie bereit war, vom Kanon abweichende Schreibweisen und Thematisierungen zu dulden. Damit war Schriftstellern und Verlegern die Chance eröffnet, ihre bisher zurückgehaltenen Konzepte oder verbotenen Werke der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zu den langfristig wirkenden Folgen der 6. Tagung gehört der endgültige Abschied vom Bitterfelder Weg, der schließlich auch eng mit Ulbricht verbunden war. Er hatte eine ursprünglich als Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages - also noch in traditionellem Verhältnis Autor - Verlag geplante Tagung 1959 benutzt, um ein völlig neues sozialistisches Modell literarischen Schaffens zu initiieren.

Ausgangspunkt war die parteioffizielle Kritik an den Schriftstellern gewesen, statt optimistische, positive Menschen im sozialistischen Aufbau, niederdrückende Bilder des verlorenen Krieges zu zeigen. Um die Schriftsteller zu befähigen, die neuen Verhältnisse darzustellen, sollten sie an den Brennpunkten des sozialistischen Aufbaus die Schönheit und Größe der Aufgabe erleben. "Wir müssen erreichen, dass die Schriftsteller, die Künstler und die Wissenschaftler nicht als seltene Ausflügler in die Betriebe, Maschinen-Traktoren-Stationen und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gehen, sondern dass sie sich dort wie zu Hause fühlen, dass sie ihr Leben und ihre Interessen mit denen des Volkes verbinden", hatte Ulbricht schon zwei Jahre vorher gefordert (Ulbricht 1957, S. 15). Es ging dabei um weit mehr als nur um die Lösung eines aktuellen literaturpolitischen Problems. Die Bitterfelder Konferenzen waren der erste Versuch, "in der Neuorganisation der Beziehung zwischen Produktion, Rezeption und Distribution künstlerischer Erzeugnisse" zu fördern (Th. Hörnigk 1979, S. 217). Die Schriftsteller sollten aus dem "Elfenbeinturm" geholt, in die Produktion der Industrie und Landwirtschaft eingebunden werden und so die Grundlegung der sozialistischen Gesellschaft direkt erleben. An der Basis sollten sie die für diese relevanten Figuren, Konflikte und Themen finden, schließlich gar - wie auf der zweiten Bitterfelder Konferenz gefordert - den Standpunkt der Planer und Leiter, also letztlich den Standpunkt der Funktionäre selbst einnehmen.

Der Bitterfelder Weg war der erste und einzige systematisch angelegte Versuch einer unmittelbaren Beeinflussung der literarischen Produktion durch eine enge Verbindung von Schriftstellern mit Arbeitern und politischen bzw. Wirtschaftsfunktionären. Er gab den Schriftstellern zwar eine soziale Sicherheit, verpflichtete sie aber auf klar umrissene Vorgaben zur Unterstützung der aktuellen Parteipolitik. Eva Strittmatter benannte sie auf einer Konferenz junger Autoren im Mitteldeutschen Verlag:

"Probleme, deren Bearbeitung den Schriftstellern empfohlen wird, sind zum Beispiel: Die sozialistische Rekonstruktion und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erreichung der Rentabilität in der sozialistischen Landwirtschaft, die Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins und der sozialistischen Moral und der Zusammenhang all dieser Faktoren mit dem nationalen und internationalen Friedenskampf." (Strittmatter 1962, S. 37)

Die im Umkreis dieser Aufgabe entstandenen Werke sind schon damals sehr kritisch gesehen worden. Auch die Parteiführung begann, sich von dieser Form der Einwirkung zu lösen, weil - wie Christa Wolf schon vor dem 11. Plenum bemerkte:

"[...] die Verbindung der Künstler mit den Betrieben dazu führte, dass sie realistisch sahen, was dort los war, dass sie Freundschaften mit Arbeitern, mit Betriebsleitern und mit Leuten anderer Berufe knüpften und dass sie Bescheid zu wissen begannen auch über die ökonomische Realität in diesem Land: Da, genau an diesem Punkt, wurde die Bitterfelder Konferenz, wurden die Möglichkeiten, die sie uns eröffnet hatte, ganz rigoros beschnitten." (Agde 1991, S. 269)

Die Rücknahme wurde zwar öffentlich nicht eingestanden, der Kulturminister der DDR konstatierte aber nach der Ablösung Ulbrichts in einem Artikel über das Auftragswesen in der Kunst:

"Besonders seit dem VIII. Parteitag ist es gelungen, gewisse Vereinfachungen der Dialektik von Politik und Kunst auch in den Beziehungen von gesellschaftlicher Auftragspolitik und künstlerisch-ideologischem Schaffensprozess zu überwinden." (Hoffmann, Kühn, 1974, S. 727)

Dieser Aufsatz in der Zeitschrift "Einheit" war die parteioffizielle Verlautbarung einer neuen Orientierung auf literaturpolitischem Gebiet, die intern in einem Papier der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, Abteilung Verlage und Buchhandel vom 5.1. 1973 mit dem Titel "Zur Veränderung der Arbeitsweise der belletristischen Verlage und der HV Verlage und Buchhandel" vorgelegt worden war. Die grundlegende Änderung für die Steuerung literarischer Prozesse bestand darin, die Individualität des Schriftstellers im literarischen Produktionsprozess anzuerkennen und auf eine Einbindung in kollektive Produktionsprozesse zu ver-

zichten. In dem Papier liest sich das so: "Das Besondere besteht darin, eine kulturpolitische Arbeit zu leisten, die Breite erreicht und zugleich individuelle Besonderheiten der Autoren kennt, berücksichtigt und sich darauf einstellt" (BArch, SAPMO, DY 30/IV B2/ 9.06/29, S. 7). Die Schriftsteller sollten sich ihren Standpunkt nicht mehr - wie im Bitterfelder Weg vorgesehen - im Kontakt mit den Funktionären der Kombinate, Genossenschaften, Räte usw. und in den Arbeitsprozessen selbst erarbeiten, nun waren die Verlage ganz offiziell allein verantwortlich für die literarische Produktion. Ihnen wurde die Aufgabe zugewiesen, junge Autoren zu entdecken und zu fördern und eine "kontinuierliche, zielgerichtete Arbeit mit den Stammautoren" zu führen. Von den "in den letzten Jahren erfolgreich praktizierten Formen der Autorenarbeit (Exkursionen in Schwerpunktbetriebe und Institute, Klubgespräche, Autorenkonferenzen, Manuskriptdiskussionen im ausgewählten Kreis etc.)" hieß es nur noch: "sind fortzusetzen" (ebenda, S. 1). Andere Formen der im Bitterfelder Weg praktizierten Teilnahme der Schriftsteller am sozialistischen Aufbau, so die unmittelbare Einbindung in die Produktion, wurden nicht einmal mehr erwähnt. Das bedeutete eine wesentliche Aufwertung der Verlage als Promotoren literarischer Produktivität.

"Der Schwerpunkt der staatlichen Arbeit liegt in der Anleitung und Kontrolle der Verlage. Sie sind für die HV das Instrument, über das die Literaturentwicklung vorangetrieben wird. Sie verändert ihre Tätigkeit, um die Arbeit der Verlage, wie oben ausgeführt, zu sichern" (ebenda, 3). Und: "Hauptsteuerungsmittel für die Durchsetzung der kulturpolitischen Linie ist nach wie vor der thematische Plan der Verlage. Die staatliche Verantwortung für den Gesamtplan des Verlagswesens liegt darin, in der Einschätzung und Vervollkommnung des Planes die Vorzüge der sozialistischen Verlagspolitik voll zu entfalten. Das setzt voraus, dass sich die HV selbst urteilsfähiger macht und insbesondere die Kontrolle über die Aufnahme von Titeln aus den Empfehlungslisten für zu übersetzende Literatur aus der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern verstärkt.

Ein weiteres Steuerungsmittel ist die Erteilung der Druckgenehmigung. Sie ist seit Aufnahme der Verlagstätigkeit laut Gesetzestext eingebettet in die Literaturentwicklung. Das hatte nicht nur den Grund, den Zensurcharakter zu eliminieren, sondern bot tatsächliche Vorzüge, die sich für die Verlagsarbeit im ganzen positiv auswirkten." (Ebenda, S. 3/4)⁷

In diesen Passagen sind die Verantwortlichkeiten klar herausgearbeitet. Das zentrale staatliche Leitungsorgan für das literarische Schaffen, gemeint ist immer das belletristische, ist die HV, die die Verlage anzuleiten und zu kontrollieren hat. Dabei war als einzelne Maßnahme nur die vom ZK zur Verfügung gestellte Empfehlungsliste für Übersetzungen aus den Volksdemokratien genannt. Die Planung konzentrierte sich auf die Verantwortung für die thematische Planung der Verlage, also auf ihre Programmplanung. Sie wurde von den Verlagen vorgenommen, aber durch die HV von der Aufstellung des Plans bis zur jährlichen Abrechnung angeleitet und kontrolliert. Die Druckgenehmigung wurde als sekundäres Steuerungsinstrument qualifiziert und der Themenplanung untergeordnet.

Dieses Schlaglicht auf die Kulturplanung in der Führung der SED erhellt, dass mit der Neuorientierung der Kulturpolitik 1972 keine umfassende Neuorientierung der Literaturpolitik einherging. Auf diesem Gebiet wurden lediglich pragmatische Veränderungen eingeleitet. Diese liefen darauf hinaus, dass dogmatische Funktionäre ausgewechselt bzw. gebremst wurden und die professionelle Arbeit der Verlage aufgewertet wurde. Außerdem wurden die materiellen Bedingungen der Buchproduktion verbessert.

Es gab keine Korrekturen am grundlegenden theoretischen Konzept. Die Führung hielt an den Schemata fest, die das Klassenkampfkonzept setzt, dessen theoretischer Kern das Dekadenzverdikt bildet. Die neu in die Kulturpolitik eingeführte Bedürfnisorientierung, die dann auch unter Kulturwissenschaftlern in Hinblick auf Arbeitskultur, Kultur des Alltags und der Medien diskutiert und weiter ausgearbeitet wurde, wirkte sich auf die Literatur-Konzepte nur insofern aus, als die sozialen und kulturellen Bedingungen der Rezeption als selbständiger Faktor beachtet wurden.

Das grundlegende Paradigma "Sozialistischer Realismus" blieb offiziell herrschende Auffassung, auf der die Führung bis zum Ende der DDR beharrte. Bezeichnend für diese Manövrierunfähigkeit war, dass es keine weitere ZK-Tagung zur Kulturpolitik gab. Als 1979 Margot Honecker mit der Konferenz "Literaturunterricht und kommunistische Erziehung" die kultur-

⁷ Mit Gesetzestext ist die "Verordnung über die Genehmigungsverfahren für Druckerzeugnisse" im Gesetzblatt der DDR, Teil 1, Nr. 46 / 1959 vom 18. 8. 1959 gemeint.

politische Initiative an sich ziehen wollte, gelang ihr das freilich nicht. In theoretischer Hinsicht wurde auf der Konferenz versucht, die traditionelle Theorie des sozialistischen Realismus mit den neueren Entwicklungen in der Rezeptions- und Medientheorie zu verbinden. Beide Konzepte blieben aber weitgehend nebeneinander bestehen, weil die dogmatische Auffassung des sozialistischen Realismus nicht aufgegeben wurde. Die Konferenz hatte nur Konsequenzen für den Zuständigkeitsbereich der Ministerin, für die Schule.

Die Bedeutung der 6. Tagung reduzierte sich für die Literatur darauf, dass sie (mit den folgenden Entscheidungen im ZK der SED über die Publikation verbotener und liegengeliebener Texte) ein Signal setzte, dass die Grenzen für das, was die Kulturpolitik zuzulassen bereit war, weiter gezogen wurden. Weil die Parteiführung aber an der Theorie des sozialistischen Realismus festhielt, wurde niemals klar, wo die Grenze des Zulässigen nun verläuft. Die bisher gesetzten Grenzen blieben gegenwärtig - die Akteure richteten ihre Energien jetzt aber darauf, sie nach dem Prinzip ‚trial and error‘ hinauszuschieben. Die Initiative für Innovationen ging endgültig auf die literarischen Akteure über, in erster Linie auf die Schriftsteller, die ihre subjektiven Theorien nachdrücklicher formulierten und zur Veröffentlichung anboten, und die Verlagsmitarbeiter, die die "Weite und Vielfalt" realistischer Literatur an die Öffentlichkeit bringen wollten.

Die kategorisch festgehaltene Steuerungskompetenz der Partei, vor allem die Zensur, hemmten diese Initiativen freilich stark. Die neuen Konzepte konnten nur in (meist internen) Auseinandersetzungen und stetigen neuen Ansätzen gegen diese Widerstände vorangebracht werden. In diesen internen Auseinandersetzungen wurden politische Vorgaben weiter peinlich beachtet, um literarische Ziele allmählich angehen zu können. Eine große Zahl von Autoren verweigerte sich freilich diesem Prozedere und verließ die DDR.

Exkurs: Autorenförderung im Verlag

Die von der Parteiführung vorgenommene Verlagerung des Gewichts in der Literaturplanung auf die Verlage verlangt nach einem kurzen Kommentar. Literaturplanung ist zu einem großen Teil Literaturförderung, und zwar sowohl gegenüber den Autoren als auch den Rezipienten. Diese ist im Unterschied zu den anderen Aspekten der Literaturplanung: der Steuerung, Kontrolle und Behinderung vor allem durch die Zensur bislang wenig beachtet worden. Kunstförderung wird überdies häufig traditionell auf bildende Kunst, Theater, Volkskunst eingeschränkt untersucht. Dass Literatur dabei vernachlässigt wird, liegt auch daran, dass die Vielzahl der damit befassten Institutionen, die Vielzahl der unterschiedlichen Arten von Förderung und die sich darin überschneidenden Formen von Literaturpropaganda, Rezipientenförderung und Autorenförderung schwer zu überschauen sind.

Die Autorenförderung kann hier in ihrer ganzen Komplexität nicht behandelt werden. Es soll nur deutlich gemacht werden, was die Verlagerung auf die Verlage bedeutete.

Es gehörte zu den Grundpositionen der Kulturpolitik in der Ulbricht-Zeit, dass über die literarischen Institutionen (SV und Verlage) hinaus die politischen Massenorganisationen und die großen Kombinate in die Autorenförderung einbezogen waren. Die FDJ nahm sich im besonderen der Förderung des Nachwuchses an, der FDGB der literarischen Breitenarbeit im Rahmen des Volkskunstschaffens und der Kulturarbeit in den Arbeitskollektiven, in die die Schriftsteller eingebunden waren.

Die Fördermöglichkeiten waren sehr differenziert. Sie lassen sich gliedern in Talentesuche und Entwicklung von Autoren, in direkte Projektarbeit und schließlich in materielle Unterstützung im weitesten Sinne - von der Sicherung eines Einkommens in kulturellen Berufen bis zur Beschaffung von Wohnungen. Diese Förderung wurde unter dem Schlagwort des "gesellschaftlichen Auftrags" breit propagiert. Direkte Auftragswerke, wie sie in der bildenden Kunst und am Theater dominierten, gab es für die Literatur hauptsächlich in den fünfziger und sechziger Jahren mit dem Ziel, den sozialistischen Aufbau in der Wirtschaft zu unterstützen.

Mit der Aufgabe des Bitterfelder Weges wurden diese Formen des Auftragswesens an die Schriftsteller weitgehend zurückgenommen. Die Arbeit des Gewerkschaftsbundes mit den Schriftstellern geriet zur einer Art Alimentation, indem der FDGB bzw. die Betriebe den Autoren vielfältige Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten boten. Sie hatten die Möglichkeit, als Leiter von Literaturarbeitsgemeinschaften, der Zirkel schreibender Arbeiter, von Betriebsbib-

liotheken und Volkskunstkollektiven zu arbeiten. Sie konnten Drehbücher und Texte für Festprogramme, Festschriften oder Auftritte auf Arbeiterfestspielen verfassen. Diese durchaus sinnvolle Breitenarbeit für Literatur ist allerdings vornehmlich von schriftstellerisch wenig produktiven Autoren wahrgenommen worden.

Unverändert große Aufmerksamkeit widmete die Führung der Arbeit mit dem schriftstellerischen Nachwuchs. Im Schriftstellerverband waren "Arbeitsgruppen junger Autoren" eingerichtet, in denen über eine ständige Betreuung durch interne Diskussionen, Schulungen und Lesungen Schriftsteller entwickelt werden sollten, die nach den ersten Publikationen als Vollmitglieder in den Verband aufgenommen werden und damit auch in alle Rechte als Schriftsteller (Honorarforderungen, Sozialversicherung, Vermittlung von Aufträgen) eingesetzt werden konnten. Dieses System funktionierte recht gut - doch gerieten die jungen Autoren Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in Konflikt mit den ideologischen Vorgaben des Verbandes.

Der im ganzen Land offenkundig gewordene Dissens brachte die Partei- und Staatsführung dazu, die Nachwuchsarbeit zu reorganisieren. Sie sollte von den Räten der Bezirke in sog. "Literaturzentren" übernommen werden. Diese wurden durch einen Ministerratbeschluss vom März 1982 auch eingerichtet. Außerdem sollte die Berufsbezeichnung "Schriftsteller" eingeführt werden, die allein zu einer Steuernummer und damit zur legitimen Inanspruchnahme der diversen Fördermöglichkeiten berechtigte. Auf diese Weise sollte die Kontrolle über junge Autoren wiedergewonnen werden. Es gelang jedoch nicht, die beabsichtigten rechtlichen Regelungen durchzusetzen (vgl. dazu Boden 1993), auch die Literaturzentren blieben im großen und ganzen literarisch und kulturpolitisch bedeutungslos. Dass diese organisatorischen Maßnahmen einen Kampf unterschiedlicher weltanschaulicher und ästhetischer Positionen und um die Autonomie literarischen Schaffens widerspiegeln, ist in exemplarischen Analysen deutlich geworden (vgl. Kupfer, Bartsch; Winzer 1997).

Nach dem Schriftstellerverband entfaltete die FDJ seit den siebziger Jahren eine umfangreiche Förderarbeit für junge Autoren, die in verschiedenen Stufen ablief: sie begannen mit Literaturwettbewerben und einer "Talentebewegung", die junge Autoren in die Poetenseminare der Bezirke und anschließend des Landes führte. Für die Ergebnisse standen entsprechende Publikationsmöglichkeiten bereit: die Zeitschrift "Temperamente", die Reihe "Auswahl" und in bestimmten Umfang auch das "Poesiealbum". Die Mehrzahl der in den achtziger und neunziger Jahren an die Öffentlichkeit getretenen Autoren traten in den Anfängen dieser Talenteschmieden auf. Darunter waren auch Autoren des Prenzlauer Berges - das allein belegt, dass diese Bewegung ihr Ziel, die Autoren in die offiziellen Schriftstellerinstitutionen zu integrieren, verfehlte (Seiler, S. 163).

Die Verantwortlichkeiten zeigen wieder, wie sehr es der Partei- und Staatsführung darauf ankam, die schriftstellerische Arbeit über gesellschaftliche Organisationen zu steuern und zu kontrollieren. Die Arbeit der Autoren an den literarischen Vorhaben selbst fand freilich schon immer hauptsächlich in Zusammenarbeit mit den Verlagen statt. Das ZK akzeptierte diese Praxis schließlich und erlaubte den Verlagen, sie auch durch finanzielle Zuwendungen auszubauen. 1972 wurden auf der Grundlage einer Rahmenrichtlinie der HV in den Verlagen Richtlinien aufgestellt, nach denen die Arbeit von Autoren gefördert und Autoren entwickelt werden sollten.

Die Richtlinien des Aufbau-Verlages über die Bildung und Verwendung des Autorenförderungsfonds vom 1. Juni 1972 sah folgende Maßnahmen auf dem Gebiet der Gegenwartsliteratur der DDR vor: die Förderung talentierter Autoren, die Initiierung und Entwicklung von Werken, die Durchführung von Autorenkonferenzen, literarischen Wettbewerben, Preisausschreiben, die Honorierung von Außenlektoren für die Talentsuche und die Bezahlung von Forschungsvorhaben "für Themenschwerpunkte zu fördernder Literaturgenres" (Richtlinie, S. 2, Archiv des Aufbau-Verlags, [künftig: Aufbau-Archiv] V 85). Das war ein komplettes verlagseigenes Förderungsprogramm, in dem Kooperationen mit den gesellschaftlichen Organisationen und ihren Förderprogrammen nicht mehr erwähnt sind. Die Richtlinie ist - in den Festlegungen zur Verwendung der Mittel und den Vertragsabschlüssen mit den Autoren in Hinblick auf mögliche Publikationen - ausgesprochen auf die Verlagsarbeit fokussiert und unterstreicht so den Willen zur Souveränität der Verlage.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die eingesetzten Summen:

Tabelle 2

Förderungsfonds des Aufbau-Verlages in Mark

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Gesamter Förderungsfonds	55.700,-	60.075,-	64.198,63	68.546,21	94.000,00	69.450,00
davon: Einzelprojekte	46.500,-	51.575,-	50.150,-	50.650,-	78950,-	61050,-
Verschiedenes	9.200,-	8.500,-	14.048,63	17.896,21	15.050,-	8.400,-

Quelle: Jahresberichte (Aufbau-Archiv, Nr. 100 bis 105)

Die hier vorgenommene Aufteilung des Fonds in die zwei Gruppen von Fördermaßnahmen stützt sich auf die vorliegenden ausführlichen Abrechnungen der Fonds. In der Tabelle sind unter "Einzelprojekte" die Summen für geförderte Projekte zusammengefasst. Unter "Verschiedenem" ist die Summe der Honorare für die Außenlektoren, beauftragt mit der Talentesuche, alle Weiterbildungsmaßnahmen und andere nicht an bestimmte Werke geknüpfte Unterstützungen von Autoren aufgeführt. Der nach 1972 folgende Zuwachs betraf weniger die Förderung einzelner Projekte, was darauf hindeutet, dass diese Förderung schon immer gut dotiert war. Der Zuwachs kam vor allem der nicht spezifizierten Talentesuche und -förderung (u.a. Autorentagungen in eigener Regie) zugute. (Die Gesamtsummen für die Autorenförderung lagen 1974 und 1975 noch höher, als die oben ausgewiesenen, weil der Verlag Gelder des Kulturfonds für eigene Zwecke einsetzen konnte).

Die Verlage verfügten also über ausreichende finanzielle Mittel zur Unterstützung von Autoren. Autoren mit größeren Werkvorhaben konnten Mittel beziehen, mit denen sie ihren Lebensunterhalt für die Zeit bestreiten konnten, in der sie an den Werken arbeiteten - so erhielt Herbert Nachbar im Jahre 1970 für die Arbeit an seinem Roman "Ein dunkler Stern" (1973) 10.000 M, Margarete Neumann im gleichen Jahr für die "Adomeits" (1972 als "Der grüne Salon" erschienen) 9.000 M. Auch kleinere Projekte wurden wirkungsvoll unterstützt - Günter Kunert erhielt 1970 bspw. für "Hiddensee" (erschieden in "Ortsangaben" 1974) eine Unterstützung von 3.000 M.

Die Verlage waren nach dieser Förderregelung von 1972 in der Lage, den Nachwuchs von sich aus zu fördern und aussichtsreiche Werkvorhaben selbst vorzufinanzieren. Sie waren entschieden autarker geworden.

2.2 *Zentrale Steuerung durch Ressourcen: Papierzuteilung*

Die Parteiführung nahm ihre Steuerungskompetenz strikt wahr, indem sie die ideologisch-ästhetischen Grundsätze, auf die sie die Leiter und Parteiorganisationen verpflichtete, festlegte. Umgesetzt wurde dies im Verlag über die Themenplanung und die schon dabei einsetzende Zensur. Bevor darauf eingegangen wird, muss ein weiteres Steuerungsinstrument behandelt werden, das nur vor dem Hintergrund des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verstehen ist: die Zuteilung von Papier.

1950/51 war in der DDR die Papierindustrie und der Papierhandel verstaatlicht worden. Danach konnten die Verlage ihre Hauptressource Papier nicht mehr wie bisher bei der Deutschen Handelszentrale Zellstoff-Papier oder einem privaten Papierhändler, also auf dem Markt, kaufen, sondern waren auf Zuteilungen für bestätigte und genehmigte Titel durch das Amt für Literatur und Verlagswesen angewiesen (vgl. Erste Verlegerkonferenz, S. 43, S. 117 - 120). Nach 1963 wurde die Papierzuteilung an die Verlage von einer Papierkommission des ZK der SED festgelegt und durch die Hauptverwaltung Polygraphie des Ministeriums für Leichtindustrie über die HV abgewickelt.

Papier stand den Verlagen also nur in dem Umfang zur Verfügung, wie es ihnen zugeteilt worden war. Sie konnten ihren Programmplan allein auf der Basis jenes Papierkontingents aufstellen, das sie selbst nicht bestimmen konnten und das überdies zu jenem Zeitpunkt, an dem der Themenplan aufgestellt werden musste, nur vorläufig bemessen war.

Die Papierzuteilung steckte den Umfang der Produktion ab. Auflagenerhöhungen, Nachauflagen etc. mussten innerhalb dieses Kontingents ausgeglichen werden. Die Verlage versuchten, durch die Planung mehrerer Vakant-Titel voraussehbare Schwankungen in der Papierzuteilung abzufangen. Die exakte Papierzuteilung als Planaufgabe erfolgte in der Regel am Jahresende für das folgende Planjahr bzw. erst in den ersten Monaten des Planjahres. Lag die planmäßige Papierzuteilung unter dem anvisierten Papierkontingent - und das war 1968 bis 1972 der Fall - zog dies empfindliche Produktionsumstellungen nach sich.

Die Verlage verhandelten, nachdem ihnen die HV ihr Papierkontingent mitgeteilt hatte, mit den Druckereien, inwieweit diese die vom Verlag erwünschte Papierqualität und Papiermenge sowie die entsprechende Druckkapazität bereitstellen konnten. Die Meldung der Herstellungsabteilung über die vertragliche Bindung der zur Verfügung stehenden Papiermenge war ein entscheidender Schritt in der Produktionsplanung.

Die Verlage erhielten ihre Papierzuteilung in Netto-Tonnen (t/netto). Bemessen wurde das dem Verlag zur Verfügung stehende Papier also nach dem tatsächlich für das Endprodukt Buch verbrauchten Papier. In die Verlagsplanung ging also nur jenes Papier ein, das im Buchblock tatsächlich realisiert war. Die Druckereien dagegen planten mit Bruttotonnen. Das ergab ein Plus an Papier, was den Druckereien eine Flexibilität in der Bereitstellung von Papier und Druckkapazität ermöglichte, von der bei guten Beziehungen auch die Verlage profitieren konnten. Andererseits versuchten die Druckereien, wo es nur ging, Papier zu sparen. Das führte in vielen Fällen auf merkwürdig anmutende ungerade Auflagenzahlen - stets unter der geplanten Auflagehöhe - den sogenannten Unterdruck, der entstand, weil die Druckereien keine neue Papierrolle einlegten, wenn in den Maschinen die erforderliche Auflage nahezu erreicht war. Die Verlage meldeten in ihrer Planabrechnung die fehlenden Exemplare selbstverständlich - in der Produktionsmeldekartei der HV ist die exakte Auflage verzeichnet.

Die Verteilung des Papiers nahm in den sechziger Jahren eine Papierkommission im ZK der SED wahr, die am Ende des Jahrzehnts aber ihre Arbeit einstellte. Danach wurde die Papierverteilung in der Staatlichen Plankommission vorgenommen. Über eine Aussprache zur Neuverteilung des Papierkontingents für das Jahr 1970, an der der Kulturminister Klaus Gysi teilgenommen hatte, informierte ein Brief Bruno Haidts an Lucie Pflug vom 25.11.1969:

"Es ist vorgesehen, dem lizenzierten Verlagswesen für das Jahr 1970 22.200 t Papier zur Verfügung zu stellen. Diese Gesamtsumme setzt sich wie folgt zusammen:

6.000 t	für Schulbücher
4.800 t	für den Verlagsexport und
11.400 t	für den Bevölkerungsbedarf.

Dem Planvorschlag der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel liegen folgende Fonds Polygraphische Erzeugnisse Bücher- und Broschürendruck zugrunde:

VE-Verlage	5.764 t
Org.-Verlage	6.513 t
Halbstaatl. Verlage	475 t
Zentrag-Verlage	1.300 t
Volk und Wissen	5.500 t
Dietz-Verlag	2.000 t
Militärverlag	540 t
sonst. VE-Verlage	990 t
VOB-Verlage	550 t
Private Verlage	1.043 t
Summe	24.675 t

Das bedeutet, dass die thematischen Pläne der Verlage eine Kürzung von 2.475.t erfahren müssten." (ZK, Abtlg. Wissenschaften, BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 9.04 / 493, S. 1f.)

Das sei kaum noch vertretbar. Vorgesehen war also eine Kürzung der Papiermenge gegenüber dem Planvorschlag der HV um ca. 10 Prozent. Dabei wurden die Schul- und Lehrbücher (u.a. Volk und Wissen) offensichtlich nicht gekürzt und es ist auch anzunehmen, dass die ideologierelevanten Produktionen des Dietz-Verlages und des Militärverlages keine Kürzungen hinnehmen mussten. Die Kürzungen entfielen auf die Produktion der wissenschaftlichen und belletristischen sowie der Fachverlage.

In dem Brief wurden zugleich Vorschläge zur Umverteilung des Papieraufkommens - von der Zeitschriften- zur Buchproduktion - gemacht. Offensichtlich sah das Ministerium jedoch keine Chance, auf diesem Wege seine Interessen wirkungsvoll und dauerhaft durchzusetzen. Es unterbreitete deshalb einen weitergehenden Vorschlag:

"In der Beratung zeigte sich nach Auffassung des Genossen Gysi deutlich die Notwendigkeit, ein Gremium wie die Papierkommission z.B. beim ZK zu schaffen bzw. zu reaktivieren, damit bei der Bilanzierung, Verteilung und Proportionierung des Papieraufkommens die Interessen der Buch- und Broschürenpublikation von vornherein Beachtung finden und von kompetenter, die ideologischen, bildungs- und kulturpolitischen Belange wahrnehmender Seite vertreten werden können." (A.a.O., S.3)

Der Vorstoß hatte Erfolg: am 29.1.1970 erging ein Sekretariatsbeschluss des ZK zur Bildung einer Papierkommission. Sie trat am 26.6.1970 erstmals zusammen. Teilnehmer waren

"Genosse Werner Lamberz, Vorsitzender der Kommission

Genossin Lucie Pflug, Abteilung Wissenschaften

Genosse Werner Würzberger, Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe

Genosse Arthur Walter, Abteilung Agitation

Genosse Gerhard Deutschmann, Abt. Leichtindustrie

Genosse Klaus Richter, Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe." (BArch, SAPMO, DY 30 / IV / 2.118/1,2)

Es fällt auf, dass im Unterschied zur ersten Papierkommission staatliche Leitungen nicht mehr vertreten waren. Das verstärkte zwar den Sektor der "Ideologiebetriebe" gegen die volkswirtschaftlichen, gab aber der HV immer noch kein Mitspracherecht. Die Partei gab das wichtigste Instrument, mit dem sie die Buchproduktion gezielt bis unmittelbar in die Herstellung steuern und beeinflussen konnte, nicht aus der Hand. Die Papierkommission legte das Papieraufkommen, wie oben in Umrissen ersichtlich ist, nach einer Vielzahl von Kriterien fest, die präzise bilanziert wurden. In der Verteilung der Tonnage unterschied sie zwischen Inlands- und Exportbedarf, im Inland dann zwischen Sonderbedarf (Agitations-, Propaganda-, Schulungsbedarf direkt für die Partei) und Bedarf des Kulturministeriums (für die allgemeine Buchproduktion) sowie der Schulbuchproduktion. Daraus ergaben sich Papierzuweisungen an einzelne Verlage bzw. Gruppen von Verlagen (nach ihrem in der Lizenz ausgewiesenen Produktionsprofil) und sogar an einzelne Projekte. Außerdem veranlasste sie Sondereinweisungen von einzelnen Titeln in die Druckereien, sog. Beschlusstitel, die bei der angespannten Papiersituation zur Erhöhung des Devisenaufkommens oder zur Sicherung von Agitations- und Propagandamaterial dienten.

In welchem Maße die Interessen der Ideologieproduktion bedient wurden, zeigen die Aufstellungen der Kommission für die Papierverteilung 1971. Das Papieraufkommen für das Ministerium für Kultur wurde von 22.800 auf 23.810 t/netto erhöht, doch wurden gleichzeitig als Sonderbedarf II insgesamt 3.490 t/netto für die Verlage Dietz, Zeit im Bild und den Agitationsbedarf der SED, also für Agitation und Propaganda im In- und Ausland, aus der Bilanzsumme des Ministeriums herausgenommen, so dass für die Buchproduktion nur 20.320 t/netto verblieben (Vorlage für das Sekretariat des ZK, ebenda). Offensichtlich notwendig gewordene

Kürzungen führten dazu, dass im März 1971 dem Ministerium nur noch 19.200 t/netto (ohne Dietz-Verlag, der von 2.600 auf 2.400 t/netto gekürzt worden war) zur Verfügung standen.

Die daraus erwachsenden Schwierigkeiten gingen über das vertretbare Maß hinaus. Ein Brief der Abteilung Wissenschaften im ZK an Kurt Hager vom 3. 3. 1971 fasste die Folgen zusammen:

"3. Betroffen von der Kürzung ist besonders der Bereich Belletristik, Kinder- und Jugendliteratur, Kunst- und Musikkultur. Hier gibt es folgenden Rückgang

1969	1970	1971
8.219 t	6.645 t	5.757 t

Da aus dieser Tonnage noch 169 t für Schullesestoffe abzudecken sind, stehen nur noch 5.588 t zur Verfügung. Neben der Schmälerung differenzierter Lesebedürfnisse führt diese Lage auch zu Honorareinbußen der Schriftsteller, weil bei der Höhe von Kürzungen nicht nur Abstriche aus dem kulturellen Erbe, Auslandsliteratur etc. vorgenommen werden konnten.

4. Auf Grund der Notwendigkeit, trotz Papierreduzierung den größtmöglichen Gewinn zu erzielen, wurden folgende Kürzungen billiger Reihen vorgenommen:

bb-Taschenbuch	von 22 Titeln	4
Blaulicht	" 10 "	1
KAP	" 12 "	6
Roman-Zeitung	" 12 "	6
Kompass	" 13 "	5
Das Neue Abenteuer	" 12 "	6

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Papierkürzung sich - da alle großen Verlage Parteieigentum sind - hier besonders stark auswirkt." (Brief an Hager, ebenda S. 3)

Abgesehen davon, dass in den Verlagen von einer überlegten Programmplanung nicht mehr die Rede sein konnte, begannen die Papierkürzungen nun auch wirtschaftliche Probleme zu bereiten, die die Partei durch die (geheime) Gewinnabführung direkt zu spüren bekam. Dazu trat ein für die Ideologie besonderes Problem auf. Die Verlage bemühten sich, die Kürzungen für die gesellschaftswissenschaftliche Literatur gering zu halten:

"Da aber andererseits die Einfuhr von Spendenpapier für die Kirchenverlage aus politischen Gründen u.E. zur Zeit nicht gedrosselt werden kann, beginnen sich auch hier die Proportionen zu verschieben. Die Kirchenverlage wurden aus gleichen Gründen auch 1970 nicht gekürzt." (Ebenda, S. 1)

Die Furcht, in der Verbreitung der Ideologie in den Rückstand zu geraten, war das Hauptmotiv, eine grundlegende Änderung in der Papierbereitstellung herbeizuführen. Die Bemühungen verstärkten sich, nachdem das Problem bei einer "Ideenberatung" Walter Ulbrichts mit Schriftstellern im Frühjahr 1971 zur Sprache gekommen war. Im Juli 1971 wurde auf der 5. Beratung der Papierkommission das Kontingent für 1972 erhöht.

Das Protokoll hält unter Tagesordnungspunkt 1 fest:

"c) Die Erhöhung der Verlagsproduktion um 725 t netto Bücher und Broschüren ist zwischen der Zentralkommission und der HV Verlage und Buchhandel nochmals abzustimmen mit dem Ziel, den dringendsten Bedürfnissen der kultur-politischen Belange besser Rechnung zu tragen." (A.a.O., S. 123).

Außerdem wurde eine schon länger von der HV geforderte Verschiebung von Papier aus der Zeitschriftenproduktion in die Buchproduktion vorgenommen. Dem aber folgten, wie ein Brief aus dem Sektor Presse vom 29.5.1972 verrät, nun notwendig gewordene Sperrungen in der Postzeitungsliste für rund 50 Zeitschriften, unter denen sich in der beigefügten Liste u.a. die sehr gefragte ABC-Zeitung, Atze, Bummi, Eulenspiegel, FF dabei, Frösi, Neues Leben, Guter Rat, Magazin, Mosaik, Möbel und Wohnraum, Sibylle, die Blaulicht-Reihe und die

Romanzeitung befanden (ebenda, S. 167 - 168). Für die gesperrten Zeitschriften und Hefereien bedeutete dies, dass die Abonnentenzahl nicht verändert werden durfte. Neue Abonnements konnten nur vergeben werden, wenn eines frei geworden war (vgl. dazu Klammer 1999, S. 574). Resigniert konstatierte der Brief die "größer werdende Kluft zwischen der Nachfrage und der Bereitstellung von Presseerzeugnissen".

Dieser Ausschnitt aus der Praxis der Papierkontingentierung belegt die außerordentliche Tragweite der Papierzuteilungen. Die Aufschlüsselung der Kontingente griff steuernd in die Programmplanung ein, indem über die Papierzuteilung für die Verlage Entscheidungen über Programme bis zu einzelnen Titelgruppen vorweggenommen wurden. Das geschah auf oberster Entscheidungsebene im Hintergrund, ohne Erklärung gegenüber den Verlagen, abgesehen von dem Argument "Papierknappheit". Seit 1972 wurde der Sonderbedarf II für Agitation und Propaganda extra festgelegt, aber weiterhin innerhalb des Papierkontingents des Ministeriums für Kultur geplant. Das lief darauf hinaus, dass das Papier aus der Verlagsproduktion abgezogen wurde, wenn eine Erhöhung dieses Sonderbedarfs als notwendig erachtet wurde. Das verschärfte die Papiersituation innerhalb der Zuständigkeit der HV, ohne dass sie selbst Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen konnte. Darüber hinaus wurden öfter Sondereinweisungen von "Beschlusstiteln" in die Druckereien praktiziert, die bereits vertraglich gebundene Titel aus der Produktion warfen - sie wurden meist in die folgenden Jahrespläne übernommen. Es kam aber auch vor, dass belletristischen Verlagen ein zusätzliches Papierkontingent für außerplanmäßige Titel bereitgestellt wurde.

Diese Steuerung war um so eingreifender, als die kulturpolitisch für notwendig angesehene Mengen an Druckpapier für die Verlage niemals erreicht wurden. In dem Entwurf der Perspektivplanung aus dem Jahre 1968 waren für 1970 rund 25.000 t Papier für den Bücher- und Broschürendruck vorgesehen (BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 9.06 / 6, S. 3). Diese Tonnage wurde mit rund 2.500 t unterschritten, an die Erfüllung der angestrebten Menge von 30.000 t für das Jahr 1975 war überhaupt nicht zu denken. Für die zweite Sitzung der Papierkommission 1970 waren die Fehlmengen für den Bedarf an Druck-, Schreib- und Kunst- druckpapier aufgelistet. Sie betrug im Jahre 1970 10.000 t und wäre bei gleichbleibender Verfügbarkeit von Papier gegenüber der Planung auf 19.400 t im Jahre 1975 gestiegen. Das Ministerium für Kultur sollte aufgefordert werden, in zwei Varianten den Minimal- und den Optimalbedarf zu ermitteln. (BArch, SAPMO, DY 30 / IV 2 / 2.118/1,2, S. 48) Von der Bereitstellung der Ressourcen her gesehen, bestand die Planung in der Austarierung eines nicht zu behebenden Mangels bei deutlicher Bevorzugung der Verlage mit ideologischer Buchproduktion.

3 Literaturplanung im Aufbau-Verlag

3.1 Ablauf der Produktionsplanung

Der Ablauf der Planung und der Produktion im Verlag soll im wesentlichen am Beispiel des Aufbau-Verlages rekonstruiert werden. Das Planungsschema galt in geringen Abwandlungen für alle Belletristikverlage.

Die Planung vollzog sich analog zur Planung in der Volkswirtschaft, in die die Verlage durch die notwendige Planung der Ressourcen ohnehin eingebunden waren (vgl. dazu Gernot Gutmann 1999, S. 8 - 22). Entsprechend der volkswirtschaftlichen Planung erhielten die Verlage ökonomische Planaufgaben. Die Planung wurde differenziert nach Perspektivplänen und Jahresplänen vorgenommen. Erstere waren am Fünfjahresplanzyklus orientiert und hatten programmatischen Charakter. Die Jahrespläne dagegen enthielten exakte Festlegungen für die Produktion, deren Erfüllung nach Ablauf des Planjahres abgerechnet werden musste.

Für die Aufstellung der Programme, für die Themenpläne also, gab es im Unterschied zu den wirtschaftlichen Daten keine Vorgaben im Sinne von Plandirektiven. Bis 1971 sind im Archiv des Aufbau-Verlages auf Ormik vervielfältigte, also offenbar für alle Verlage bestimmte Plandirektiven der HV überliefert, die aber nur allgemeine ideologisch-politische Grundsätze ohne direkte Vorgabe für die Editionstätigkeit enthielten. Sie sind ab 1971 durch die Perspektivpläne für die Fünfjahrpläne ersetzt worden. Der Perspektivplan für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 der HV gab die Schwerpunkte für die Verlagstätigkeit vor, ohne einzelne Aufgaben direkt zu benennen. Die Schwerpunktaufgaben sind teilweise jedoch so formuliert, dass jeder Verlag für sein Editionsgebiet exakt ableiten konnte, was abgearbeitet werden musste und was vermieden werden sollte.

Für die belletristische Literatur lagen die Schwerpunkte in einem "schöpferischen Beitrag zur Gestaltung und damit zur weiteren Formung der sozialistischen Persönlichkeit" und bei der "Herausbildung eines marxistischen Geschichtsbildes beim Leser" (Ministerium für Kultur 1971, S. 3). Dafür sei "der Roman als große epische Form besonders geeignet" (ebenda, S. 4). Auch sei die Lyrik (politische Lyrik und Lied) besonders zu fördern und das operative Genre zu entwickeln. Die Schwerpunkte sind noch ganz im Geist des "Bitterfelder Weges" konzipiert. Befriedigt werden sollen auch die "Unterhaltungsbedürfnisse gebildeter, anspruchsvoller Persönlichkeiten", was eine eindeutige Absage an triviale Unterhaltungsliteratur impliziert.

Gefördert wird daher eine Vielfalt von Editionen. "Dabei kommt es vor allem darauf an, die Arbeiterklasse und besonders die Arbeiterjugend verstärkt als Leser zu gewinnen" (ebenda, S. 6). Der soziale Aspekt wird also für die Entwicklung von Editionsformen herausgehoben.

Die Arbeit der Verlage mit den Autoren besteht "als Teil des gesellschaftlichen Auftragswesens [...] darin, durch eine enge, geistig-schöpferische Verbindung zu den Schriftstellern die Elemente und Formen der indirekten und direkten Auftragserteilung so anzuwenden, dass die Übereinstimmung von Autor und gesellschaftlichen Auftrag weiter vertieft" (ebenda, S. 23) wird. Die Nachwuchsarbeit ist mit allen beteiligten Organisation zu gestalten, "ohne dass dabei die Verantwortlichkeit des Verbandes für die Nachwuchsarbeit begrenzt oder eingeschränkt wird" (ebenda, S. 22). Das bedeutet, dass die Verlage - ebenfalls ganz im Sinne des Bitterfelder Weges - keine exklusiven Partner für die Autoren sind, sondern als Mittler zur gesellschaftlichen Praxis auftreten.

Der Rahmen für die Arbeit war so in einem groben Raster abgesteckt. Ausgefüllt wurde er durch die Perspektivpläne der Verlage selbst, die (auf Basis der allgemeinen Richtlinien) die Programmlinien und zum Teil aufgeschlüsselte Vorhaben enthielten. Ergänzt wurden diese Vorgaben aus den vorangehenden Jahresberichterstattungen vor der HV, auf denen z.T. konkrete Schlussfolgerungen für die kommende Arbeit basierten.

In dem gesteckten Rahmen waren die Verlage in der Gestaltung ihrer Editionen frei. Die Verlagsleitung erstellte in den ersten Monaten für das jeweils folgende Planjahr einen ersten Planentwurf, den sie in die Lektorate und Abteilungen gaben, wo die Pläne diskutiert, ergänzt bzw. abgeändert wurden. Das waren im Aufbau-Verlag die Absatzabteilung, die Technische Abteilung und neben dem Cheflektorat die Lektorate Deutsches Erbe, Zeitgenössische Deutsche Literatur, Auslandsliteratur und das Lektorat Literaturwissenschaft. Nach der Überarbeitung der Entwürfe wurde in der Verlagsleitung der endgültige Planentwurf fertiggestellt. Der Themenplan bestand aus einer Liste der zur Veröffentlichung vorgesehenen Titel mit Angabe der jeweiligen Auflagenhöhe und der geplanten Verlagsbögen. Dazu kam eine kulturpolitische Einschätzung des Themenplanes, die die vorgesehenen Editionen zusammenfassend nach thematischen Gesichtspunkten (Schwerpunkte, perspektivische Entwicklung, Literaturformen) charakterisierte, die Erst- und Nachauflageplanung für einzelne Autoren (Auflagenhöhe und Preisgestaltung) und schließlich die Vorstellung über die zeitliche Planung und den Absatz der Titel festhielt. Dieser Themenplan wurde spätestens im Juni/Juli an die HV Verlage übersandt. Ca. 10 Prozent der zur Publikation vorgesehenen Titel waren Vakant-Titel, wurden also für die freie Entscheidung des Verlegers offen gelassen.

In der HV Verlage wurden die von allen Verlagen eingereichten Themenpläne nach Buchgruppen zusammengefasst, für die belletristische und Kunst-/Musikliteratur nach den Gruppen: (1.) DDR-Literatur, (2.) kulturelles Erbe, (3.) zeitgenössische ausländische Literatur, (4.) Literaturwissenschaft und Literaturkritik, (5.) Kinder- und Jugendliteratur sowie (6.) Kunst- und Musikliteratur. Für jedes dieser "Fachgebiete" bestand bei der HV Verlage eine Literaturarbeitsgemeinschaft, bestehend aus den zuständigen Vertretern der HV Verlage, der Verlage (in der Regel die Cheflektoren), der Bibliotheken (Zentralinstitut für Bibliothekswesen) und des Buchhandels (Zentrale Leitung, Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel (LKG), Buchvertrieb der Nationalen Volksarmee (NVA), Postzeitungsvertrieb sowie des Schriftstellerverbandes und (für die Gruppe Literaturwissenschaft und -kritik) von Universitäten. Diese erörterten die Abstimmung der Editionen und arbeiteten eine Stellungnahme zum jeweiligen Themenplan aus. Einschneidende Eingriffe in die Titelplanung nahmen die Literaturarbeitsgemeinschaften nicht vor. Sie konnten aber, ausgehend von erkannten literarischen Bedürfnissen oder Notwendigkeiten, Auflagenhöhen und Termine bis hin zu Verschiebungen in ein anderes Planjahr vorschlagen. Eine letzte Beratung der Belletristikverleger mit der HV Verlage führte auf die Fertigstellung des Planentwurfs, des Themenplans für die gesamte belletris-

tische Buchproduktion der DDR, der vom Minister bestätigt werden musste und damit verabschiedet wurde.

Intern wurde der Themenplan vom Leiter der HV mit den zuständigen Abteilungen im ZK der SED (Kulturabteilung und Abteilung Wissenschaften, Sektor Verlage und Buchhandel) ohne Teilnahme weiterer Beteiligter erörtert. Hier fand die entscheidende kulturpolitische Prüfung statt, die sich zum einen für die gesamte Produktion auf eine Begutachtung der Themen-, Stoff- und Heldenwahl erstreckte und zum anderen über die Publikationsmöglichkeit einzelner exponierter Autoren je nach ihrer Akzeptanz durch die SED-Führung befand. Die letztendliche, kulturpolitisch und politisch-ideologisch motivierte Entscheidung über den Plan fand hier statt. Formell wurden die Ergebnisse der Beratung nicht mitgeteilt.

Mit der Bestätigung des Verlagsthemenplanes wurden auch auf die Einhaltung ökonomischer Kennziffern geachtet, und zwar auf die Papiertonnage entsprechend dem ausgereichten Kontingent, auf die Valuta entsprechend dem bestätigten Valutaplan, auf die Exportfestlegungen generell im Rahmen der Planaufgaben, und da besonders in das nichtsozialistische, d.h. westliche Wirtschaftsgebiet, auf die Lohnkosten gemäß der Vorgabe und auf das Betriebsergebnis (das entsprach dem Gewinn).

Die Bestätigung des Themenplans wurde den Verlagen schriftlich mitgeteilt. Die nicht genehmigten Titel wurden dabei als Streichungen aufgeführt - die entsprechenden Plankennziffern wurden aus der Bestätigung ausgenommen. (Veränderungen in den Auflagenhöhen waren nicht aufgeführt.) Diese Vorgabe war der verbindliche Plan, der nicht mehr geändert werden konnte.

Mit dem bestätigten Themenplan war also eine verbindliche Planvorgabe vorgegeben. Diese Themenpläne liegen als Typoskripte vor. In ihnen trägt jeder zu edierende Titel eine Plankennziffer, eine feste Ziffer zwischen eins und der höchsten zu vergebenen, je nach der Zahl der geplanten Titel. Einmal erteilte Nummern wurden über den Planungszeitraum nicht verändert, sofern der Titel im Plan blieb. Für alle anderen wurden die Ziffern jeweils neu verteilt. Änderungen in einer Planposition konnten die Streichung eines Titels (mit oder ohne Wiederbesetzung), auch die Neuaufnahme eines Titels, die Besetzung von Vakant-Titeln und die Änderung der Auflagenhöhe (mit Einschluss des Papierbedarfs) betreffen. Diese Änderungen wurden handschriftlich in den Themenplan eingetragen. Jede Planänderung musste bei der HV beantragt und von ihr genehmigt werden. Sie zog entsprechende Korrekturen gegenüber den Druckereien, den Bindereien, dem Großhandel etc. nach sich.

Die Verlage arbeiteten nun intern wie auch in den Produktionsbeziehungen mit den Druckereien, dem LKG etc. auf der Basis dieses Jahresplans, der intern in Quartalsarbeitspläne aufgeschlüsselt wurde, um die Vorgaben für die Ausschöpfung des Papierkontingents und der Druckkapazität flexibel handhaben zu können.

Mit der Aufnahme in den bestätigten Themenplan war allerdings die Freigabe des einzelnen Titels für den Druck noch nicht gegeben. Die Druckgenehmigung musste für jeden Titel und jede Auflage dieses Titels (mit Angabe der Auflagenhöhe) extra eingeholt werden. Die Verlage entschieden nach einer internen "Generaldiskussion" über die Abnahme des Manuskripts, was gleichzeitig die Einreichung der Druckgenehmigung bedeutete. Ein Versagen der Druckgenehmigung durch die HV erfolgte mündlich, oft mit ergänzenden Bemerkungen wie: "kann zu einem späteren Zeitpunkt / nach Überarbeitung wieder eingereicht werden."

Zum Jahresende erarbeitete der Verlag einen Jahresbericht, der ausführlich Rechenschaft über die Planerfüllung ablegte. In den Jahresberichten stand an der Spitze die Erfüllung der kulturpolitischen Aufgaben, gegliedert nach 1. Volumen der Verlagsproduktion, 2. Einschätzung der erschienenen Literatur, 3. Ursachen der Abweichung vom Themenplan und 4. Einschätzung des Manuskriptvorlaufs für das kommende Jahr. Darüber hinaus wurde berichtet über die Leitungstätigkeit im Verlag, die Herstellungsarbeit, den Absatz und über die Erfüllung der ökonomischen Planteile (in dieser Reihenfolge). Alle verbalen Berichte wurden mit detaillierten Statistiken gestützt. Die Jahresberichte wurden im Januar an die HV und an das ZK (Abtlg. Wissenschaften, Sektor Verlage und Buchhandel) und den Träger des Verlages (für Aufbau-Verlag an den Kulturbund) versandt. Vertreter dieser Einrichtungen nahmen an der Rechenschaftslegung über die Planerfüllung teil, die bis Ende März/Anfang April für jeden Verlag gesondert in der HV stattfand. Die Rechenschaftslegung wurde protokolliert und enthielt Schlussfolgerungen für den neuen Plan.

Diese Stufen der Planung, Produktion und Rechenschaftslegung waren ausreichend formalisiert und wiederholten sich bei nur wenigen Änderungen im Detail, sofern keine grundlegenden Kurskorrekturen im Planungssystem durchgeführt wurden. Die Eckpunkte der Pla-

nung: Themenplan, Druckgenehmigung und Jahresbericht sind in den vorgeschriebenen, z.T. ausführlichen Papieren dokumentiert. Allerdings geben sie entscheidende Vorgänge in der Editionstätigkeit nicht wieder. Gerade die Edition kritischer Texte wurde von informellen Absprachen zwischen den Verlagen und der HV begleitet. Diese sind nur selten dokumentiert worden. Allein von den Schriftstellern selbst dokumentierte Zensurfälle (Loest 1984, Kunze 1990, Erwin Strittmatter 1990, auch Drescher 1991 für Christa Wolf, und Plenzdorf, Schlesinger, Stade 1995 über das Selbstverlagsprojekt "Berliner Geschichten") zeichnen das hartnäckige und oft auch vergebliche Ringen um eine Publikation nach. Das ausführlichste Material, und zwar von allen beteiligten Seiten liegt zum Hinze-Kunze-Roman von Volker Braun vor (Braun 2000, Höpcke 1996, Mix 1993, Schlenstedt 1995). Im folgenden sollen aus den vorliegenden Papieren die regelhaften Abläufe der Themenplanung am Beispiel des Aufbau-Verlages 1970 bis 1975 rekonstruiert werden. Die informellen Verhandlungen können aus dem vorliegenden Material nicht wiedergegeben, höchstens markiert werden.

3.2 *Prognose für den Aufbau-Verlag 1970 - 1975*

Die Perspektivpläne der Verlage wurden in diesen als eine Instrument für die grundsätzliche Orientierung der Programm- und Ressourcenplanung entwickelt, konnten aber auch als Steuerungsinstrument eingesetzt werden, weil sie von den übergeordneten Leitungen kontrolliert wurden. Für den Aufbau-Verlag liegt ein Typoskript von 41 Seiten mit dem Titel "Überlegungen zur kulturpolitischen Prognose" vor, das, ohne Datum und Unterschrift, mit dem nur intern verwendeten Stempel "Vertraulich" versehen, Überlegungen zur Perspektivplanung enthält, die von leitenden Mitarbeitern entwickelt worden sind (Aufbau-Archiv, Nr. 1499). Das Papier ist nicht zur Vorlage für die HV bestimmt gewesen, also kein offizielles Planungspapier. Es lässt mehr als die abgeforderten Planungsdokumente das Selbstverständnis über die Verlagsarbeit und die verlagsinternen Überlegungen zur Perspektive der Arbeit erkennen.

Nach den im Papier genannten Parteibeschlüssen und politischen Ereignissen ist es in der zweiten Jahreshälfte 1968 ausgearbeitet worden, also noch in der Zeit, als die kulturpolitische Zielstellung lautete, "die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und die ihr eigene Menschengemeinschaft zu festigen" (ebenda, S. 2).

Gegliedert ist das Papier nach dem gängigen Schema. Es setzte ein mit dem Bekenntnis zu den politischen Grundsätzen und einer Berufung auf die jüngsten Beschlüsse der Partei, um dann auf die Sacharbeit überzuleiten, die ohne ideologische Argumente dargelegt wurde. Die Verfasser gingen allerdings von einer damals verbreiteten optimistischen Erwartungen über ein Anwachsen der Lesebedürfnisse aus, was die Verlagsarbeit vor enorme Schwierigkeiten stellen werde, weil "sich die materiell-technische Basis der Buchproduktion unzureichend entwickelt hat. Was die Produktion des Aufbau-Verlages anbelangt, so sind mit einer durchschnittlichen Bandzahl von 285 pro Jahr und einer Durchschnittsauflage von 12 500 die schon jetzt vorhandenen Lesebedürfnisse auch nicht annähernd zu befriedigen. Besonders prekär ist die Situation vor allem in jenen Literaturbereichen, von denen zumindest repräsentative Autoren oder repräsentative Ausgaben fast ausschließlich vom Aufbau-Verlag betreut werden: deutsches und ausländisches kulturelles Erbe, bürgerlich-humanistische deutsche Literatur, ältere sozialistische deutsche Literatur. Das heißt, was der Aufbau-Verlag aus diesen Bereichen nicht publiziert, steht in der DDR nicht zur Verfügung (oder allenfalls in völlig unzureichendem Maße bzw. in spezielleren Editionsformen, z.B. Reclam)" (ebenda, S. 5). Die Mangelsituation wurde für die Breite des Titelangebots, das Verhältnis von Erst- und Nachauflagen und die Tatsache, dass der Fundus des Verlags unzureichend ausgenutzt wird, festgestellt. Da man nur von einer begrenzten Steigerung der Buchproduktion ausging, wurde angedacht, ob das Verhältnis von Fachbuch (1/5 der Produktion) zu belletristischem Buch nicht zugunsten des letzteren verändert werden sollte und ob die Profilierung der Verlage generell nicht durch weitere Konzentration bzw. Spezialisierung vorangetrieben werden könnte.

Der Schwerpunkt in der Prognose wurde aber auf die Entwicklung der Titelzahl gelegt, die trotz der gewachsenen Aufgaben (Übernahme der belletristischen Produktion vom Dietz Verlag und vom Tribüne-Verlag) seit der Profilierung der Verlage 1964 stagniert. "Die Gesamtzahl sollte bis 1980 auf rund 500 Titel = 180% gesteigert werden. Damit wäre unseres Erachtens auch 1980 noch keine volle Befriedigung der (inzwischen weitergewachsenen) Be-

dürfnisse erreicht. Mit dieser Zahl wollen wir auf dem Boden der (wahrscheinlichen) technischen Realitäten unsere kulturpolitischen Forderungen dokumentieren" (ebenda, S. 9).

Diese Überlegungen sind in dem Maße widersprüchlich, wie sie durch die Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Planung und tatsächlichen Gegebenheiten hervorgerufen wurden. Einerseits schätzte die Verlagsleitung die Entwicklung durch eine nüchterne Beurteilung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten eher skeptisch ein, andererseits machte sie eine optimistische Prognose (jährliche Steigerung der Titelzahl um 8 %), die nicht aus erkennbaren Trends hergeleitet wurde, sondern aus kulturpolitischen Ansprüchen der SED, die im eigenen Interesse ausgenutzt wurden.

Der Buchmarkt wurde für die Lösung der anstehenden Fragen in keiner Weise als möglicher Regulator in Erwägung gezogen. Alle auftretenden Probleme und Mängel sollten über eine bewusste Gestaltung des Planungssystems gelöst werden. Die "Entkommerzialisierung" der Buchproduktion (ebenda, S. 21) wurde grundsätzlich als eine positive Voraussetzung für die Buchproduktion in der DDR akzeptiert.

Es muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die "Entkommerzialisierung" für die meisten Verlage im Unterschied zum Buchhandel von Vorteil war, weil sie dadurch von den Schwierigkeiten des Buchmarkts abgeschirmt waren. Die belletristischen Verlage brauchten nämlich kaum Rücksichten auf die Distribution ihrer Produktion nehmen. Das war weniger darin begründet, dass der Markt außerordentlich aufnahmefähig war, sondern darin, dass die Kulturpolitik dem Markt eine selbständige Distributionsfunktion grundsätzlich absprach. Das schlug sich in den Regelungen für den Buchvertrieb nieder. Der Rahmenvertrag für die Auslieferung durch den LKG enthielt Bedingungen, die die Risiken allein dem Zwischenbuchhandel aufbürdeten, so u.a.:

- Die Einheitsauslieferungsgebühr - unabhängig vom dafür im LKG entstehenden Aufwand
- Die Pflicht, mit der Auslieferung im Zusammenhang stehende Dienstleistungen für die Verlage kostenlos zu erbringen
- Die Pflicht zur mehrfachen kostenlosen Anzeige von Neuerscheinungen und Lagerbeständen im Vorankündigungsdienst
- Die kostenlose Einlagerung aller Bestände ohne Zeitbegrenzung.

Das war für die Verlage eine Art Freibrief. Kein Verlag war gezwungen, bei seinen Entscheidungen die Bedingungen des Auslieferers zu berücksichtigen." (Petry 2001, S. 70)

Die Verlage nutzten dies im Besonderen durch die sog. Blockierungen aus. Große Anteile von besonders nachgefragten Titeln wurden beim LKG für den Export und den Binnenhandel blockiert. Allein die Verlage legten Höhe und Dauer der Blockierungen fest, also auch wann und zu welcher Gelegenheit die Bestände freigegeben wurden. Sie nutzten bestimmte Anlässe wie die Woche des Buches, Lesungen, Verlagsveranstaltungen etc., um die Bücher ihrer Kernleserschaft zu präsentieren. Die Binnenhandelsblockierungen liefen praktisch darauf hinaus, dass die Verlage für große Teile ihrer Produktion bestimmten, an welches Publikum ihre Produktion geleitet wurde.

Wiederholt gab es eine Berufung auf "zentrale Abstimmung und Koordinierung" - so für die vorgesehene Erweiterung der Taschenbuchproduktion (Prognose, S. 13), bei der Publikation ausländischer Literatur, "die eine intensive Entwicklungsarbeit und eine lange Entwicklungszeit erfordern" (ebenda, S. 39), generell auch in grundsätzlichen Fragen wie in einer Grundsatzentscheidung über das eben erwähnte Verhältnis von Belletristik und Fachliteratur (ebenda, S. 8) und der notwendigen Abstimmung zwischen Universitäten, Forschungsinstituten und Verlagen über die Nachwuchsplanung (ebenda, S. 37). Die Probleme von Überschneidungen einzelner Editionen sollten durch eine Abstimmung zwischen den Verlagen im Gange ihrer Profilierung gelöst werden, auch wenn "wir das Prinzip eines gesunden Wettbewerbs zwischen den Verlagen nach wie vor für richtig halten" (ebenda, S. 8).

Die Ablehnung des Marktes machte sich noch deutlicher in der Beurteilung der westdeutschen Verhältnisse bemerkbar. Im Zusammenhang mit der Erörterung der durch den Plan vorgegebenen Exportverpflichtungen wurden die Chancen der Bibliothek deutscher Klassiker (BDK) in der Bundesrepublik günstig eingeschätzt.

"Das ausschließliche Profitinteresse, von dem sich westdeutsche Verleger leiten lassen, sowie der Konkurrenzkampf zwischen den Verlagen verhindern in der Bundesrepublik eine systematische Erschließung des literarischen Erbes für breite Bevölkerungskreise. Die westdeutschen Ausgaben werden oft rasch und flüchtig zusammengestellt; oft sollen bekannte Herausgebernamen über die mangelhafte editorische Qualität hinwegtäuschen." (Ebenda, S. 24f.)

Das heißt aber nicht, dass das Verhältnis zu westdeutschen Verlagen als eine vom Klassenkampf geprägte Gegnerschaft behandelt wurde, wie es in den entsprechenden Partien als Konkurrenzverhältnis erkennbar wird.

Zur Planung selbst gab es implizit und explizit eine Reihe kritischer Bemerkungen. Sie waren nicht grundsätzlicher Art - die kulturpolitische Strategie, die perspektivisch für eine Erweiterung der Buchproduktion stand, wurde nicht angezweifelt. Kritisch behandelt wurden die beschränkten Ressourcen und einige für die Editionstätigkeit notwendigen Detailfragen. Der technisch-ökonomische Bereich war ausdrücklich nicht Gegenstand der vorliegenden Überlegungen, seine Probleme traten aber immer wieder auf, wie bspw. in der eingangs gemachten Feststellung, "dass sich die materiell-technische Basis der Buchproduktion unzureichend entwickelt hat" (ebenda, S. 5). Diskutiert wurden im folgenden also nicht die von den Planungsorganen zur Verfügung zu stellenden Ressourcen (Papier, Druckkapazitäten), sondern die für die unmittelbare Verlagsarbeit notwendigen Voraussetzungen.

Es wurden im wesentlichen zwei Mängel hervorgehoben. Der erste liege in der "Einschätzung der Auflageentwicklung - aber das betrifft in gleichem Maße die Titelanzahl, die Auswahl der Titel, die Editionsformen etc." Hier

"macht sich außerordentlich hemmend die Tatsache bemerkbar, dass wir schon für die Gegenwart nicht über eine aussagekräftige Analyse der Lesebedürfnisse und der Käuferstruktur verfügen. Diese Situation macht es außerordentlich schwer, die tatsächlichen Bedürfnisse der Leser einigermaßen exakt einzuschätzen. Die Bestellziffern des Buchhandels jedenfalls sind nicht immer der Ausdruck des realen Bedarfs. Käuferstruktur und Lesebedürfnisse zu erforschen, ist daher wohl ein zentrales Problem für den prognostischen Zeitraum." (Ebenda, S. 11)

Wenn man neue Leserschichten gewinnen wolle, sei die Frage der Editionsformen von zentraler Bedeutung. Die Orientierung an den Leserbedürfnissen wurde als notwendiges Planungsinstrument eingefordert, lange bevor die SED sich grundsätzlich dazu bekannte. Erwartet wurden Erkenntnisse von der Forschung, weil der Buchmarkt der DDR nicht aussagefähig sei, was unkommentiert blieb.

Der zweite wesentliche Mangel bestehe im Fehlen fachlich qualifizierter Lektoren, Herausgeber und Gutachter. Die Lektorenausstattung des Verlags war (bei 219 Mitarbeitern insgesamt) allerdings außerordentlich gut, wie die Tabelle 3 zeigt. Die Prognose erwartete aber bei einer Erweiterung der Produktion auf 500 Titel jährlich "eine Erweiterung des Lektorats um etwa 14 Mitarbeiter, davon 10 wissenschaftliche Mitarbeiter" (ebenda, S. 15). Obwohl es gelungen sei, wissenschaftliche Mitarbeiter von Universitäten und Forschungsinstituten für den Verlag zu gewinnen, fehle ihnen aufgrund ihrer Verpflichtungen häufig die Zeit für die Editionsarbeit im engeren Sinne, was sich besonders bemerkbar mache beim Lektorat für ausländische Literatur. Hier solle eine Abstimmung der Verlags- und Forschungsarbeit Abhilfe schaffen.

Tabelle 3

Ausstattung des Aufbau-Verlages mit Lektoren 1968

Lektorat	Lektoren insgesamt	Davon wiss. Mitarbeiter
Deutsches Erbe	16	13
Zeitgenössische Deutsche Literatur	18	13
Ausland	30	23
Literaturwissenschaft	10	8
Cheflektorat	4	1
GESAMT	78	58

Quelle: Aufbau-Archiv, Nr. 1499, S. 14

Die inhaltlichen Schwerpunkte wurden in dem Selbstbewusstsein gesetzt, nach der Profilierung der Verlagslandschaft 1963 der wichtigste belletristische Verlag der DDR zu sein.

"Er wurde zum echten Leitverlag für die gesamte ältere sozialistische Literatur, für das deutsche kulturelle Erbe, für die Weltliteratur, für die bürgerlich-humanistische und progressive westdeutsche Literatur und für einige Bereiche der Literaturwissenschaft. Eine wesentliche Aufgabe ist nach wie vor die Entwicklung und Förderung der sozialistischen Gegenwartsliteratur." (Ebenda, S. 2)

Der Entwicklungsstand für die entsprechenden Editionen wurde genau benannt und selbstgewiss fortgeschrieben, wobei die Grenzen (im Rahmen dieser langfristigen Prognose) allein in der Beschaffung von (Übersetzungs-)Rechten gesehen wurden.

Das Verlagsprogramm war als universales Weltprogramm der realistischen Literatur konzipiert, das durch die sozialistische Bildungsprogrammatisierung gedeckt war. Kulturrevolutionäre Ansätze fehlten, die Programmlinien waren ausgesprochen traditionell ausgerichtet, was sich auch im Begriff "Goldener Fonds" für jene Editionen ausdrückte, die ständig im Buchhandel verfügbar gehalten werden sollten. Die Distanz gegenüber der zeitgenössischen Moderne zeigte sich in der Einschätzung der Situation der westdeutschen Literatur:

"In der westdeutschen Literatur nimmt der Schwund an Realismus und Engagement immer mehr zu, vor allem unter den jungen Autoren. Ansätze von Gesellschaftskritik werden derart verpackt, dass man sie nur noch mühsam erkennt. Da wir aus ideologischen, zum Teil auch ästhetischen Gründen selbst auf die Romane eines Autors wie Martin Walser verzichten, bleiben uns zur Zeit im wesentlichen nur die 'wirklich linken' Autoren, deren politisch hoch achtenswerte Haltung nicht durchaus mit der Qualität ihrer literarischen Aussage kongruiert." (Ebenda, S. 19)

Die kryptische Formulierung über die Romane Walsers kann eigentlich nur so verstanden werden, dass der Verlag darauf hinweisen wollte, dass das Ignorieren Walsers kaum aufrechterhalten bleiben kann. Vergleichbare Formulierungen finden sich über ausländische Gegenwartsautoren:

"[...] im Bereich der Literaturen des kapitalistischen Auslands ist z.Z. noch die Gegenwartsthematik anteilmäßig stärker vertreten als im Bereich der sozialistischen Literaturen. Hinzu kommt, dass sich mitunter bei Titeln von namhaften Schriftstellern aus dem kapitalistischen Ausland, in denen für Länder mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung aktuellste Themen behandelt werden, Schwierigkeiten bei ihrer Herausgabe in der DDR ergeben. Bei den in unserem Gegenwartsprogramm seit 1967 enthaltenen Titeln aus dem sozialistischen Ausland ist die Kriegs- und Nachkriegsthematik z. Z. noch vorherrschend. Aktuelle Gegenwartsthemen werden von den Schriftstellern der sozialistischen Länder noch unzureichend behandelt, und eine Reihe von Werken mit aktueller Gegenwartsproblematik erweisen sich nach eingehender Prüfung für eine Herausgabe in der DDR als ungeeignet (z.B. Behandlung von Problemen der Personenkultzeit, pessimistische Tendenzen, modernistische Tendenzen, negative Entwicklung des Helden).

Bei der bürgerlich-humanistischen ausländischen Literatur bestehen in unserem Buchangebot aus verschiedenen Gründen z. Z. noch eine Reihe von Lücken. Einige Autoren wurden bewusst zurückgestellt (z.B. Proust, Gide, Svevo, Golding, Dos Passos, O'Neill, Hamsun, Pilnjak, Bely). Es wird erneut zu prüfen sein, welche Werke zu welcher Zeit herauszugeben sind." (Ebenda, S. 32f.)

Kontext und Formulierungen sind eindeutig, auch wenn es nicht explizit gemacht wird: im Grunde gehören die Werke dieser Autoren in das Programm des Verlages. Sie waren zurückgestellt, weil sie die Zensur nicht passieren würden. Der Verlag aber behielt sie im Auge, um sie bei Gelegenheit sofort zu veröffentlichen. Offen kritisch angesprochen wurde, dass das Programm zur Erschließung der deutschen bürgerlich-humanistischen Literatur des 20. Jahrhunderts stecken geblieben ist: "Andererseits haben wir es nur zum Teil erreicht, die progressiven Bürger als unser Erbe zu repräsentieren. Viele Autoren - und das ist nicht nur eine Frage des Urheberrechts - haben wir zu lange oder bisher ganz der bürgerlichen Rezeption überlassen (Wedekind, Kaiser, Heym, Toller, Kraus, Roth, Weiß, Kafka). Das zu ändern, wird eine Aufgabe im Prognose-Zeitraum sein" (ebenda, S. 19). Drei Jahre nach dem 11. Plenum wurde in aller Vorsicht, aber unmissverständlich darauf hin gearbeitet, die nicht zugelassenen Autoren zu publizieren. Dafür wird ins Feld geführt, dass der Verlag die Aufgabe habe, die große Literatur des 20. Jahrhunderts in seinem Programm zu haben, ein Argument, dem die Partei grundsätzlich schwer widersprechen konnte.

Die Einschätzung der Gegenwartsliteratur der DDR ist ausgesprochen kritisch. Den maßstabsetzenden Neuerscheinungen - Anna Seghers: "Die Entscheidung", Erwin Strittmatter: "Ole Bienkopp" und Hermann Kant: "Die Aula" werden genannt - seien keine adäquaten nachgefolgt: "Unsere Gegenwartsliteratur hat - von wenigen Ausnahmen abgesehen - zu viel Provinzielles an sich, weil sie die gesellschaftliche Umwälzung in der DDR ungenügend repräsentiert, nicht komplex genug gestaltet." Die Bücher von Nachbar ("Haus unterm Regen") und Otto ("Zeit der Störche") sind "trotz aller Bemühungen über eine Art Oberflächenbehandlung der Problematik nicht hinausgekommen" (ebenda, S. 16). Auch unter den jungen Autoren seien wenig vielversprechende Talente zu sehen.

Diese Sicht auf die gegenwärtige DDR-Literatur ist bemerkenswert. Sie orientierte sich nicht an möglichen (kleinen) Schritten bei der Entwicklung des sozialistischen Realismus, der die offizielle Literaturpolitik bestimmte, sondern an der ästhetischen Qualität einer großen Literatur, die der Verlag aus anderen Literaturen edierte. Der Qualitätsanspruch, den Walter Janka in seiner Verlagspolitik verteidigt hatte (Janka 1993, S. 180f.; Marschall 1994, S. 62 - 64), war mit dem Verlagswerk lebendig geblieben. Deshalb gingen die Einschätzungen des Verlages und der offiziellen Literaturkritik weit auseinander.

So universal wie das literarische Realismusprogramm gedacht war, so komplex waren die Editionsprojekte angelegt. Der Verlag hatte für die Publikationsformen eine "Art Stufentheorie für die Aneignung des literarischen Erbes konzipiert" (Aufbau-Archiv Nr. 1499, S. 12), wobei die Editionstypen auf den Fortschritt der Lesebedürfnisse abgestimmt waren. Die Editionsformen reichten "von der großen Werkausgabe (Typ Lessing), über die BDK, Gesammelte Werke in Einzelbänden (Typ Zola), in lockerer Folge erscheinende Bände eines Autors in gleicher Ausstattung (Typ Hemingway), einbändigen Auswahlgaben (Typ Liliencron), Querschnittsanthologien (Typ Expressionismus) und Einzelausgaben bis zum Taschenbuch" (ebenda, S. 11).

Hinsichtlich editorischer Kriterien galt die Lese- und Studienausgabe als Basistyp in der Reihe zwischen Taschenbuch und historisch-kritischer Ausgabe (Erler 1980, S. 291). Die sorgfältige Arbeit in der Gestaltung der Texte (mit eigener Textkonstitution) und des Apparats war Vorbild für alle Editionen. Die Editionsstufen waren auch in bildungssoziologischer Absicht gegliedert. Die von Walter Victor begründeten Volkslesebücher (Querschnittssammlungen klassischer und zeitgenössischer Autoren) waren "für die erste Stufe der Begegnung und Aneignung von Literatur konzipiert, vor allem also für Schüler und Jugendliche. In der Praxis freilich scheint der Käufer- und Benutzerkreis wesentlich umfassender zu sein..." (Erler 1978, S. 11). In diesen Umkreis gehörten auch die zwei- bis dreibändigen Volksausgaben klassischer (Goethe) und zeitgenössischer Autoren (Brecht, Becher, Wolf). Die Bibliothek deutscher Klassiker (BDK) zielte auf den "gebildeten Laien", der "umfangreiche, geschlossene Texte zu rezipieren wünscht" (ebenda). Deren Bände enthielten jeweils eine Auswahl eines (oder mehrerer Autoren wie in der Ausgabe Arnim/Brentano) in einem oder in mehreren Bänden. Umfassende Werkausgaben sollten als Lese- und Studienausgaben hohen Ansprüchen genügen. Zwischen beiden gab es mehrere Editionsformen, auch in Reihen: Bibliothek der Weltliteratur (BdW), Bibliothek der Antike. In hohen Auflagen erschienen die für breitesten Leserschichten gedachten Taschenbuchausgaben (bb-Taschenbuch, Taschenbibliothek der Weltliteratur).

Dies war die verlegerische Antwort auf das sozialistische Bildungsprogramm, das auch für die Zukunft bleiben werde. Allerdings meinte der Verlag, dass er sich in Zukunft auf eine Differenzierung der Lesebedürfnisse einzustellen habe, nach der bestimmte Editionsstufen obsolet, andere erweitert werden müssen. Zu fragen sei u.a., ob die unterste Stufe der Editionsstypen, die Volkslesebücher "auch in Zukunft die effektivste Form für die erste Aneignungsstufe sein werden" (Aufbau-Archiv Nr. 1499, S.12). In der Prognose wurden die Chancen aller Editionsstufen diskutiert, wobei aus technischen Gründen die Steigerung der Taschenbuchproduktion das größte Problem darstellte. Die Lese- und Studienausgaben der BDK sollten 1973 (mit Lichtenberg, Moritz, Arnim/Brentano) abgeschlossen werden, wurden aber ihres großen Erfolges wegen und nach der kulturpolitischen Liberalisierung im Gefolge der 6. Tagung nicht nur mit Nachauflagen, sondern auch mit neuen Ausgaben, u.a. 1983 mit einer Novalis-Ausgabe, fortgesetzt (vgl. dazu Gärtner 2001, S. 212 ff.).

Die teilweise detailliert ausgeführte Analyse des Erreichten und die daraus abgeleitete Prognose sollen hier nicht weiter verfolgt werden, da die Grundsätze der Planung schon erkennbar geworden sind. Sie stellen sich zusammenfassend folgendermaßen dar: Die Überlegungen zum Editionsprogramm befinden sich in Übereinstimmung mit den Grundwerten einer sozialistischen Literaturpolitik, ohne die dogmatische und sektiererische Enge der Politik nach dem 11. Plenum von 1965 zu übernehmen, dessen Auswirkungen überall und besonders im Verlagswesen zu spüren sind. Die Rückstellung des Buchmarktes als Regulator und die Ersetzung seiner Funktion durch zentrale Abstimmung und Koordination wird akzeptiert. Das Editionsprogramm ist das Programm eines universalen Realismus-Korpus, der die klassische Moderne einschließt. Die Bereitschaft, deren Autoren zu publizieren, wird vorsichtig, aber klar erkennbar ausgedrückt. Die Grenzen, die die Zensur gegenüber zeitgenössischer bürgerlicher und sozialistischer Literatur setzt, sind für beispielhafte Fälle bezeichnet und implizit kritisch angemerkt. Die zeitgenössische (westdeutsche) Moderne wird sehr kritisch gesehen und für die DDR als nicht publikationsfähig erachtet. Die Qualität der sozialistischen Literatur der DDR wird gering bewertet, soll aber entwickelt werden.

Dieses Programm wird in einem Stufenprogramm von Editionsformen verwirklicht, das gemäß der sozialistischen Bildungsprogrammatisierung konzipiert wurde. Die Ausgestaltung des Editionsprogramms soll dem Fortschreiten der Bildung und der Lesebedürfnisse gemäß erfolgen. Die programmatischen Schwerpunkte werden im Bewusstsein, der führende belletristische Verlag der DDR zu sein, vorgetragen.

3.3 *Perspektivische Themenplanung 1971 - 1975*

Der von der HV abgeforderte Perspektivplan liegt (ohne Anschreiben, Verfasser, Datum) unter dem Titel "Die Hauptaufgaben des Verlages im Perspektivzeitraum 1971 - 1975" auf 28 Seiten vor. Er ist - das lässt sich aus den Datierungen der im Archiv liegenden Zuarbeiten schließen - Anfang 1970 verfasst worden. Gegenüber der internen Prognose ist der für die übergeordneten Leitungen bestimmte Plan in der Gliederung wie den Ausführungen sehr viel ideologischer gehalten. Nach einer Aufzählung der ideologischen Ziele (führende Rolle der Partei, Klassenauseinandersetzung, Staatsbewusstsein etc.) berief sich die Prognostik allerdings dezidiert auf die Bedürfnisse der Leser:

"Dabei darf der Verlag die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, dass die Literatur ihre bewusstseinsbildende Wirkung nur dann wirklich und bei breiten Leserschichten erreichen wird, wenn das Programm an die Bedürfnisse anknüpft, deren Befriedigung die Leser vom Buch vor allem erwarten: Bedürfnisse nach künstlerischen Erlebnissen, Unterhaltungsbedürfnis, Informations- und Orientierungsbedürfnis." (Perspektivplan, Aufbau-Archiv, Nr. 1201, S. 3f.)

In den folgenden Passagen wird klar, dass der Verlag seine Programmlinien und Editionsformen eher hier als in den freilich stets wieder beschworenen ideologischen Vorgaben verankert sah.

Die Ausführungen zu den einzelnen Vorhaben sollen hier nicht reproduziert werden. Sie decken sich mit denen des Perspektivplanes, sind hier aber detaillierter aufgelistet. Die Schwerpunkte sind die Neustrukturierung und Verstärkung des Entwicklungslektorats, die Einführung der Edition Neue Texte (ENT), der Abschluss der BDK, Ausgaben der Literatur

der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und der unabhängigen Staaten der Dritten Welt und schließlich die Erweiterung der Literatur Westeuropas und Nordamerikas "durch die kritisch kommentierte Herausgabe solcher Autoren wie O'Neill, Proust, Dos Passos, Hamsun oder Svevo" (ebenda, S. 23).

Die Schlussbemerkung gibt einen skeptischen Ausblick auf die Möglichkeiten der Realisierung.

"Die vom Verlag im vergangenen Jahr eingeleitete Abstimmung unserer Produktion mit der Entwicklung unserer Partner in der Polygraphie (sie sah eine Steigerung der Titelzahl auf 340 bis im Jahre 1975 vor), ist durch die jüngste Entwicklung als überholt anzusehen: die durchschnittliche Titelbreite von 295 in den Jahren 1967/68 ist 1969 auf 252 gesunken und wird laut Plan 1970 nicht mehr als 225 betragen. Angaben über den quantitativen Umfang der Verlagsproduktion, über den Grad der Bedürfnisbefriedigung, über Auflagenentwicklung etc. sind daher zum augenblicklichen Zeitpunkt weniger denn je zu geben. Zentrale Vorhaben schon des in Vorbereitung befindlichen Themenplans 1971 sind von der technischen Seite her nicht verbindlich gesichert (Reihe "Neue Texte", Taschenbuchprogramm Erbe, Nachdruck der Berliner Goethe-Ausgabe u.a.). Sollen die perspektivischen Programmlinien durchgeführt, geplante Schwerpunkte und Proportionen realisiert und der geistige Vorlauf wirksam werden, dann muss die in letzter Zeit praktizierte Methode kurzfristiger Eingriffe in bereits laufende Jahresthemenpläne rasch von einer fundierten, die gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten in Rechnung stellenden und mit den Aufgaben des Verlagswesens bilanzierten Perspektivplanung der Kooperationspartner abgelöst werden." (Ebenda, S. 28)

Die abnehmende Titelproduktion der letzten Jahre, die eine Gefährdung des Gesamtprogramms signalisiert, wird im Zusammenhang mit ökonomischen Fragen - als Ergebnis willkürlicher Eingriffe, die jeder Planung widersprechen - zur Sprache gebracht. Es wird hier ausdrücklich vermieden, kulturpolitische Zusammenhänge anzusprechen.

3.4 *Jahresthemenplanungen 1971 - 1975*

Die Planung des Jahresprogramms (Jahresthemenplanung) musste - wie oben schon erwähnt (S. 30) - bis März/April des Vorjahres abgeschlossen sein. Ergänzend zur Titelliste wurde eine ca. zehn Seiten umfassende kulturpolitische Einschätzung des Themenplans (im folgenden auch TPL), eine verbale Erläuterung des Themenplans, verfertigt, die die Schwerpunkte der Programmplanung erläuterte und auf aufgetretene bzw. zu erwartende Probleme einging.

Überblickt man die kulturpolitischen Einschätzungen der Jahre 1970 bis 1975, so fällt sofort auf, dass am Anfang immer die angespannte Papiersituation zur Sprache kam. So setzte die Einschätzung des TPL 1972 mit den Worten ein:

"In Anbetracht der verfügbaren materiellen Fonds und der vorgegebenen ökonomischen Kennziffern war es außerordentlich schwierig, im Bereich des Gesamtverlags die kulturpolitischen Aufgaben, die vielfältigen Erwartungen, Interessen und Bedürfnisse der Leser und die ökonomische Effektivität des Plans in Übereinstimmung zu bringen." (Einschätzung des Themenplans 1972, Aufbau-Archiv, Nr. 42, S. 1)

Die folgende Charakterisierung des Plans war durchgängig vom Papiermangel und seinen Fesseln bestimmt. Um die zentralen Programmlinien des Verlags (DDR-Literatur, ENT, deutsches Erbe, ältere sozialistische Literatur, BDK, bb-Taschenbuch) präsent zu halten,

"[...]waren wir bemüht, neben den großen Werkausgaben verstärkt solche Editionsformen zu nutzen, die erfahrungsgemäß breite Leserschichten erreichen. Das gilt in erster Linie für die BDK und das Taschenbuchprogramm. Leider war es uns nicht möglich, auch das Programm der Weltliteratur in dem angestrebten und notwendigen Umfang im Plan unterzubringen." (Ebenda)

Im besonderen trifft es das Programm von Rütten & Loening, das "auf ein fast nicht mehr zu vertretendes Minimum zusammengeschrumpft" ist (ebenda, S. 2). Die Kritik daran, dass qualitätsvolle Editionen geopfert werden, um das Minimum der Literaturversorgung im Sinne der kulturpolitischen Breitenwirkung zu retten, ist unverkennbar.

Der kulturpolitische Wandel nach der 6. Tagung zeigte sich in der Einschätzung des (im Frühjahr 1973) verfassten Themenplans 1974 schon in der Darstellungsform. Erstmals sind

Statistiken zur Produktionsentwicklung von 1971 bis 1974 wiedergegeben. Der Grund: "Durch die Erhöhung des Papierkontingents auf 1 600 t erreicht der thematische Plan unserer beiden Verlage erstmals wieder einen Umfang, wie wir ihn etwa in den Jahren 1965 (290 Titel), 1967 (299 Titel) oder 1968 (292 Titel) realisiert hatten" (Einschätzung des Themenplans 1974, Aufbau- Archiv, Nr. 113, S. 1).⁸ Die Genugtuung über die lang erwarteten, erweiterten Produktionsmöglichkeiten ist unverkennbar. Neuere Literatur, die kulturpolitisch wichtigen Reihen (BdK, ENT) sowie das Programm von Rütten & Loening sollten besonders gefördert werden. Eine wirkliche Wende wurde freilich nicht erreicht, so dass die Einschätzung des TPL 1975 konstatierte:

"Da der Planentwurf 1975 auf der gleichen materiellen Basis wie der Plan des laufenden Jahres aufzustellen war, ergeben sich in Umfang und Struktur keine wesentlichen Veränderungen gegenüber 1974. Das heißt, wir werden ein relativ breites Titelangebot (gemessen an dem wesentlich schmaleren Programm der Jahre 1970 bis 1973) haben, und wir werden auf der anderen Seite weiterhin weit entfernt von dem sein, was man bedarfsgerechte Produktion nennt. Die Realisierung der Perspektivplanvorstellungen in bezug auf Breite und Vielfalt des Buchangebots, in bezug auf steigende Auflagen kann auch mit diesem Plan nicht begonnen werden." (Einschätzung des Themenplans 1975, Aufbau-Archiv, Nr. 114, S. 1)

Es fällt bei der Durchsicht der Einschätzungen auf, dass die völlig ungenügende materielle Basis für die Produktion ohne jede Beschönigung direkt angesprochen wird und die Konsequenzen für die Bereitstellung von Literatur in aller Klarheit dargelegt werden. Falschinformationen, wie sie in der Volkswirtschaft gang und gäbe waren (Gutmann 1999, S. 32), sind in diesen Plänen nicht zu beobachten.

Inhaltlich war die Erneuerung in der Arbeit für die Gegenwartsliteratur schon vor der 6. Tagung eingeleitet worden. Trotz der angespannten Papiersituation begann der Verlag mit dem TPL 1971, die Verlagsarbeit mit Gegenwartsauteuren neu zu strukturieren und neue Editionsformen zu erschließen: Mit der "Edition Neue Texte" (ENT) werde eine Reihe eingeführt, die als "ein Mittel" angesehen wird: "Auftragsarbeiten gezielt zu publizieren; zur Operativität überhaupt; wenig umfangreiche Manuskripte zu veröffentlichen; den Autoren die Eroberung neuer Bereiche zu erleichtern; Anfänger vorzustellen" (TPL 1971, S. 1). Zwölf bis sechzehn Bändchen sollten pro Jahr erscheinen. Weiterhin nehme mit dem Themenplan 1971 "gewissermaßen das neustrukturierte Lektorat ZdL die Arbeit auf" (ebenda, S. 2). Es biete sechzehn Erstauflagen gegenüber sieben im Jahre 1969 und 9 im Jahre 1970 an. Da einige dieser Arbeit geringeren Umfangs seien, könnten sie in der ENT veröffentlicht werden. Zugute käme diesem "quantitativen Sprung" allerdings auch, dass in den Vorjahren einige Texte nicht fertig geworden waren. Neuerscheinungen sind zu erwarten von Erwin Strittmatter, Günter Kunert, Helga Schütz (Prosa) sowie von Heinz Kahlau, Sarah Kirsch und R. Weisbach (Lyrik). Als weiterer Editionsschwerpunkt wird die Erweiterung des Taschenbuchprogramms von vierzehn Titel im Jahre 1970 auf vierundzwanzig Titel angezeigt. Damit soll nach der Reduzierung des Papierkontingents die Rückführung der Titelzahl etwas ausgeglichen werden, was erst durch schwierige Verhandlungen mit der Polygraphie gesichert werden konnte. Erhöht werden soll die Titelzahl in der Bibliothek der Weltliteratur von zehn auf sechzehn Bände, was noch lange nicht der notwendigen Präsenz dieser Reihe entspricht, wie angemerkt wird.

1972 werden drei Titel aus dem bestätigten Plan von 1971 erneut eingereicht, und zwar die Erzählungen von Gorrish, Volker Brauns "Kipper", deren Leipziger Aufführung freilich noch abgewartet werden muss (vgl. dazu S. 15, Anm. 6), und wiederum Dieter Nolls Roman "Kippenberg": er "bleibt für den Plan 1972 unser wichtigstes Buch" (TPL 1972, S. 2). Die anderen vorgesehenen Neuerscheinungen aus der DDR-Literatur werden nur erwähnt, u.a. Sarah Kirschs Frauenporträts (1973 unter dem Titel "Die Pantherfrau" erschienen).

"Im Plan der Edition Neue Texte ist wiederum ein Essay-Band vorgesehen: Aufsätze von Christa Wolf unter dem Titel 'Lesen und Schreiben'. Dieser Band vereint bisher verstreut publiziertes, ergänzt durch zwei größere unveröffentlichte Essays, an denen zur Zeit im Lektorat und mit der Autorin noch gearbeitet wird." (Ebenda, S. 3)

⁸ In den Kennzifferbögen des Verlages ist für 1974 ein Verbrauch von 1526 t/netto eingetragen.

Sicher ist es kaum möglich, die literaturgeschichtliche Bedeutung von Texten vor ihrer Veröffentlichung zu beurteilen. Es war nicht abzusehen, dass Sarah Kirsch mit ihren Frauenporträts eine Entwicklung anstieß, die nach Maxie Wanders "Guten Morgen, Du Schöne" zur Etablierung einer umfangreichen und außerordentlich wirksamen Dokumentarliteratur führte (Schröder 1996), doch war die Abweichung vom sanktionierten sozialistischen Realismus durch den Essay-Band von Christa Wolf dem Lektorat bzw. Verlag durchaus bewusst. Der Band wurde als erste Veröffentlichung von Christa Wolf nach ihrem Wechsel zum Aufbau-Verlag entsprechend vorsichtig eingeführt.

Die Schwierigkeiten mit der sozialistischen Gegenwartsliteratur hielten an. Brechts 75. Geburtstag - es erscheinen eine fünfbändige Werkausgabe, ein Lesebuch und Werke im bb-Programm - wurde zum Anlass genommen, eine der schwierigsten Editionen zu wagen:

"Außerdem haben wir uns nach reiflichen Überlegen entschlossen, Brechts (gleichzeitig bei Suhrkamp erscheinende) Arbeitsjournale in den Plan 1973 aufzunehmen, um zu verhindern, dass dieser Autor auf Grund seines komplizierten und widersprüchlichen Entwicklungsweges von der BRD missbraucht wird." (TPL 1973, S. 5)

Strittmatters "Wundertäter II" wurde zwar als wichtigstes Werk der Gegenwartsliteratur eingeführt, der absehbaren Schwierigkeiten halber aber nicht weiter erläutert. Ob Dieter Noll seinen Roman beenden würde, blieb auch für das Planjahr 1973 unklar. Noll und Lindow arbeiteten 1974 weiter an ihren Romanen, allein Egon Günther schloss seinen Roman ab, der aber nicht als Schwerpunkttitle bestätigt wurde.

Für das Jubiläumsjahr 1975 war eine Steigerung des Programmteils DDR-Literatur auf ca. ein Drittel der Titel vorgesehen. Dafür mussten bei gleichbleibender Ressourcenkapazität andere Bereiche, insbesondere des deutschen und ausländischen Erbes eingeschränkt werden. In diesem Zusammenhang wurde vorsichtig missbilligend angemerkt, dass die Verpflichtung Gedenktage zu berücksichtigen, das Programm in starkem Maße festlege. Es entsprach der geforderten politischen Argumentation, wenn in Hinblick auf den 30. Jahrestag der Befreiung "Ersterscheinungen [...] wie Christa Wolfs 'Kindheitsmuster', die in Wroclaw aufgefundenen Tagebücher von Walter Tausk aus den Jahren der Naziherrschaft oder die repräsentative Anthologie multinationaler Sowjet erzählungen" im Themenplan (TPL 1975, S. 2) gemeinsam platziert wurden. Bei den Publikationen aus der DDR-Literatur wird zuerst auf das Programm zu Anna Seghers 75. Geburtstag verwiesen.

"Unter den neuen Romanen sind die von Margarete Neumann und von Christa Wolf an erster Stelle zu nennen" - auch wenn im TPL Christa Wolf erst nach Margarete Neumann platziert wird: Ihr Roman "wird von der literarischen Qualität her an der Spitze stehen und - auf den Spuren des Vergangenen - wesentliche Probleme unserer Gegenwart anpacken." (Ebenda, S. 3)

Eine nichtssagende und zugleich vieldeutige Charakteristik, die durchblicken lässt, dass der neue Roman von Christa Wolf für den Aufbau-Verlag kulturpolitisch ein Wagnis war (ebenda, S. 5).

Kontinuierlich arbeitete der Verlag daran, Werke der Weltliteratur in sein Programm aufzunehmen, die von der Literaturpolitik bisher als nicht zum Kanon gehörig zurückgewiesen worden waren. Es ist interessant zu sehen, wie er über Jahre entsprechende Titel vorschlug, indem er sie als Vakant-Titel in eine inoffizielle Vorabverabredungen brachte und/oder mit lange vorliegenden Gutachten erneut einreichte (vgl. dazu Wurm 1994, 210 ff.). Gleich nach der 6. Tagung wurde in den TPL 1974 u.a. erneut Upton Sinclair aufgenommen und Prousts "Auf der Suche nach der verlorenen Zeit". "Zur Besetzung der beiden Vakant-Titel werden zur Zeit noch Romane von Erich Maria Remarque und Jakob Wassermann geprüft" (TPL 1974, S. 6). Sie wurden vorsichtigerweise noch nicht fest in den Plan aufgenommen. Zu Remarques "Im Westen nichts Neues" hatte der Verlag schon 1970 umfangreiche Recherchen eingeleitet. Es war ihm aber nicht gelungen, die Publikation durchzubringen.

Erst im Themenplan 1975 schien die Publikation von "Im Westen nichts Neues" "mit gründlichem Nachwort und einer Dokumentation zur Wirkungsgeschichte" (TPL 1975, S. 6) gesichert. Eingereicht wurde Marques' "Hundert Jahre Einsamkeit" und von den literaturpolitisch kritischen Titeln Dos Passos, "der mit den Werken seiner frühen Schaffensperiode zu den schärfsten Kritikern der kapitalistischen Gesellschaft gehört und den wir unseren Lesern

erstmalig mit seinem Roman "Manhattan Transfer", gründlich kommentiert, vorstellen" (ebenda, S. 9). Die Ankündigung einer angemessenen Kommentierung war offenbar unverzichtbar, um die Widerstände der Funktionäre abzubauen. In den Druckgenehmigungsverfahren wurden Text und Kommentar häufig als eine Einheit behandelt, um die Texte ideologisch zu entschärfen. In den Ausgaben finden sich freilich statt der die Leser bevormundenden Nachworte solide literaturgeschichtliche Analysen. Wiederum waren Vacat-Titel für neue Werke aus der Bundesrepublik vorgesehen: "Wir prüfen die letzte Prosa von Martin Walser neu, wir erwägen "Lenz" von Peter Schneider, "Lehrzeitgeschichten" von Uwe Wandrey u.a." (ebenda, S. 8).

Übersetzungen aus der Sowjetunion, den Volksdemokratien und den Ländern der Dritten Welt nahmen einen großen Raum im Programm ein - erstere wurden durch die Vorschlagslisten aus dem ZK der SED besonders gefördert. Diese ebenfalls nicht konfliktlos verlaufenden Programme sollen hier nicht weiter betrachtet werden.

Hinsichtlich der Editionen aus dem deutschsprachigen klassischen und realistischen Erbe traten keine vergleichbaren literaturpolitischen Schwierigkeiten auf. Die allmähliche Erweiterung des Kanons ging offensichtlich ohne schwerwiegende Konflikte vonstatten. Der Abschluss der Bibliothek deutscher Klassiker mit drei Erstauflagen (Brentano/Arnim und Lichtenberg in je einem Band und K. Ph. Moritz in zwei Bänden) wurde im Themenplan 1973 als wesentliches Ereignis mitgeteilt (TPL 1973, S. 6). In den folgenden Jahren wurden wegen des großen Erfolges immer wieder Nachauflagen herausgegeben und gegen den Beschluss die Reihe fortgesetzt. Dann wurden auch Autoren herausgegeben, deren Werke nicht im Zentrum des Kanons standen oder aus ideologischen Gründen gemieden worden waren - wie Novalis, 1983 erschienen (vgl. dazu Gärtner 2001, S. 211- 215).

Überhaupt wurden klassisch verlegerische Leistungen - wie eben die Reihengestaltung - in den Themenplänen wie auch in den Planabrechnungen wohl vermerkt, aber nur knapp kommentiert. Sie waren kaum Gegenstand einer literaturpolitischen Einflussnahme und Auseinandersetzung. Diese Arbeiten litten im Wesentlichen an den beschränkten materiellen Ressourcen, um deren Erweiterung mühsam gekämpft wurde.

3.5 *Schwerpunkttitel und Verlagsprofil*

Mit der kulturpolitischen Einschätzung des Themenplans hatte der Verlag zugleich auch sogenannte Schwerpunkttitel vorzuschlagen, denen in der Produktion besondere Aufmerksamkeit und Betreuung zu gelten hatte. Das Ministerium überprüfte diese Vorschläge und korrigierte sie, indem es der Liste weitere Titel aufnötigte (1970 beispielsweise Alexander Abusch, "Schriften" Bd.4, Anna Seghers: "Überfahrt" u.a.) oder strich, so 1974 Egon Günthers Roman "Einmal Karthago und zurück", nachdem sein Film "Die Schlüssel" gerade heftig angegriffen und aus dem Verleih genommen war. Diese Listen (vgl. Tabelle 2d im Anhang) enthalten also vom Ministerium sanktionierte Titel.

Überblickt man die endgültigen Schwerpunkttitel der Jahre 1971 bis 1975, so fällt sofort die große Zahl der literaturwissenschaftlichen Veröffentlichungen auf. Obwohl ihr Anteil am Verlagsprogramm zwischen fünf und zehn Prozent der Titel lag, dominierten sie die Listen mit den Schwerpunkttiteln. Ebenso fällt ins Auge, dass bevorzugt Anthologien aufgenommen worden sind, und zwar solche zum Bauernkrieg, zur Revolution 1848 und zur zeitgenössischen sozialistischen Literatur. Die ideologische Absicht ist unverkennbar: Es ging einmal um die Grundlegung und Festigung einer marxistischen Literaturwissenschaft als legitime Fortsetzung einer realistischen Literaturtheorie (Goethe), die sich auch modernen Entwicklungen stellte (Naumann u.a.), und zum anderen um das Aufzeigen einer revolutionären Traditionslinie von der Literatur des Bauernkrieges bis zur jüngsten sozialistischen deutschen und Weltliteratur.

Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Publikationen von großen Werkausgaben deutscher realistischer Autoren, die gleichermaßen eine Traditionslinie konstituieren sollten: von Heinrich Mann (zum 100. Geburtstag) und Thomas Mann (100. Geburtstag) zu Bert Brecht (75. Geburtstag), Willi Bredel (70. Geburtstag), Friedrich Wolf und Bodo Uhse. Aus der Weltliteratur sind Autoren aufgenommen worden, die ebenfalls die realistische Komponente herausheben sollten. Mit Shakespeare und Petöfi waren zwei klassische Autoren vertreten, die anderen gehörten zu zeitgenössischen Literatur, jener die einen klaren sozialistischen bzw. antikapitalistischen Standpunkt einnahm.

Bei den Schwerpunkttiteln aus der zeitgenössischen DDR-Literatur verließ man sich auf ‚sichere‘ Texte von Anna Seghers und Erwin Strittmatter. Gegenüber neueren Autoren zeigte sich die Zusammenstellung unsicher. Dieter Nolls sozialistischer Erziehungsroman "Kippenberg" erschien, mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, erst Jahre später, war aber bald vergessen. Über den Roman "Der grüne Salon" von Margarete Neumann, einer Darstellung der Entwicklung von Bauernfamilien seit ihrer Flucht aus dem Osten bis zur Bildung der Genossenschaften in der DDR, wurde selbst in der Literaturgeschichte der DDR von 1976 in einem Sammelurteil über mehrere Autoren nur mitgeteilt, sie erreichten "einen großen Leserkreis" (Haase 1976, S. 566). Rainer Lindows Roman, die Geschichte eines Aufstiegs im Nachkrieg in Form eines Schelmenromans, erschien, ebenfalls wenig beachtet, sehr viel später in einem anderen Verlag.

Was hier auffällt, ist nicht so sehr die fehlende Nachhaltigkeit der Wirkung als die Anpassung an eine gesicherte Thematik im vorsichtig ausgeschrittenen Rahmen eines erprobten traditionellen Realismus. Alle Werke mit inhaltlichen und ästhetischen Neuerungen wurden vermieden. Auffällig ist auch, dass die Liste an Inhalten festgemacht wurde und verlegerische Neuerungen wie die Edition Neue Texte ignorierte.

Mit den Schwerpunkttiteln sollte ein Verlagsprofil demonstriert werden, das der Verlagsprogrammatische zwar nicht widersprach, aber einseitig auf die kulturpolitische Linie der DDR zugeschnitten war. Diese Liste wurde in erster Linie für die Parteiführung, aber wohl auch für die ideologische Disziplinierung im Verlag aufgestellt. Öffentlich gemacht wurde sie nicht, auch nicht in der Verlagszeitschrift "Der Bienenstock". Die Auszeichnung als Schwerpunkttitel hatte offensichtlich keinen Einfluss auf die Auflagenhöhen. Diese blieben für die ausgezeichneten Titel im üblichen Rahmen. Auch die Anschaffungsempfehlungen des Zentralinstituts für Bibliothekswesen nahmen sich dieser Titel nicht ausdrücklich an. Neuerscheinungen und Anthologien aus der DDR-Gegenwartsliteratur sowie Werkausgaben sozialistischer Autoren wurden in der üblichen Staffeln zur Anschaffung empfohlen, allein Anna Seghers "Sonderbare Begegnungen" und die Anthologie mit sowjetischen Autoren wurden als besonders wichtig gekennzeichnet. Für die übrigen Titel richtete sich die Empfehlung danach, in welchem Umfange die Werke schon in den Bibliotheken vorhanden waren, also nach den Regeln des Bestandsaufbaus.

Der Verlag konnte mit dem ausgestellten Profil eines Verlages, der die Weltliteratur und das deutsche Erbe sowie die fortschrittliche zeitgenössische Weltliteratur pflegt, wohl leben. Seine Intentionen aber waren mit den in den Schwerpunkttiteln ausgedrückten Inhalten keineswegs identisch. Diese liefen eben nicht auf eine Befestigung des sanktionierten Sozialistischen Realismus hinaus, sondern wollten die Fixierung darauf gerade überwinden.

Nach der oben angeführten Themenplanung des Verlages verfolgte dieser ein anderes Konzept, das sich eher an der Vielfalt realistischen Schreibens orientierte. Dabei ging der Verlag sehr vorsichtig, aber bestimmt vor. Der hartnäckig verfolgte Versuch, Brechts Arbeitsjournal herauszubringen, war enorm wichtig für eine kritische Geschichtsbetrachtung und das Selbstverständnis einer realistischen Schreibweise, die dogmatische Fesseln abstreifte. Gleiche Bedeutung kam Christa Wolfs Essay-Band "Lesen und Schreiben" zu.

Mit Jurek Beckers "Jakob der Lügner", Fred Wanders "Siebenter Brunnen", dem Breslauer Tagebuch von Walter Tausk und dann mit Christa Wolfs "Kindheitsmuster" legte der Verlag Bücher vor, die eine neue Sichtweise auf den Nationalsozialismus initiierten, der vom öffentlich gepflegten Bild des heroischen Widerstandes gegen den Faschismus abwich. Wenn im Gutachten zu Tausks Tagebuch auf den in der DDR sehr erfolgreichen Dokumentarfilm von Romm mit dem Titel "Der gewöhnliche Faschismus" verwiesen wurde, sollte dieser Verweis auf ein zugelassenes Kunstwerk die Publikation im vorgängigen antifaschistischen Diskurs absichern. Zu diesem gingen die Bücher jedoch auf Distanz, indem sie ein differenziertes Bild vom Nationalsozialismus entwarfen, das sich deutlich von jenem absetzte, das später als "verordneter Antifaschismus" bezeichnet wurde (Schubarth 1992, Grunenberg 1993). Über diese Lektüre mussten sich die Leser individuell und sehr direkt mit dem Nationalsozialismus in Beziehung setzen und ganz andere Strategien der Aufarbeitung einsetzen, als dies Schule und Propaganda verlangten.

Initiiert wurden vom Aufbau-Verlag die ersten Texte der Dokumentarliteratur (Sarah und Rainer Kirsch), die nach Maxie Wanders Erfolg von "Guten Morgen, du Schöne" (1975) zu

⁹ Vgl. dazu: "Erfahrungsmuster" - die Diskussion zu Christa Wolfs "Kindheitsmuster". In: Chr. Wolf: "Fortgesetzter Versuch", S. 100-130.

einer Dokumentarliteratur führten, die ein authentisches, nicht ideologisch überlagertes Bild vom Alltag in der DDR gaben.

In den Erbe-Editionen wurde versucht, jede Engführung auf den literarischen Realismus des 19. Jahrhunderts zu überwinden und auch die realistischen Autoren der Bundesrepublik bekannt zu machen. Vor allem letztere wurden, sofern ihre politische Aussage nicht eindeutig als antikapitalistisch charakterisiert werden konnte, vorsichtig als Vakant-Titel benannt. Offenkundig gab es über diese ein informelles Abtasten der Chance, die im günstigen Falle dann auch genutzt werden konnte, im ungünstigen aber ohne schädliche Folgen für die Verlagsarbeit blieb. Das geschah auch für Werke der literarischen Moderne aus der Weltliteratur (Proust, Dos Passos, Svevo). Diese Werke, die schon in der Perspektivplanung latent bereit gehalten wurden, wurden sofort in das Programm aufgenommen, nachdem die 6. Tagung eine Lockerung eingeleitet hatte. Ihre Publikationen kamen nun auch ohne besondere Schwierigkeiten durch.

In Übereinstimmung mit der Kulturpolitik konnte der Verlag seine sorgfältigen Editionen aus der klassischen deutschen und Weltliteratur ausbauen. Hier gab es keine Einschränkungen kulturpolitischer Art, hier machte sich allein die Knappheit der Ressourcen hinderlich bemerkbar. Die Kontinuität dieser wichtigen Arbeit war gegeben.

Wenn der Verlag die Publikation eines Titels erreicht hatte, gab es keine Hindernisse für eine angemessene Verbreitung. Das lässt sich an den Auflagenhöhen ablesen (vgl. dazu Tabelle 3 im Anhang). Die höchsten Auflagen - mit über 30.000 Exemplaren außergewöhnlich hoch - hatten die die neuen Texte eingeführter "Bestsellerautoren" der sozialistischen DDR-Literatur (Anna Seghers, Erwin Strittmatter, Hermann Kant, Christa Wolf), deren Werke auf ein breites Leserinteresse stießen und auch verkauft wurden. Titel, deren Edition gegen die Kulturbürokratie schwer errungen war, kamen, wenn auch selten, so doch ebenfalls in diese Gruppe (Remarque: "Im Westen nichts Neues"). Selbst Autoren der bürgerlichen Moderne und der westdeutschen Gegenwartsliteratur, die keine Literatur für ein Massenpublikum geschrieben hatten (Ingeborg Bachmann, Dos Passos, Klaus Mann, Martin Walser) waren in der Gruppe mit einer hohen Auflage - 20.000 Exemplare und mehr - vertreten. Ihre Auflagenhöhen lagen über denen, die DDR-Autoren für ihre Erstauflagen bekamen. In der Edition Neue Texte wurden Prosawerke in der Höhe zwischen 5.000 und 10.000 Exemplaren herausgegeben.

An diesen Zahlen ist vor allem eine Beobachtung aufschlussreich: Autoren, die der Verlag ohne besondere Förderung oder gar gegen Widerstände publizierte, hatten gegenüber den Schwerpunkttiteln die größeren Auflagen. Das heißt, dem Verlag wurde gestattet - schließlich genehmigte die HV im Themenplan und bei der Druckgenehmigung auch die Auflagenhöhe - die Auflagen "marktgerecht", nicht am Bedarf der Käuferschaft vorbei zu kalkulieren und zu produzieren. Die Mangelsituation auf dem Buchmarkt (Überzeichnungen) war nicht darauf zurückzuführen, dass die Auflagen für einzelne Titel zu niedrig angesetzt waren, sondern darauf, dass die Steuerung der Buchproduktion, die zwar einzelne Titel durchließ, ganze Segmente der Literatur, z.B. der westdeutschen, vom Markt fernhielt (vgl. dazu Löffler 2000, v.a. S. 18-25).

Auch wenn man nicht nur einzelne, herausragende Titel, sondern die Repräsentanz von Literaturen (vgl. dazu Tabelle 4 im Anhang) betrachtet, wird die Differenz von kulturpolitischer Akzentuierung einerseits und literarischer Programmatik des Verlag andererseits deutlich. Allein hinsichtlich der Literatur aus der Bundesrepublik ist eine einseitig ideologisch ausgerichtete Editions politik unübersehbar: sie war äußerst gering vertreten, und zwar vorwiegend mit politisch hervorgetretenen linken Autoren (Degenhardt, Walraff, von der Grün u.a.). Von den literarisch bestimmenden Autoren wie Ingeborg Bachmann, Siegfried Lenz und Martin Walser wurde über die fünf Jahre nur je ein Werk publiziert. Die Übersicht zeigt aber andererseits, dass die klassische und die bürgerlich-realistische Weltliteratur die sozialistische dominierte. So gab es mehr Editionen aus der französischen als aus der sowjetischen Literatur. Die sozialistische osteuropäische Literatur fing den Vorsprung der westeuropäischen nicht auf, weil die Literatur aus diesen Ländern das gesamte - auch nichtsozialistische - literarische Spektrum umfasste. Die "Liberalisierung" nach der 6. Tagung machte sich interessanterweise in dem Anwachsen der Editionen sozialistischer Autoren bemerkbar, ohne dass die Editionen aus dem Erbe und der bürgerlichen Literatur verdrängt worden wären, (weil auch das Papierkontingent erhöht wurde). Der Anteil der letzteren an den Editionen war jedoch in der Zeit der äußerst restriktiven Kulturpolitik höher.

3.6 Druckgenehmigung

Parallel zur Themenplanung lief in den Verlagen eine intensive Lektoratsarbeit an den zur Publikation vorbereiteten Texten. Diese Arbeit in den Verlagen brachte einerseits eine vorzügliche Textqualität hervor - hervorzuheben ist der "Institutsstil" des Aufbau-Verlages in seinen Werkausgaben (Wurm 1996a, S. 232 f.) -, bedeutete andererseits aber eine Zensurarbeit, nicht nur gegenüber der zeitgenössischen DDR-Literatur. Dieser Arbeitsprozess¹⁰ ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Hier geht es um seine Planung, die Steuerung und Kontrolle durch die Planungsorgane. Die letzte Stufe der Leitungsarbeit bestand in der Kontrolle des Produkts vor der Veröffentlichung. Diese Kontrolle geschah mit Hilfe der Druckgenehmigung, die in der HV eingeholt werden musste, bevor ein Manuskript in die Druckerei gegeben werden konnte. Angesichts der vorausgehenden Prozeduren war sie eine letzte Sicherung, um mögliche Alleingänge der Verlage zu stoppen und unvorhergesehene Einsprüche berücksichtigen zu können.

Das dafür notwendige Verfahren war folgendes: Die Belletristikverlage reichten den Antrag auf Genehmigung mit zwei Gutachten ein, einem Verlagsgutachten und einem vom Verlag selbst bestellten Außengutachten. Die Außengutachter waren in die Publikationsgeschichte des Textes nicht immer eingeweiht. Außerdem erwarteten die Verlage, da sie sich zur Publikation entschlossen hatten, positive Gutachten. Kam es zwischen dem Verlagsgutachten und dem Außengutachten zu größeren Differenzen, die die Erteilung der Druckgenehmigung hätten gefährden können, legte der Verlag noch einen Kommentar zum Außengutachten vor. Es kam auch vor, dass Verlage zu kritische bzw. eine Publikation ablehnende Außengutachten ignorierten und sich neue bestellten, die für eine Publikation der betreffenden Werke eintraten. Sofern sicherheitsrelevante Themen (NVA, Polizei), aber auch sensible Probleme der Wirtschaft, der Umwelt sowie der Bildung und Erziehung berührt waren, wurden zusätzliche Erkundigungen bzw. Gutachten aus den betreffenden Ministerien eingeholt.

Waren die Gutachten widersprüchlich oder signalisierten sie kritische Themen, wurde der Antrag in der HV gründlich geprüft. Nicht nur der für den Verlag zuständige Mitarbeiter, sondern auch weitere Mitarbeiter des Sektors befassten sich dann mit dem Text (Meyer-Gosau 1993, S. 37). Außerdem wurden in diesen Fällen von der HV vielfach ausschlaggebende Drittgutachten eingeholt. Diese intensive Prüfung durch die HV ist teilweise in Protokollen oder Aktennotizen der Beteiligten festgehalten. Eine Ablehnung der Druckgenehmigung erfolgte in der Regel mündlich und wurde schriftlich nicht kundgemacht. Im Archiv des Aufbau-Verlags findet sich stattdessen das durchgestrichene Titelblatt des Formulars der Druckgenehmigung. Die Druckgenehmigung konnte mit Auflagen verbunden sein, die bis zur Satzgenehmigung erfüllt sein mussten. Die Satzgenehmigung erteilte der Verlag, doch konnte das nur nach Rücksprache mit dem Ministerium geschehen.

Die Gutachten der belletristischen Verlage im Routineverfahren - also ohne die Drittgutachten, die die HV einforderte - verfolgten fast ausnahmslos die Absicht, die Werke so zu präsentieren, dass sie die Zensur passierten. Das legte deren Kommunikationsstrategie fest. Die Verlagsgutachten, die in der Regel von den betreuenden Lektoren verfasst wurden, verteidigten die Textarbeit gegenüber einer angenommenen Zensur. Sie begründeten für kritische Texte die neuen Themen, neue Darstellungsbereiche und -weisen als kulturpolitisch sinnvolle Ergänzung oder unbedenkliche Erweiterung des Kanons. Sie mussten die Texte gleichzeitig gegen reaktionäre, pessimistische und formalistische Tendenzen abgrenzen. Die Lektoren versuchten, vorauszusehende Widerstände gegen eine Publikation durch geeignete Argumente zu entkräften oder auf Einwände in den informellen Vorabsprachen zu reagieren. Häufig findet man in den Gutachten Argumente ad hominem des Autors, den es zu schützen galt. Die ablehnende Stellungnahme im Verlagsgutachten zu Christa Wolfs "Nachdenken über Christa T." - "obwohl die Autorin wahrscheinlich nach dem Scheitern ihres dritten Werkes kaum wieder produktiv sein wird" (Wichner, Wiesner 1991, S. 84) - ist das seltene Beispiel einer sonst nicht üblichen Preisgabe einer Autorin.

¹⁰ Eine verständnisvolle Rekonstruktion der Lektoratsarbeit mit Autoren der DDR-Literatur hat Withold Bonner vorgenommen: Vom Typoskript zur Buchfassung. Wer schrieb den Roman Franziska Linkerhand von Brigitte Reimann? In: Heide Hampel (Hg.): Wer schrieb Franziska Linkerhand? Brigitte Reimann 1933 - 1973. Fragen zu Person und Werk. Neubrandenburg: federchen 1998, S. 38 - 86; einen Einblick in die Arbeit mit übersetzter Literatur bietet Ulrike Gahntz: Edition schwedischer Literatur in der DDR. In: Mark Lehmstedt und Lothar Poethe (Hgg.): Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 9 (1999). Wiesbaden: Harrassowitz 1999, S. 333 - 375.

Die vom Verlag eingeholten Außengutachten vermitteln im wesentlichen die gängigen Argumentationsmuster und geben ein Bild vom aktuellen Zustand des öffentlichen Diskurses in der Literaturkritik. Beurteilten Verlags- und Außengutachten eine Veröffentlichung unterschiedlich, nahmen die Verlage oft noch einmal Stellung für eine Veröffentlichung.

Die Verlagsgutachten sind insofern Dokumente der Zensur, als sie eine nicht-öffentliche Auseinandersetzung um einen Autor, ein Thema, eine Darstellungsweise belegen. Längsschnittanalysen, wie sie von Brohm über die Gutachten zur Lyrik in den sechziger Jahren vorgelegt worden sind, geben einen adäquateren Einblick in den literarischen Diskurs als die veröffentlichte Literaturkritik. Die Gutachten waren Ausdruck der ständigen Gegenwart der Zensur, aber keine Instrumente der Zensur selbst.

Die von der HV eingeholten Drittgutachten waren dagegen hauptsächlich Prüfungen der politisch-ideologischen Aspekte eines Werkes, also eine Zensurmaßnahme. Die Zusatzgutachten anderer Ministerien übten eine Fachzensur aus. Aus den Gutachten zu einem Werk könnten die literaturpolitischen Probleme, die vor jeder Veröffentlichung bedacht werden mussten, gut rekonstruiert werden. Das sei an einem Fall exemplarisch gezeigt:

Die Unterlagen für das Druckgenehmigungsverfahren eines so "schwierigen" Titels wie Remarques "Im Westen nichts Neues" zeigen, welche Anstrengungen der Verlag unternahm, um den Roman zu veröffentlichen. Das Werk war schon 1970 erfolglos zur Publikation vorbereitet worden, in die Planung wurde der Roman nach der 6. Tagung für das Jahr 1974 wieder aufgenommen, erschienen ist er 1975. Die Unterlagen für die Ersteinreichung vom September 1970 umfassen umfangreiche Materialien. Ein Übergabeverzeichnis ging unter Punkt 1. und 2. auf die Textvorlage ein:

1. Die Ausgabe des Lizenzträgers Kiepenheuer und Witsch von 1964 kann für die Edition nicht verwendet werden:

"Der Text dieser Ausgabe ist fehlerhaft und zum Teil sinnentstellend. Die ersten 50 Seiten sind kollationiert mit der Ausgabe von 1929. Wörter und ganze Sätze sind ausgelassen.

Noch ein Hinweis: auf Seite 82 statt: Bilder des Früher - Bilder des Führers.

Alle Abweichungen von der Ausgabe von 1929 sind keine autorisierten Korrekturen. Demzufolge ist dieser Text ~~für~~ als Satzvorlage nicht verwendbar.

2. Xerokopien der 1929 erschienenen Ausgabe des Romans.

Dieser Text ist vorkorrigiert." (Aufbau-Archiv, Nr. 2401)

Im Übergabeverzeichnis wurden weiter angeführt ein Nachwort von Krista Maria Schädlich, zwei Verlagsgutachten, ein Außengutachten zu Roman und Nachwort. Außerdem sind mehrere Arbeiten (Gutachten zu Romanen, Nachwort) von Friedrich Döppe angeführt, die aber alle nicht verwendet wurden, weil "sie nicht als fundierte Stellungnahme zu betrachten" waren.¹¹ Diesen Unterlagen sind später keine grundlegenden neuen hinzugefügt worden. Das heißt, dass alle späteren Verhandlungen über die Publikation vorwiegend informell geführt wurden.

Das eine Verlagsgutachten stellte sich schon in der Überschrift die Aufgabe, eine Zusammenstellung von Argumenten zu liefern, "die für oder gegen die Herausgabe des Buches sprechen". Der Lektor setzte mit einer Skizze der Wirkungsgeschichte ein, die den Roman "objektiv zu einem antifaschistischen Literaturerzeugnis" (Gutachten, ebenda, S. 1) macht. Mit diesem Ansatz wurde versucht, von vornherein eine Argumentationsstruktur zu finden, die dem Roman innerhalb der Gesellschaft, in der die "Verteidigungsbereitschaft" unantastbar war, Akzeptanz verschaffen sollte. Der Lektor lieferte eine angemessene Interpretation der wesentlichen Aussagen des Romans. Doch erschien dies keineswegs ausreichend, weil damit keine politisch-ideologisch zwingenden Argumente für eine Veröffentlichung bereitgestellt werden konnten. Denn Remarque "hat weder die Absicht noch aufgrund seiner kleinbürgerlichen Haltung die Möglichkeit, die sozialen Ursachen und den Klassencharakter des Krieges zu erkennen" (ebenda, S. 4). Deshalb wurde versucht, über eine geschickt vorgetragene Historisierung und eine Abschätzung der Wirkungsmöglichkeit die Veröffentlichung begründen zu können. Dafür setzte der Lektor den mündigen Leser voraus:

¹¹ Sie bleiben im Folgenden unbeachtet.

"Die konsequent antimilitaristische Einstellung des Autors provoziert beim Leser durch die sachliche Schilderung des Unmenschlichen zumindest eine emotionale Ablehnung des Krieges. Im Kontext einer marxistischen Geschichtsauffassung bildet die emotionale Ablehnung eine notwendige Seite der verstandesmäßigen Verurteilung des Krieges." (Ebenda, S. 3)

Zum Abschluss ging das Gutachten noch einmal auf aktuelle politische Zusammenhänge ein, wobei ‚dick aufgetragen‘ wurde:

"In einer Zeit, da die Notwendigkeit von Gewaltverzichtsabkommen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erkannt wird, muss das Problem der Abrüstung wieder verstärkt in den Kreis der notwendigen Schritte einbezogen werden. Insofern trägt auch Remarques Buch positive Elemente - wenn auch in den oben erwähnten Grenzen." (Ebenda, S. 5)

Direkte Argumente gegen die Veröffentlichung wurden nicht vorgetragen - sie wurde abschließend "als nützlich und wünschenswert" eingeschätzt.

Das zweite Verlagsgutachten trug die Überschrift "Bemerkungen" zum Roman und machte so ebenfalls deutlich, dass eine vorsichtige Annäherung an die Publikationsabsicht vorgenommen wurde. Es lieferte eine Charakteristik des Romans, die ihre Beschreibung aus der Lebenserfahrung des Autors und einer Zeitcharakteristik gewann, und charakterisierte seine besondere literarische Qualität. Die Gutachterin ging dabei ausführlicher als die anderen auf den Stil der Darstellung und die Sprache ein. Explizit stellte sie die "Frage, ob der Roman in der DDR heute verlegt werden sollte" (Gutachten, ebenda). Der Konjunktiv war wohl dem Risiko geschuldet, weil die Frage am Ende klar bejaht wurde. Dazu wurde die ästhetische Qualität nicht mehr ins Feld geführt. Die vorgetragenen Argumente waren allein politischer und wirkungsästhetischer Natur: "Sowohl ein fundiertes Geschichtsbild, zu dem der Roman als Ergänzung beitragen kann, als auch das ständige Wachbleiben der imperialistischen Welt gegenüber können durch den Roman gefördert werden" (Gutachten, ebenda). Das setze freilich den mündigen Leser voraus. Den führte die Gutachterin dann auch in Hinblick auf das schwierigste Problem ein, das zu beachten war, die sozialistische Wehrerziehung. Diese baue "auf den Verstand des Soldaten, auf seinen Klassenverstand. Dieses Antikriegsbuch kann in seiner Wirkung die Notwendigkeit der Verteidigung des Sozialismus unterstreichen" (Gutachten, ebenda). Die klare Absage an den Krieg sei eine Absage an den imperialistischen Krieg - "die Frage eines gerechten Krieges wird gar nicht angeschnitten" (Gutachten, ebenda). Man merkt dieser Verrenkung an, dass ein Zwang vorlag, der Zensur eine solche Argumentation zu liefern. Eine Seite des Gutachtens war dem Nachwort gewidmet, das recht kritisch beurteilt wurde.¹²

Das Außengutachten, das die literarischen Eigenschaften des Romans nur streifte, war eine literatur- und ideologiegeschichtliche Einordnung des Romans von einem dogmatischen marxistischen Standpunkt her. Das Urteil über den Roman war dementsprechend äußerst kritisch und ging in der Betrachtung einzelner Aspekte sehr weit:

"Indem Remarque diese Form der Gemeinschaft [gemeint ist die Kameradschaft. D.L.] bejaht, bewertet er gleichzeitig die Verwischung der Standesunterschiede durch den Krieg positiv und gelangt damit in bedenkliche Nähe zur proimperialistischen Kriegsliteratur." (Außengutachten, ebenda, S. 8).

Ein solches Urteil war geeignet, die Publikation zu verhindern, und ist in der HV offensichtlich als kontraproduktiv empfunden worden - Anstreichungen und Anmerkungen problematisierten solche radikalen Aussagen und Entgegensetzungen, etwa wenn im Gutachten der Kameradschaft das "echte Kollektiv" entgegengehalten wird.

Interessant ist nun, wie die Gutachterin trotz der negativen Einschätzung nicht ausdrücklich gegen eine Veröffentlichung Stellung nahm. Ein großer Teil ihres Gutachtens war dem Nachwort gewidmet, über das grundsätzlich gesagt wurde:

"Neben anderen Veröffentlichungen des Verlages (etwa der Romane Arnold Zweigs), die dem Leser richtige Einsichten in das von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bestimmten Wesen des Krieges gestatten,

¹² Die Ausgabe ist dann auch mit einem Nachwort des Rostocker Literaturhistorikers Hans Joachim Bernhard erschienen.

hat das Nachwort zu "Im Westen nichts Neues" die vorrangige Aufgabe zu leisten, dem Leser eine distanzierte Betrachtung des Werkes zu ermöglichen und von der Warte höherer Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge die ideologischen Schwächen und Grenzen der weltanschaulichen Position Remarques aufzudecken und zu erklären." (Außengutachten, ebenda, S. 4)¹³

Das Gutachten amalgamierte den Roman und das Nachwort zu einem Text - und allein dieser Gesamt-Text sei lesenwert. Konsequenterweise wurden immer wieder Forderungen an das Nachwort gestellt, um die weltanschaulichen Mängel des Romans auszugleichen! Das war zweifelsohne ein extremer Standpunkt. Aber er wirft ein besonderes Licht auf eine generelle Verfahrensweise, nicht zum Kanon gehörende Texte grundsätzlich mit Nachworten versehen herausbringen, um dem Leser die richtige, hier eine distanzierte Leseweise nahezulegen.

Die Annahme, dass die Nachworte die Leseweise und Lektürewirkung beeinflussen könnten, setzt einen Leser voraus, der an einer Lesehilfe interessiert und gewillt war, diese zu berücksichtigen. Den nahm die Außengutachterin in einer merkwürdigen Idealisierung der Leserschaft auch an:

"Dabei ist die historische Distanz schon groß genug und der Einfluss einer sozialistischen Erziehung und Umwelt so nachhaltig, dass die Gefahr, das Buch könnte von der Masse der Leser falsch gelesen und verstanden werden, weitgehend ausgeschaltet ist." (Ebenda, S. 10)

Das in die Ausgabe schließlich aufgenommene Nachwort von Hans-Joachim Bernhardt bediente diese Rezeptionssteuerung freilich nicht, sondern bot eine sachgerechte literaturgeschichtliche Analyse.

Die Druckgenehmigung war eine abschließende Kontrolle eines langen Arbeitsprozesses an einem literarischen Werk, der ständig von Zensurüberlegungen und präventiven Veränderungen und Eingriffen begleitet war. Zur Druckgenehmigung eingereicht wurde ein Text in der Regel dann, wenn alle Zweifel an der Drucklegung ausgeräumt schienen. Manche Drucklegung wurde immer wieder hinausgeschoben, selbst kurz vor der Druckgenehmigung gestoppt und das konnte Jahre so dauern. Die Anzahl der verweigerten Druckgenehmigungen blieb deshalb gering. Robert Darnton stellte während der Wende nach einem Interview mit den Mitarbeitern der HV fest:

"Die Zensoren in der Clara-Zetkin-Straße lehnten tatsächlich sehr wenig von der Literatur ab, die sie erreichte - im Durchschnitt ein halbes Dutzend der 200 bis 250 Manuskripte, die sie jedes Jahr auf dem Gebiet erzählender Gegenwartsliteratur der DDR genehmigten" (Darnton 1990, S. 6)

Eine von der Inoffiziellen Mitarbeiterin "Gabriele Herz" aus der HV Verlage an ihren Führungsoffizier übermittelte "Liste der abgelehnten Bücher 76 - 78" bestätigt die von Darnton übermittelte Schätzung. Ihr ist zu entnehmen, dass in den drei (nicht zwei, wie Joachim Walther angibt) Jahren (Walther 1996, S. 276) zwanzig Bücher aus "ideologischen Gründen" abgelehnt worden seien (vgl. dazu die Tabelle 5 im Anhang). Das entspricht dem festgestellten Umfang von verweigerten Druckgenehmigungen im Aufbau-Verlag. Ein Maßstab für die Ausübung der Zensur kann aus diesen Zahlen freilich nicht abgeleitet werden.

Exkurs: Buchzensur

Die Buchzensur in der DDR unterschied sich also grundlegend von den traditionellen Formen der Zensur bis in die Weimarer Republik. Juristisch gesehen war das Druckgenehmigungsverfahren eine Präventivzensur - "ein allgemeines Verbot mit Erlaubnisvorbehalt" (Otto 1968, S. 116). Darüber waren sich die Akteure im klaren. Wenn die Funktionäre auch öffentlich die Zensur leugneten, so gestanden sie intern doch ein, dass die Druckgenehmigung eine Zensur sei. So wurde in dem oben zitierten Schreiben Hörnigs an Hager das Verfahren auch damit verteidigt, dass es eingeführt worden sei, um "den Zensurcharakter [...] zu eliminieren." Beim

¹³ Handschriftlich ist von der Verfasserin über die ursprüngliche maschinenschriftliche Fassung eine Verbesserung eingetragen: sie ersetzt "Aufgabe zu leisten" durch "Aufgabe geleistet" und wertete so das vorliegende Nachwort ihren Anforderungen entsprechend auf.

Wort genommen, heißt das: sollte das Druckgenehmigungsverfahren wegfallen, müsste die Zensur wieder eingeführt werden. Und im Protokoll einer Besprechung in der HV darüber, wie mit de Bruyns "Neuer Herrlichkeit" zu verfahren sei, wurde festgehalten, dass Arno Lange auf die "Verantwortung der HV als Zensureinrichtung des Staates" verwiesen habe (Wichner, Wiesner 1991, S. 147).

Es muss aber deutlich auf die Unterschiede zwischen der traditionellen Zensurpraxis und dem in der DDR praktizierten Verfahren hingewiesen werden. Die traditionelle Zensur wurde - unabhängig davon, wer die Zensur mit welchen Mitteln ausübte - durch eine Zensurinstanz außerhalb des Literatursystems (oder Wissenschaftssystems) vorgenommen. Nach dieser Methode wurden die Publikationen der kirchlichen Verlage der DDR zensiert. So wurden für die Bücher der Evangelischen Verlagsanstalt die Außengutachten nicht vom Verlag, sondern von der HV selbst eingeholt (Bräuer 1994; Bräuer, Vollnhals 1996). Diese Gutachten waren Prüfungen von Fachleuten, direkt für die HV bestimmt. Den Verlagen wurden sie nicht vorgelegt. Hier übernahm die HV die Funktion einer Zensurstelle im traditionellen Sinne, indem sie die weitgehend unabhängig entstandenen Texte auf ihre Publikationsmöglichkeit in der DDR hin überprüfte.

Für die routinemäßige Kontrolle der Belletristik galt dies nicht. Freilich gab es auch hier Zensurfälle im traditionellen Sinne, wenn die obersten Parteinstanzen und die Staatssicherheit Publikationsverbote verhängten, ohne vorher in den Schaffensprozess involviert gewesen zu sein bzw. ohne Auseinandersetzungen mit dem Autor oder dem Verlag geführt zu haben. Allein Kurt Hager hat zugegeben, Zensur als politisch notwendige Maßnahme ausgeübt zu haben: "Es blieben immer wieder Manuskripte zurück, die politisch fragwürdige Aussagen enthielten. Wenn die Hauptverwaltung noch Bedenken hatte, kam deren Leiter zu mir und erwartete meine Entscheidung" (Hager 1996, S. 342). Verhandlungen zwischen Politbüromitgliedern und von der Zensur betroffenen Autoren über Texte hat es nicht gegeben.

Zensureingriffe im traditionellen Sinne sind immer zugleich auch mit der Kriminalisierung der Autoren verbunden gewesen: so die Verurteilung Stefan Heyms nach der Publikation seines Romans "Collin" in der Bundesrepublik wegen "Devisenvergehens" (Heym 1992), die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit und die erzwungene Ausreise Reiner Kunzes nach der Veröffentlichung der "Wunderbaren Jahre" (Kunze 1990), die Maßnahmen zur Überwachung und Zersetzung des "Prenzlauer Berges" (Boethig 1993) und andere. Diese spektakulären und durch die Kriminalisierung der Autoren folgenreichen Zensurfälle sind am besten dokumentiert. Sie stehen exemplarisch für die Überwachung der Literatur, waren aber nicht das gängige Verfahren.

Charakteristisch für die Zensurpraxis der DDR war, dass die literarische Produktion von einem Zensurprozess durchdrungen war, an dem alle literarischen Akteure beteiligt waren, wobei sie verschiedene Positionen einnahmen, je nachdem auf welcher Stufe die Auseinandersetzung stattfand. Uwe Kolbe hat knapp zusammengefasst, wie in dem üblicherweise stattfindenden "zähen Kampf" die Fronten wechselten: "Autor gegen Verlag; Autor + Verlag gegen Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel (HV); Verlag + HV gegen Kulturabteilung des Zentralkomitees der SED; alle gemeinsam gegen die Stasi oder mit der Stasi, je nachdem" (Zipser 1995, S. 226 f.). Volker Brauns Notate über die über Jahre sich erstreckenden Kämpfe im Druckgenehmigungsverfahren des "Hinze-Kunze-Romans" belegen das anschaulich (Braun 2000, S. 35-40).

Mit der Vorverlagerung der Zensur in den Produktionsprozess war verbunden, dass die Autoren sie anfänglich als harte Auseinandersetzung zwischen Akteuren innerhalb des Literatursystems verstanden und nicht als Eingriffe einer feindlichen oder fremden Macht. In den von Zipser nach der Wende zusammengetragenen Schriftstellerzeugnissen wurden an erster Stelle die Verlage als Orte der Zensur genannt. Die Verleger und Lektoren waren immer involviert, mal als Verbündete gegen, mal als Handlanger der Zensur. Christa Wolf charakterisierte die Zensur später als "ein kompliziertes, konfliktreiches Handeln zwischen Personen, nicht der anonyme Eingriff einer staatlichen Institution in Publikationsmöglichkeiten" (Wichner, Wiesner 1991, S. 85). Die Autoren hatten keine Illusionen über die Zensurarbeit im Produktionsprozess. Christa Wolfs spätere Charakteristik verharmlost dies aber nicht, wie ihr vorgeworfen wurde, sondern zeigt eine bestimmte Haltung gegenüber der Zensur an, die allein aus der Geschichte der DDR-Literatur verstanden werden kann.

Bis Anfang der fünfziger Jahre war bei den aus der Emigration in die DDR zurückgekehrten Schriftstellern ein Bewusstsein, dass die eigenen Werke einer Zensur unterworfen seien, nicht vorhanden. In Übereinstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht waren sie der

Auffassung, dass alles, was dem Faschismus, was einer Akzeptanz des Krieges Vorschub leisten könnte, verboten werden müsste. In einer Gesellschaft, die die falsche Tradition - im Sinne der Lukács'schen "Zerstörung der Vernunft" von Nietzsche bis Rosenberg - bekämpfen wollte, weil sie noch gegenwärtig war, war die Unterdrückung nazistischer Gutes angeraten. Diese Zensur war kein "Wächter der Tradition" (Assmann 1987, S. 11) - im Gegenteil, sie sollte der Sinnauslegung die richtige neue Dynamik verleihen. Um den richtigen Weg wurde gleichzeitig eine scharfe innerparteiliche Auseinandersetzung geführt, in deren Konsequenz die Veröffentlichung von Texten verhindert wurde. Das war in den Augen der Beteiligten die folgerichtige Konsequenz einer harten Auseinandersetzung, die angesichts des Klassenkampfes unausweichlich war, aber keine Zensur.

So hat Walter Janka im Gespräch mit Werner Mittenzwei für die fünfziger Jahre keine Vorschriften für die Verlagsarbeit erkennen können (Janka 1993, S. 169 f.), gleichzeitig aber zugegeben, dass es Verbote einzelner Texte, so Eislers "Faustus" (ebenda, S. 170), gegeben habe. Stefan Heym war noch 1956 überzeugt, dass es "bei uns" keine Zensur gäbe. "Aber es gibt eine Verantwortlichkeit des Schriftstellers der Sache gegenüber, der Sache des Friedens und der Demokratie und des Sozialismus. Der Zensor, von dem immer gesprochen wird, sitzt im Herzen des Schriftstellers" (Dt. Schriftstellerverband II, 16). Selbstzensur wurde als Ausdruck des inneren Kampfes um die richtige Linie aufgefasst und auch später erstaunlich offen diskutiert (vgl. Wolf 1986, S. 333f.).

In dieser Tradition entwickelte sich in der DDR zunächst keine breite Zensurkritik. Erst als die antifaschistische Stoßrichtung der Zensur an Bedeutung verlor und die Auseinandersetzungen um ästhetische Fragen aus der Öffentlichkeit verbannt wurden, begannen die Schriftsteller die Praxis der Zensur in Frage zu stellen. In den Wahlberichtsversammlungen der Bezirksverbände Anfang 1972 wurde die Abschaffung der Druckgenehmigung zwar noch nicht gefordert, aber eine Veränderung des Verfahrens. Die Gutachten sollten nicht weiter anonym bleiben, sondern offengelegt werden und die Debatten um die Drucklegung in den Verbänden stattfinden. Diese Verlagerung in die Interessenverbände hätte in der Konsequenz bedeutet, dass dem Ministerium die Entscheidungsbefugnis aus der Hand genommen worden. Es verwundert deshalb nicht, dass diese Vorschläge schroff zurückgewiesen wurden.

Der Kampf gegen die Zensur begann nicht damit, dass die Schriftsteller die Druckgenehmigung hätten abschaffen wollen, sondern damit, dass sie diese demokratisch und öffentlich machen wollten. Im Januar 1974 schlugen Plenzdorf, Schlesinger und Stade ihren Kollegen vor, eine Autoren-Anthologie "Berliner Geschichten" zu veranstalten.

"Herausgeber der Anthologie sollten *alle* Beteiligten sein. Das heißt, dass jeder Autor das Recht hat auf Kenntnis aller Beiträge. Danach kann er Einspruch gegen andere Texte erheben. Danach kann er auch entscheiden, ob er seinen Text zurückziehen möchte. Erst wenn der Band von allen Beteiligten akzeptiert worden ist, wird er einem Verlag angeboten." (Plenzdorf, Schlesinger, Stade 1995, S. 215)

Dass für die Veröffentlichung ein DDR-Verlag vorgesehen war und dass das Druckgenehmigungsverfahren formal eingehalten werden sollte, haben die Autoren mehrfach betont (ebenda, S. 286 ff.). Dort lag die Sprengkraft. Die Mehrzahl der angeschriebenen Autoren war für das Projekt. Und mit dem Schwung dieser Idee traten sie denn auch auf einer Versammlung des Berliner Schriftstellerverbandes auf, "auf der Jurek Becker ein ebenso elegantes wie respektloses Referat hielt und Heym, Schlesinger, Dieter Schubert und Plenzdorf nacheinander zur Diskussion sprachen. Laut Akte [des MfS. D.L.] haben sie nicht mehr gefordert, aber auch nicht weniger, als die Abschaffung der Zensur in der DDR" (Schlesinger 1993, S. 113).¹⁴ Das Projekt rief die Stasi auf den Plan und die brachte es zusammen mit der Leitung des Schriftstellerverbandes zu Fall.

Die Biermann-Ausbürgerung führte die Auseinandersetzungen auf ein Feld, das die Zensurproblematik weit überstieg. Eine Debatte über die Zensur fand im Verband nicht mehr statt, die Problematik war aber stets gegenwärtig. Die Autoren fanden sich immer weniger damit ab und die Weigerungen, Manuskripte zu ändern, nahmen zu. Das hatte zur Folge, dass diese beim Verlag liegen blieben, bis sie nach Jahren doch durchgelassen wurden. Gegenüber Zipser gaben viele Autoren an, dass sie in den späten Jahren der DDR die Zensur als Verzö-

¹⁴ Nach Schlesinger, S. 113, fand die Versammlung am 30.10.1974 statt, nach Plenzdorf, Schlesinger, Stade, S. 226, am 13.11.1974 - gemeint ist offenbar dieselbe.

gerungen von Publikationen erlebt haben. Die Zensur war nicht mehr akzeptiert und es brauchte nur einen Anstoß, dass ihre Abschaffung offen gefordert wurde. Nach der durch den "Hinze-Kunze-Roman" Volker Brauns ausgelösten Krise forderte Christoph Hein auf dem X. Schriftstellerkongress 1987 mit bisher ungewohnt scharfen Formulierungen die Abschaffung der Zensur.

3.7 Planerfüllung 1971 - 1975

Die Verlage mussten am Ende eines Planjahres eine Rechenschaft über die Planerfüllung ablegen. Die sog. Jahresberichte wurden im Januar des folgenden Jahres an die HV und direkt an die Abteilung Wissenschaften im ZK der SED geliefert. Die Jahresberichte rechneten alle Parameter der Planung exakt ab. Der folgende Überblick über diese Planabrechnung konzentriert sich auf die Erfüllung des Themenplans. Die umfangreiche Berichterstattung über die ökonomischen Parameter wird nur insoweit beachtet, wie sie unmittelbar mit der Themenplanung verknüpft war.

Die Statistik über die Planerfüllung - siehe dazu Tabelle 4 - erfasste die Anzahl der im ursprünglichen Themenplan aufgenommenen Titel (Stand bei Abgabe TPL), dann die Zahl der bestätigten Titel - das entsprach der Planaufgabe - und schließlich die Zahl der tatsächlich erschienenen Titel. Zentraler Gradmesser für die Arbeit des Verlages in kulturpolitischer Hinsicht war die "Planerfüllung" oder "Plantreue", die sich daran maß, wieviele der ursprünglich bestätigten Titel auch erschienen waren. Bei einer Erfüllung des Titelplans mit einem Dreiviertel der ursprünglich verabschiedeten Titel ist für 1971 eine miserable Planerfüllung angezeigt. In den nächsten Jahren besserte sich die Plantreue.

Tabelle 4

Erfüllung der Themenpläne für Aufbau und Rütten & Loening
1971-1975

	Anzahl der Titel insgesamt				
	1971	1972	1973	1974	1975
Stand bei Abgabe Themenplan	250	229	248	301	301
Von HV ursprünglich bestätigt	230	230	244	297	298
davon erschienen	171	204	228	258	262
= Erfüllung in Prozent	74,3	88,7	93,4	86,7	87,9
Von HV bestätigte Streichungen	59	19	8	14	36
Von HV bestätigte Neuaufnahmen	40	37	23	16	44
Letzter Stand Titelplan	211	248	270	295	306
davon erschienen	211	248	262	275	306
Überhänger (Ist)	19	7	11	8	
Insgesamt erschienen	211	248	262	283 *	306

Quelle: Jahresberichte 1971 bis 1975 (Aufbau-Archiv, Nr. 101 bis 105 und 1195). Ab 1974 neue Gliederung. Die Zahlen wurden dem alten System angeglichen.

* mit "Überhängern" vom Vorjahr gerechnet

Allerdings gibt der Erfüllungspegel an, dass eine Planerfüllung von mehr als 80 Prozent schon ein gutes Ergebnis war. Dabei waren die Voraussetzungen für den Aufbau-Verlag seiner Produktionsstruktur wegen günstiger als die jener Verlage, die vorwiegend Gegenwartsliteratur herausgaben.

Es gilt weiter zu beachten, dass die verzeichnete Planerfüllung nur die Differenz zwischen der ursprünglichen Planbestätigung und der tatsächlichen Produktion wiedergibt. Sie erfasst nicht die ständigen Plankorrekturen während des Produktionsprozesses. In der obigen Tabelle erscheinen diese Plankorrekturen als die von der HV bestätigten Streichungen und Neuaufnahmen. Mit diesen umfangreichen bestätigten Plankorrekturen wurde der Verlag nicht be-

lastet. Die jeweiligen Veränderungen galten als neue Planaufgaben. Diese neuen Planaufgaben wurden dem Verlag in Form schriftlicher Bestätigung auf seinen Antrag hin mitgeteilt.

Die Zahl der Streichungen und Neuansetzungen nach der Bestätigung des Themenplans blieb hoch: sie lag zwischen etwas über 10 Prozent (1974) und 43 Prozent (1970). Die Überhänger - dies sind jene Titel, die im Planjahr fertiggestellt, aber von der Druckerei nicht ausgeliefert werden konnten - wurden extra (für das ursprüngliche Planjahr) verzeichnet. Die Angaben zeigen, dass die Planabrechnung des Verlages gegenüber der HV exakt vorgenommen wurde. Die Differenzen konnten von den Verlagen offengelegt werden, weil jede Veränderung des ursprünglichen Plans eine neue Planaufgabe konstituierte. Der Verlag kam also nicht in die Gefahr, seinen Plan nicht zu erfüllen, wenn er weniger als ursprünglich festgelegt produzierte.

Die Gründe für die Streichung und Neuansetzungen von Titeln waren vielfältig. Am häufigsten haben die Kürzungen (aber auch die nachträglichen Aufstockungen) des Papierkontingents zu den Planänderungen beigetragen, weil demgemäß Titel gestrichen bzw. Auflagen herabgesetzt (oder auch wieder heraufgesetzt) werden mussten. Das galt vor allem für das Produktionsjahr 1971 - es gab allein nach der Aufstellung des Themenplans eine Veränderung von 79 Planpositionen. Der Jahresbericht hielt fest:

"Die Breite des Sortiments wurde gegenüber dem Vorjahr wiederum eingeschränkt: auf Grund der reduzierten Fonds wurden 13 Titel weniger als 1970 und 19 Titel weniger als im bestätigten Themenplan vorgesehen, produziert." (Jahresbericht, Aufbau-Archiv, Nr. 100, S. 11)

Die Auswirkungen auf die Lektorate waren unterschiedlich, weil man sich bemühte, die kulturpolitische Hauptaufgabe zu erfüllen:

"Am härtesten wurde durch die Papierkürzung und aus sonstigen produktionstechnischen Gründen die Bereiche deutsches Erbe (mit 15 Titeln) und die Literaturwissenschaft (mit 5 Bänden: Matter, Thomas-Mann-Bibliographie; Brecht, Bestandsverzeichnis; Dietze, Aufsätze; Tucholsky) betroffen. Besonders bedauerlich ist es, dass wegen der fehlenden Papierbereitstellung die Produktion der Berliner Ausgabe der Werke Goethes unterbrochen werden musste." (Ebenda)

Es konnten also nicht einmal alle Schwerpunkttitel herausgebracht werden. Im allgemeinen aber wurden die von der HV gesetzten Prioritäten eingehalten: Zuerst wurde die Produktion der Lektorate Literaturwissenschaft und Erbe gekürzt, um das Programm des Lektorats Gegenwartsliteratur zu sichern.

Wenn sich in den folgenden Jahren die Papierbereitstellung auch etwas besserte, die Schwierigkeiten in der Produktion wurden immer wieder erwähnt: 1972 brachte die Aufstockung des Papierfonds eine Besserung, aber: "Der Produktionsablauf für den Bücher- und Broschürendruck in den Druckereien war im Jahre 1972 sehr unkontinuierlich" (Jahresbericht 1972, Aufbau-Archiv, Nr. 102, S. 25), was sich in einer Verlängerung der Produktionszeiten niederschlug. Auch 1973 wurde festgehalten:

"Insgesamt trifft die im Jahresbericht 1972 skizzierte Situation - immer größer werdende Lücken im Angebot lieferbarer Literatur, immer höhere Überzeichnungsquoten sowohl bei Erst- wie auch bei Nachauflagen - voll, ja in verschärftem Maße, auch auf das abgelaufene Planjahr zu." (Jahresbericht 1973, Aufbau-Archiv Nr. 103, S. 2)

Die Produktionszeiten waren insgesamt günstiger, doch blieb der "Planablauf" unkontinuierlich. "Gegen die Hauptursache für den gestörten Planablauf, die sporadischen Papieranlieferungen waren Verlag und Druckereien machtlos" (ebenda, S. 25).

Zu den produktionstechnischen Schwierigkeiten traten die üblichen verlagsinternen Probleme, wenn Manuskripte nicht fertig geworden oder als überarbeitungsbedürftig zurückgewiesen worden waren. Diese können in den Jahresberichten in der Regel klar von den Rücksichten auf die Zensur bzw. auf Zensuraufgaben geschieden werden, weil die Gründe für die Produktionsausfälle explizit angegeben wurden. Wie oben schon ausgeführt (vgl. ebenda, S. 47), wurde über sensible und kritische Texte vor der Druckgenehmigung informell mit der HV verhandelt. Wurde dabei klar, dass einem Text die Verweigerung der Druckgenehmigung drohte, wurde er vorher aus dem Plan genommen. Dabei ergab sich die perverse Situation,

dass der Verlag die von der HV oktroyierten Zensureingriffe bei dieser beantragen musste. Planungstechnisch war dieses Vorgehen aber zwingend. Jeder Titel war - wie oben schon ausgeführt - eine Planposition, die auch von den Produktionspartnern (Druckereien, Bindereien etc.) geplant und bilanziert war! Jede Veränderung zog eine Reihe von Veränderungen anderer Planpositionen auch der anderen Betriebe nach sich, die ihrerseits von der übergeordneten Planbehörde abgesichert werden musste. Unter den von der HV bestätigten Streichungen verbergen sich also auch zensurierte Titel, was in den Abrechnungen aber entsprechend kommentiert wurde:

So heißt es im Jahresbericht 1971 über die "Ursachen der Abweichung vom bestätigten Themenplan": "Der Schwerpunkttitel "Rom" von Claus Hammel musste zurückgestellt werden, da neue Orientierungen nach dem 14. Plenum den Autor zwangen, das seinerzeit fertige Stück umzuarbeiten." Und: "Aus kulturpolitischen Erwägungen wurden lediglich zwei Titel abgesetzt (Lasker-Schüler, "Theben" und "Baranskaja", "Eine Woche wie jede andere" / ENT" (Jahresbericht, Aufbau-Archiv, Nr. 101 S. 12). Aus dem Briefwechsel zwischen Verlag und HV gehen weitere Absetzungen hervor: Weisbachs "Gesänge für Barbara" wurden vom Verlag "nach einem Gespräch mit Koll. Beer [Mitarbeiter der HV, D.L.] zurückgezogen zur weiteren Diskussion mit dem Autor." Über Sarah Kirschs Liebesgedichte heißt es: Das "Manuskript befindet sich in einem noch zu unvollständigen Stadium, als dass eine Publikation 1971 vertretbar schien" (Aufbau-Archiv, Nr. 41). Die übrigen abgesetzten Titel sind aus produktionstechnischen Gründen (Dieter Nolls "Kippenberg" verzögert sich) oder auf Vorschlag der Absatzabteilung ersetzt worden. Insgesamt gab es also vier eindeutig kulturpolitisch begründete Absetzungen von Titeln, bevor diese überhaupt zur Druckgenehmigung eingereicht waren. Inwieweit die Zurückstellung von Sarah Kirschs Gedichtband (er erschien 1973) eine Zensurmaßnahme war, ist ohne detaillierte Nachforschung in der Editions-geschichte schwer auszumachen.

1972 wurden nach der Bestätigung des Themenplans neunzehn Streichungen vorgenommen. Darunter war ein Zensurfall, der im Jahresbericht ausführlicher beschrieben wurde:

"Das Buch 'Das jüngste Gericht' der bulgarischen Schriftstellerin Blaga Dimitrowa (vorgeschlagen und bestätigt als Schwerpunkttitel), in dem die Autorin ihr persönliches Vietnam-Erlebnis schildert, wurde vom Lektorat aus dem Plan herausgenommen. Die Autorin vertritt in einigen Passagen weltanschauliche Auffassungen, die u.E. nicht vertretbar sind. Von uns vorgeschlagene leichte Kürzungen, die die Substanz des Buches nicht berühren - den Gedanken der Solidarität mit dem um seine Freiheit kämpfenden Volk von Vietnam - wurden von der Autorin nicht akzeptiert." (Jahresbericht 1972, Aufbau-Archiv, Nr. 102, S. 4)

Auch das Jahr 1973 lief nicht ohne vorzeitige Absetzung von Titeln nach Bestätigung des Themenplanes ab - es waren insgesamt "nur" acht Titel, darunter: "Brecht: Arbeitsjournal Bd. 1 - 3. Begründung: Zur Manuskriptfassung gab es Beanstandungen" (Brief Aufbau-Verlag an HV vom 11. Juli 1972, Verlagsarchiv Nr. 113). Und: "Marquez, Hundert Jahre Einsamkeit. Begründung: Der Titel musste abgesetzt werden, da der Autor im Zusammenhang mit einer Preisverleihung in Südamerika sowjetfeindliche Äußerungen verlauten ließ" (Brief an die HV vom 18. Oktober 1972, ebenda). Daneben wurden Titel abgesetzt aufgrund von verlagsinternen Schwierigkeiten (Lenz' Erzählungen scheiterten an den Lizenzverhandlungen), wegen Papiermangels (Hauptmanns "Der Narr in Christo Emanuel Quint", weil kein Offsetpapier zur Verfügung stand) und weil es Überschneidungen mit dem Insel-Verlag gab (Gustav Schwab: "Das goldene Vlies").

1974 wurden nach der Bestätigung des Themenplans vierzehn Streichungen vorgenommen. Neben den üblichen aus verlagsinternen Gründen bzw. wegen Produktionskürzungen erfolgten Streichungen stand das Arbeitsjournal Brechts, das wieder in den Themenplan aufgenommen worden war, diesmal ohne Kommentar. Die Absetzung von Werfels "Die vierzig Tage des Musa Dagh" ist ein Beispiel dafür, wie eine vorgesehene Publikation in der Druckerei der Einweisung von "Beschlusstiteln" weichen musste. Der Verlag (!) schrieb am 27.6.1974 an die HV: "Der Titel wird auf Veranlassung der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel wegen Einweisung von Beschlusstiteln aus dem Plan 1974 gestrichen." Die Bestätigung der veranlassenden HV erfolgt am 11.7.1974 (Aufbau Archiv, Nr. 113). Ähnliche Probleme wurden in den Berichten angesprochen. Hier zeigte sich, wie Berichterstattung und Ausarbeitung der neuen Pläne aufeinander abgestimmt waren. Der Verlag bereitete mit der Berichterstattung die Vor-

haben für den neuen Plan vor, indem er die Erfolge seiner Arbeit herausstrich, wie bspw. 1971: Die Edition Neue Texte konnte wie geplant mit vierzehn Bänden gestartet werden und fand guten Absatz. Die Erweiterung des Taschenbuchprogramms stieß auf eine starke Nachfrage. Das belegt, dass sie "durch Auswahl, Preis und Ausstattung sowohl den Leserbedürfnissen entgegenkommt als auch neue Leserschichten erschließen hilft" (Jahresbericht 1971, Aufbau-Archiv, Nr. 101, S. 3). Andererseits verwies er aber auch auf Defizite. Dabei wurde die Darstellung von Gegenwartsproblemen stets kritisch angemerkt. So konstatierte er 1971 die Lücke in der "überzeugenden, bewegenden Gestaltung zentraler Gegenwartsprobleme, vor allem in der großen Form. Hier einen Schritt voranzukommen, bleibt die wichtigste Aufgabe für die nächste Zeit" (ebenda, S. 5). Auch 1975 wurde konzediert, dass die Gestaltung der Arbeiterpersönlichkeit noch nicht zum "Kernstück" der Literatur geworden sei. Jedoch:

"Ohne Zweifel ist der politisch-ideologische Standpunkt der Arbeiterklasse zu der Position geworden, von der aus so gut wie alle Autoren schreiben. [...] Erfreulich ist die stark gewachsene Experimentierfreudigkeit, die Erweiterung der literarischen Mittel, das Suchen nach bisher ungewohnten, neuen realistischen Formen." (Jahresbericht 1975, Aufbau-Archiv, Nr. 105, S. 6)

Der Bericht legte Wert auf die ästhetischen Neuerungen, die auch über die Edition von Autoren aus westeuropäischen Ländern gepflegt werden soll, durch Proust, Dickens, Dos Passos, Hemingway u.a., "die sich kritisch mit den unterschiedlichsten Fragen und Problemen der kapitalistischen Welt auseinandersetzen" (ebenda, S. 11). Angeschlossen ist der obligatorische Rekurs auf die Gesellschaftskritik dieser Autoren, um sie im Hauptstrom der Literaturentwicklung zu verankern (vgl. ebenda).

Die aufgeführten z.T. sehr umfangreichen Plankorrekturen und die kritischen Anmerkungen zur Produktion führten niemals zu der Feststellung, dass der kulturpolitische Teil des Planes nicht erfüllt worden sei. Der Verlag vermeldete in jedem Jahr die Erfüllung, welche vom Ministerium auch bestätigt wurde.

Literaturverzeichnis

- Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 1991.
- Ammer, Thomas: Die Machthierarchie der SED. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Bd. II/2 Baden-Baden 1995, S. 803 - 867.
- Assmann, Aleida, Jan Assmann: Kanon und Zensur. In: A. und J. Assmann (Hgg.): Kanon und Zensur. Beiträge zur Archäologie der literarischen Kommunikation II. München 1987, S. 7 - 27.
- Barck, Simone: Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen "Kampfkonzpts" Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre. In: Jürgen Kocka (Hg.) Historische DDR-Forschung. Berlin 1993, S. 327 - 344.
- Barck, Simone, Martina Langermann, Siegfried Lokatis: "Jedes Buch ein Abenteuer". Zensur-system und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre. Berlin 1997.
- Boden, Petra: Strukturen der Lenkung von Literatur. Das Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung Schriftsteller. In: Peter Böhlig, Klaus Michael (Hgg.): MachtSpiele. Leipzig 1993, S. 217 - 227.
- Boethig, Peter, Klaus Michael (Hgg.): Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg. Leipzig 1993.
- Bonner, Withold: Vom Typoskript zur Buchfassung. Wer schrieb den Roman Franziska Linkerhand von Brigitte Reiman? In: Heide Hampel (Hg.): Wer schrieb Franziska Linkerhand? Brigitte Reimann 1933 - 1973. Fragen zu Prosa und Werk. Neubrandenburg 1998, S. 38 - 86.
- Braun, Volker: Aus einer alten Zeit. Notate über das Druckgenehmigungsverfahren des "Hinze-Kunze-Romans". In: Klaus Schuhmann (Redaktion): Hinze und Kunze bei Volker Braun (nebst anderen Verwandten und Bekannten). Leipzig 2000, S. 35 - 40.

- Bräuer, Siegfried: "In der DDR gibt es keine Zensur." Das Druckgenehmigungsverfahren für die Titel der Evangelischen Verlagsanstalt bis 1989. In: Die Zeichen der Zeit, 6 /1994, S. 222 - 226.
- Bräuer, Siegfried, Clemens Vollnhals: "In der DDR gibt es keine Zensur". Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954 - 1989. Leipzig 1996.
- Brohm, Holger: Die Koordinaten im Kopf. Gutachterwesen und Literaturkritik in der DDR in den 1960er Jahren. Fallbeispiel Lyrik. Berlin 2001.
- Chotjewitz-Häfner, Renate u.a. (Hgg.): Die Biermann-Ausbürgerung und die Schriftsteller. Ein deutsch-deutscher Fall. Protokoll der ersten Tagung der Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), Berlin 28. Februar bis 1. März 1992. Köln 1994.
- Dahlke, Birgit, Martina Langermann, Thomas Taterka (Hgg.): LiteraturGesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n). Stuttgart und Weimar 2000.
- Darnton, Robert: Aus der Sicht des Zensors. Von der Überwachung der Literatur. In: Lettre International H. 10 / 1990, S. 6 - 9.
- Deutscher Schriftstellerverband (Hg.): IV. Deutscher Schriftstellerkongreß. Januar 1956. Protokoll I. und II. o.O., o.J.
- Döppe, Friedrich, Arbeitsgemeinschaft Junger Autoren 1969 - 1983. Halle: Martin-Luther-Universität o.J. (HALMA-Sonderband).
- Drescher, Angela: Dokumentation zu Christa Wolf "Nachdenken über Christa T." Hamburg, Zürich 1991.
- Emmerich, Wolfgang: Kleine Literaturgeschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe. Leipzig: 1996.
- Erler, Gotthard: Konzeptionelle und editionstechnische Aspekte von Lese- und Studienausgaben. Diss. Greifswald 1978.
- Erler, Gotthard: Plädoyer für einen Editionstyp. Zu einigen konzeptionellen und editionstechnischen Aspekten von Lese- und Studienausgaben. In: Zeitschrift für Germanistik 1 (1980) 3, S. 287 - 298.
- Erste Verlegerkonferenz des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik, 19. bis 20. November 1951 in Berlin. Referate und Diskussion. (Als Manuskript gedruckt) o.O., o.J.
- Gärtner, Marcus: "Bibliothek deutscher Klassiker". Die Klassiker im Leseland. In: Lothar Ehrlich und Gunther Mai (Hgg.): Weimarer Klassik in der Ära Honecker. Köln, Weimar, Wien 2001, S. 193 - 218.
- Gahntz, Ulrike: Edition schwedischer Literatur in der DDR. In: Mark Lemstedt und Lothar Poethe (Hgg.) Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 9 (1999). Wiesbaden 1999, S. 333 - 375.
- Grunenberg, Antonia: Antifaschismus, ein deutscher Mythos. Reinbek 1993.
- Gutmann, Gernot: In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstum. In: Eberhard Kuhrt (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Opladen 1999, S. 1 - 60.
- Gutmann, Gernot, Werner Klein: Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen des SED-Diktatur in Deutschland" Band II/3, Baden-Baden 1995, S. 1579 - 1647.
- Hager, Kurt: Erinnerungen. Leipzig 1996.
- Haase, Horst: Geschichte der Literatur der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1976.
- Hartinger, Walfried: Zwischen kulturpolitischen Strategien und ästhetischer Innovation. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig: "Es genügt nicht die einfache Wahrheit". DDR-Literatur der sechziger Jahre in der Diskussion. Leipzig. Friedrich-Ebert-Stiftung 1995, S. 53 - 61.
- Hecht, Werner: Helene Weigel. Eine große Frau des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 2000.
- Heym, Stefan: Filz. Gedanken über das neueste Deutschland. München 1992.
- Höpcke, Klaus: Zum Publikationsverlauf des "Hinze-Kunze-Romans". Antworten auf Fragen von Frederik Zeugke. In: Klaus Höpcke: Geordnete Verhältnisse. Schkeuditz 1996, S. 217 - 223.

- Hörnigk, Therese: Die erste Bitterfelder Konferenz. Programm und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution am Ende der Übergangsperiode. In: Ingeborg Münz-Koenen (Hg.): Literarisches Leben in der DDR 1945 - 1960. Berlin 1979, S. 196 - 243.
- Janka, Walter: ...bis zur Verhaftung. Erinnerungen eines deutschen Verlegers. Berlin 1993.
- Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997.
- Keller, Dietmar und Matthias Kirchner (Hgg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991.
- Klammer, Bernd: "Früher ging ja immer alles weg." Der P(OST-)Zeitungsvertrieb. In: Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis (Hgg.): Zwischen "Mosaik" und "Einheit". Zeitschriften in der DDR. Berlin 1999, S. 569 - 577.
- Koch, Hans: Kulturpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1976.
- Kunze, Reiner: Deckname "Lyrik". Frankfurt am Main 1990.
- Kupfer, Thomas, Ulrich Meyszies, Reinhold Viehoff: DDR-Literatur und Medien im interkulturellen Zusammenhang. In: SPIEL 14 (1995) 2, 129 - 136.
- Kupfer, Thomas, Wilhelm Bartsch (Hgg.): Zwischen Staatsmacht und Selbstverwirklichung.
- Lepsius, Rainer M.: Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker. In: Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Hans-Hermann Hertle (Hgg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995.
- Löffler, Dietrich: Zwischen Literaturvertrieb und Buchmarkt. Der Buchmarkt der DDR seit den siebziger Jahren. HALMA 5 (2000) 13.
- Lokatis, Siegfried: Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das "Amt für Literatur und Verlagswesen" oder die schwere Geburt des Literaturapparats der DDR. In: Jürgen Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung. Berlin 1993, S. 303 - 325.
- Lokatis, Siegfried: Das Verlagswesen der Sowjetisch Besetzten Zone. In: Monika Estermann, Edgar Lersch (Hgg.): Buch, Buchhandel und Rundfunk 1945 - 1949. Wiesbaden 1997, S. 112 - 124.
- Loest, Erich: Der vierte Zensor. Vom Entstehen und Sterben eines Romans in der DDR. Köln 1984 (Edition Deutschland Archiv).
- Marschall, Judith: Aufrechter Gang im DDR-Sozialismus. Walter Janka und der Aufbau-Verlag. Münster 1994.
- Meyer-Gosau, Frauke: Irrgarten. Über Zensur und Staatssicherheit. Interview mit Christine Horn. In: Heinz Ludwig Arnold (Hg.): Feinderklärung. Literatur und Staatssicherheitsdienst. München 1993.
- Michael, Klaus: Eine verschollene Anthologie. In: Peter Böthig, Klaus Michael: MachtSpiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg. Leipzig 1993, S. 202 - 216.
- Ministerium für Kultur, HV Verlage und Buchhandel: Die Hauptaufgaben für den Bereich des Verlagswesens und der literaturverbreitenden Einrichtungen im Fünfjahrplan 1971 - 1975. o.O., o.J. (Berlin, Oktober 1971).
- Mix, York-Gothard: "Ein Oberkunze darf nicht vorkommen". Materialien zur Publikationsgeschichte und Zensur des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun. Wiesbaden 1993.
- Mix, York-Gothard: DDR-Literatur und Zensur in der Honecker-Ära (1971 - 1989). In: IASL 23. Bd. (1998), Heft 2, S. 157 - 198.
- Mühlberg, Dietrich: Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung. In: MKF Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 16 (1993) 33, S. 7 - 85.
- Nössig, Manfred: Zur Leipziger "Hamlet"-Inszenierung. In: Theater der Zeit 27 (1972) 4, S. 5 - 9.
- Otto, Ulla: Die literarische Zensur als Problem der Soziologie der Politik. Stuttgart 1968.
- Parker, Stephen: Fortsetzung folgt. Sinn und Form unter Wilhelm Girus (1963 - 1981). In: Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis (Hgg.): Zwischen "Mosaik" und "Einheit". Zeitschriften in der DDR. Berlin 1999, S. 346 - 359.
- Petry, Jürgen: Das Monopol. Die Geschichte des Leipziger Kommissions- und Großbuchhandels LKG. Leipzig 2001.
- Pirker, Theo, Rainer M. Lepsius, Rainer Weinert, Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995.
- Plenzdorf, Ulrich, Klaus Schlesinger, Martin Stade (Hrsg.): Berliner Geschichten. "Operativer Schwerpunkt Selbstverlag". Eine Autoren-Anthologie, wie sie entstand und von der Stasi verhindert wurde. Frankfurt am Main 1995.

- Schlenstedt, Dieter: Der "Hinze-Kunze-Roman" von Volker Braun. Zur Vor- und Nachgeschichte der Veröffentlichung. In: Berliner LeseZeichen 6-7 / 1995, S. 83 - 97.
- Schlesinger, Klaus: Die Akte. In: ndl 41 (1993) Heft 4, S. 103 - 123.
- Schröder, Hans-Joachim: Zwei Klassikerinnen der Interviewliteratur: Sarah Kirsch und Maxie Wander. Bremen (Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien) 1996.
- Schubarth, Wilfried, Thomas Schmidt: "Sieger der Geschichte". Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Karl Heinz Heinenann, Wilfried Schubarth (Hgg.): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Berlin 1992, S. 12 - 28.
- Seiler, Lutz: Strukturen der Literaturförderung durch die FDJ. In: Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Protokoll der 35. Sitzung "Kultur und Kunst in der DDR", S. 156 - 164.
- Seyppe, Joachim: Ich bin ein kaputter Typ. Bericht über Autoren in der DDR. Wiesbaden und München 1982.
- Strittmatter, Erwin: Die Lage in den Lüften. Berlin 1990.
- Ulbricht, Walter: Grundfragen der Politik der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des ZK der SED vom 30. 1. bis 1. 2. 1957. Berlin 1957.
- Vollnhals, Clemens: Zensur im "sozialistischen Leseland". In: Das Parlament Nr. 40, 27.9.1996, S. 15.
- Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Berlin 1996.
- Wagner, Matthias: Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklaturkader in der DDR. Berlin 1998.
- Werner, Klaus: Keine Einbahnstraße. Zur innerliterarischen Auseinandersetzung in der DDR-Literatur der sechziger Jahre. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig: "Es genügt nicht die einfache Wahrheit". Leipzig 1995, S. 68 - 76.
- Wichner, Ernst, Herbert Wiesner (Hg.): Zensur in der DDR. Geschichte, Praxis und "Ästhetik" der Behinderung von Literatur in der DDR. Ausstellungsbuch des Literaturhauses Berlin. Berlin 1991.
- Wichner, Ernest, Herbert Wiesner (Hg.): "Literaturentwicklungsprozesse". Die Zensur der Literatur in der DDR. Frankfurt am Main 1993.
- Winzer, Peter: Das Bezirksliteraturzentrum Halle. Magdeburg 1997 [Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt; Betroffene erinnern sich, 5].
- Wittmann, Reinhard: Geschichte des deutschen Buchhandels. 2. durchgesehene Auflage. München 1999.
- Wolf, Christa: Fortgesetzter Versuch. Aufsätze, Gespräche, Essays. Leipzig 1979.
- Wolf, Christa: Die Dimension des Autors. Aufsätze, Essays, Gespräche, Reden. I und II. Berlin und Weimar 1986.
- Wurm, Carsten: 150 Jahre Rütten & Loening. ...mehr als eine Verlagsgeschichte 1844-1994. Berlin 1994.
- Wurm Carsten: Der frühe Aufbau-Verlag 1945-1961. Konzepte und Kontroversen. Wiesbaden 1996(a).
- Wurm, Carsten: "Uneigennützigste Hilfeleistung". Ein Dokument zu Werner Heiduczek's Roman "Tod am Meer". In: ndl 5 / 1996(b), S. 147 - 151.
- Zipser, Richard: Fragebogen Zensur. Zur Literatur vor und nach dem Ende der DDR. Leipzig 1995.
- Zweite Verlegerkonferenz des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik 17.-19. Oktober 1952 in Leipzig. Referat - Kommissionsberichte - Aussprache. Leipzig 1952.

Anschrift des Autors:

*Prof. Dr. Dietrich Löffler
Albert-Einstein-Str. 28
06122 Halle/Saale*

Anhang

Zur Titelstatistik

Die Darstellung hat sich der internen amtlichen Statistiken der Verlage und des Ministeriums für Kultur bedient. In den Untersuchungen zur Buchproduktion der DDR ist hin und wieder die Frage aufgeworfen worden, wie zuverlässig diese Zahlen seien. So hat K. G. Saur in der Rezensionen von Marie-Kristin Rumlands Abhandlung über die Veränderungen im Verlagswesen und Buchhandel der DDR 1989 - 1991 zu bedenken gegeben, die aus dem Statistischen Jahrbuch der DDR übernommene Titelzahl sei unter Umständen zu hoch angesetzt, weil in diese Statistik buchfremde Erzeugnisse eingegangen seien. Inwieweit das geschehen ist und inwieweit das die Statistik signifikant beeinflußt hat, ist nicht bis ins Letzte schlüssig zu beantworten. Doch läßt sich das Problem einkreisen und die Fehlerquote für die belletristische Buchproduktion abschätzen.

Die im Text mitgeteilten Zahlen beruhen auf Angaben aus den Archivmaterialien, die kontrolliert wurden an einer Titelaufnahme der belletristischen Buchproduktion der DDR von 1971 bis 1975, die von den Studentinnen Anne Bartsch und Susanne Hübner vom Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaften der MLU vorgenommen worden ist. Die Titelliste wurde mit ACCESS 97 erstellt und liegt als Datei im Institut vor. Für die Erarbeitung der Titelliste wurden die einschlägigen Verlagsverzeichnisse (für die Verlage: Aufbau-Verlag, Buchverlag Der Morgen, Dietz-Verlag, Eulenspiegelverlag, Henschelverlag, Mitteldeutscher Verlag, St. Benno-Verlag, Verlag der Nation, Verlag Neues Leben, Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig, Verlag Volk und Welt) benutzt. Die Titel der belletristischen Verlage ohne eigene Verzeichnisse wurden in der nach Autopsie hergestellten Verlegerkartei der Deutschen Bücherei aufgenommen, die bis in die siebziger Jahre auch alle Nachauflagen verzeichnete. Unklare Angaben aus den erwähnten Verlagsverzeichnissen wurden dort kontrolliert.

Diese bibliographischen Angaben zur Buchproduktion aus den Verlagsverzeichnissen bzw. aus dem Verlegerkatalog können nun mit den Daten aus den offiziellen Statistiken abgeglichen werden. Allerdings ist das des Umfanges wegen für alle Verlage nicht zu leisten. Deshalb wurde die Statistik am Beispiel eines Verlages - des Aufbau-Verlages - in einem Fünfjahreszeitraum genau danach überprüft, welche Daten in den Planungspapieren und welche in den Bibliographien festzustellen sind und wie weit diese übereinstimmen oder voneinander abweichen. Damit soll die Entstehung der statistischen Angaben nachvollzogen und diese selbst kontrolliert werden.

Tabelle 1 gibt die Zahlen für die Titelproduktion des Aufbau-Verlages zwischen 1970 und 1975 wieder.

Für diese Titelzählung werden mehrere Quellen herangezogen: für alle Titel (1.) die Aufstellung über die produzierten Titel aus der jährlichen Jahresendabrechnung des Verlages für die HV und (2.) die Aufstellung über die produzierten Titel aus den bei der HV geführten Kennziffernbögen der Verlage, in die über Jahre hinweg (nachträglich) alle Plankennziffern der Verlage eingetragen wurden.

Nur für die Titel der belletristischen Lektorate wurden die Angaben über die publizierten Bücher aus den korrigierten Themenplänen (1.) herangezogen, also aus den Themenplänen, die parallel zur laufenden Produktion geführt wurden und alle Veränderungen (Absetzungen, Verschiebungen, Veränderungen der Druckauflage etc.) verzeichneten, (2.) aus den Jahresendabrechnungen und schließlich wurde (3.) in den genannten Bibliographien kontrolliert, ob die im Themenplan verzeichneten Titel auch publiziert worden sind (= nachgewiesene Titel).

(Daß bei der Unterteilung der Titel in belletristische und Sachtitel Abgrenzungsprobleme auftreten, versteht sich von selbst. Christa Wolfs "Lesen und Schreiben" wurde im Lektorat Zeitgenössische deutsche Literatur lektoriert und taucht so unter Belletristik auf, während Stephan Hermlins "Lektüre" im Lektorat Literaturwissenschaft lektoriert und also nicht unter den belletristischen Titeln verbucht wurde. In dieser Aufstellung wurde nach einem formalen Kriterium verfahren, indem jeder Titel nach dem entsprechenden Lektorat eingeordnet wurde.)

Tabelle 1

Edierte Titel / Bände im Aufbau-Verlag
1971 - 1975

	1971	1972	1973	1974	1975
Edierte Titel insgesamt					
1. nach Jahresabrechnung	211	248	262	275	306
davon: 1.1. Literaturwissenschaft	12	16	21	15	31
1.2. Belletristik	199	232	241	260	275
2. nach Kennziffernbögen	223	244	262	282	305
Belletristiktitel					
1. Themenplan, korrigiert	199	231	241	260	274
2. Jahresabrechnung	199	232	241	260	275
3. nachgewiesene Titel / Bände	199	232	241	260	274
4. Mehrfach- u. Doppeltzählungen	5 (21)	6 (37)	3 (33)	7 (32)	4 (20)

Quelle: Aufbau-Archiv 1195; BArch SAPMO DR 1 / 7207 und DR 1 / 7209

Für die HV war eine Abrechnung über die Planerfüllung das erste Anliegen, und in dieser nahm die Zählung der publizierten Titel einen herausragenden Platz ein, weil die edierten Bücher das erste Planziel der Produktion waren. Darüber wurde genau Rechenschaft abgelegt und die zutage getretenen Probleme (in der Arbeit der Lektorate oder in der Zusammenarbeit mit Druckereien) wurden in den Berichten detailliert aufgelistet. In der Anzahl der edierten Titel war das Ergebnis dieser Arbeit zusammengefaßt. Die Zahlen tauchen deshalb in den Planpapieren in verschiedenen Zusammenhängen mit den entsprechenden Kommentaren auf. Diese Zählung war in erster Linie eine produktionstechnische Abrechnung, die mit den anderen Planungsunterlagen (Preisbildung, Papierverbrauch etc.) übereinstimmen mußte.

Erhebliche Probleme für die Abrechnung ergaben sich, wenn die Produktion nicht kontinuierlich lief und häufig genug die Produktion geplanter Titel in das nächste Jahr verschoben wurde. Die sogenannte Überhänger, also Titel, die im Planjahr nicht produziert oder ausgeliefert wurden, wurden trotzdem für dieses Planjahr abgerechnet. Auch in der obigen Tabelle sind die Überhänger im ursprünglichen Planjahr verzeichnet. In den Planpapieren wurde dies jeweils - auch mit Nennung der einzelnen Titel - angeführt (als Überhänger IST für 1971: 19, 1972: 7, 1973: 11, 1974: 8; Aufbau-Archiv 1195). Im Impressum und in den Bibliographien sind diese Titel durchgängig mit dem Planjahr angegeben. Allein für 1974 ist im Jahresbericht angeführt, daß 20 Überhänger in den neuen Plan für 1975 übernommen wurden und dieser Plan dafür um die gleiche Titelzahl gekürzt wurde.

Die Differenz zwischen den Angaben über die edierten Titel in den Jahresberichten und den Kennzifferbögen ergibt sich offensichtlich durch eine unterschiedliche Bewertung der Überhänge in den beiden Statistiken. Sie ist nämlich in den Jahren, in denen die meisten Überhänge zu verzeichnen waren, am größten.

Es muss allerdings beachtet werden, daß diese Zählung auf die produktionstechnischen Anforderungen zurückging und damit Unterschiede zur statistischen Praxis der Deutschen Nationalbibliographie auftraten. In dieser Produktions-Abrechnung wurde nämlich jeder gedruckte Band als selbständiger Titel gezählt. So wurden Titel, für die kein Dünndruckpapier zur Verfügung stand und die ihres Umfangs wegen in zwei Teilbänden gedruckt werden mußten, als zwei Plankennziffern registriert und damit doppelt gezählt, so Tolstois "Anna Karenina" und Nexös "Pelle, der Eroberer" 1971, Boccaccios Dekameron 1972 u. a. m. Neuansetzungen, also eine zweite Auflage eines Titels im gleichen Jahr in der gleichen oder einer anderen Editionsform, wurden der üblichen bibliographischen Praxis entsprechend als zwei Titel gezählt. Das betraf nur wenige Titel aus der DDR-Literatur (von Hermann Kant, Anna Seghers, Herbert Otto, Wolfgang Joho, Erwin Strittmatter, Margarete Neumann und Fred Wander), die als ideologisch wertvoll galten und erfolgreich waren.

Bei Werkausgaben wurde grundsätzlich, also auch dann, wenn sie geschlossen aufgelegt und verkauft wurden, jeder Band einzeln gezählt. Das betrifft u.a. alle Ausgaben der Bibliothek Deutscher Klassiker (BDK). Sofern Titel einer Werkausgabe einzeln aufgelegt und ver-

trieben wurden (so die Berliner Goethe-Ausgabe und alle Werke in Einzelausgaben) wurden jeder Titel natürlich einzeln verzeichnet.

Aus dieser Praxis ergaben sich im Vergleich mit der bibliographischen Praxis der Verlagskataloge und der Nationalbibliographie Mehrfachzählungen. So wurde in der Planabrechnung abgeschlossene mehrbändige Ausgaben als mehrere Einzel-Titel verzeichnet, während sie in der Verlags-Bibliographie nur eine Bibliographienummer erhielten und auch in der Nationalbibliographie als ein Titel auftraten. Dieses Verfahren und die schon angeführte Doppeltzählung von Titeln, die in zwei Bänden produziert wurden, hatte zur Folge, daß die Zählung in der Planabrechnung gegenüber der bibliographischen Praxis höher ausfiel. In Zeile 4 der Tabelle 1 (Belletristiktitel) ist die Zahl der Doppelt- und Mehrfachzählungen einzelner Titel ausgewiesen. Dabei sind die "reinen" Doppeltzählungen (ein Titel in zwei Bänden) zuerst aufgeführt, die Mehrfachzählungen für Werkausgaben (vor allem der BDK) sind in Klammern gesetzt. Vernachlässigt man die festgestellten Differenzen zwischen Produktionsabrechnung und bibliographischen Notierungen bei den Werkausgaben der BDK und berücksichtigt nur die Differenzen bei den Einzeltiteln, dann liegen die Angaben über die produzierten Titel zwischen 1 und 3 Prozent höher, als nach streng gefaßten bibliographischen Regeln hätte gezählt werden dürfen. Die entsprechenden Bücher sind freilich produziert worden, aber nicht als selbständige Titel zu werten.

In der Aufrechnung der produzierten Belletristiktitel tauchen in den untersuchten fünf Jahren nur zwei buchfremde Produkte mit eigener Plankennziffer auf. Das waren einmal Zieglers Monotypien zu Heinrich Manns "Henri Quatre", die 1970 als Mappe der zweibändigen Ausgabe ("Die Jugend des Königs Henri Quatre" und "Die Vollendung des Königs Henri Quatre") beigelegt waren; außerdem ist der Literaturkalender in jedem Jahr vom Lektorat Literaturwissenschaft als Plankennziffer aufgenommen worden und dadurch als Buch in die Statistik eingegangen.

Die verschiedentlich geäußerte Vermutung, daß die Titelzahl unter Umständen zu hoch angesetzt sei, kann aufgrund der geringfügigen Abweichungen der Plankennziffern von der üblichen bibliographischen Praxis für wenig zutreffend angesehen werden.

Tabelle 2a

Schwerpunkttitel des Aufbau-Verlags 1971

Schwerpunkttitel im Themenplan	Auflage in Tsd.	Publikation: Titel und Jahr	Anschaffungsempfehlung ZIB					
			a	b	c	d	e	
Alfred Klein: Weg und Leistung der deutschen revolutionären Arbeiterschriftsteller	4	A. Klein: Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller erschienen 1972						
Anneliese Große: Das Menschenbild in der westdeutschen epischen Literatur	-	nicht erschienen						-
Goethe: Berliner Ausgabe Bd. 18	4	Goethe: Berliner Ausgabe Bd. 18 Schriften zur Literatur II erschienen 1972						
Johannes R. Becher: Auswahl, 3 Bände	5 5 5	Becher: Auswahl: Bd. 1 Gedichte 1971 Bd. 2 Abschied, Winterschlacht 1971 Bd. 3 Bemühungen, Reden, Aufsätze 1971	1	1	1	1	0	
Claus Hammel: Rom (Komödie)		C. Hammel: Rom oder die zweite Erschaffung der Welt erschienen 1976						
Goethe: Faust I und II (BDW)	10	Goethe: Faust I und II (BDW) 1971	1	1	1	1	0	
Shakespeare: Stücke (BDW, 2 Bände)	15 15	Shakespeare: Stücke I Stücke II 1971	1	1	0	0	0	
Nazim Hikmet: Dichtungen	1,5	N. Hikmet: Und im Licht mein Herz 1971	1	1	1	0	0	
Alexander Abusch: Schriften, Bd. 4	5	A. Abusch: Begegnungen und Gestalten. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Literatur 1971						
Anna Seghers: Überfahrt	21,5	A. Seghers: Überfahrt 1971	1	1	1	1	0	

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 2a

Heinrich Mann: Werke Bd. 6	10 + 10 [+ 38]	H. Mann: Die kleine Stadt	1971	0 0 0 0 0
Heinrich Mann: Professor Unrat (ill.)	10 + 5 [+ 6]	H. Mann: Professor Unrat (ill.)	1971	0 0 0 0 0
Heinrich Mann: Der Untertan (BDW, 2.Aufl.)	10	H. Mann: Der Untertan	1971	0 0 0 0 0
Heinrich Mann: Im Schlaraffenland (bb)	30 [+20]	H. Mann: Im Schlaraffenland	1971	0 0 0 0 0
Heinrich Mann: Fünf Novellen (ill.)	5 5 5 5 5	H. Mann: Gretchen (ill.) Kobes (ill.) Eine Liebesgeschichte (ill.) Pippo Spano (ill.) Der Unbekannte (ill.)	1971 1971 1971 1971 1971	1 1 1 0 0
Heinrich Mann: Verteidigung der Kultur	3	H. Mann: Verteidigung der Kultur	1971	0 0 0 0 0
Heinrich-Mann-Katalog	2	Sigrid Anger (Hg.): Heinrich Mann 1871 - 1950. Werk und Leben in Dokumenten und Bildern. (Ausstellungskatalog) 1971		

Quellen: Aufbau-Archiv, Nr. 41 und 1195 (Themenpläne), Bibliographien

Bei den Auflagen sind die sog. Plusauflagen, die seit 1961 bei Lizenzausgaben aus westlichen Ländern auf Anweisung der HV zusätzlich zu den vertraglich vereinbarten Exemplaren gedruckt wurden, in den Themenplänen ausgewiesen und hier wie in diesen gesondert mit + angegeben.

In eckige Klammern gesetzte + Auflagen geben die Auflagenhöher für die gleichzeitig mitgedruckte Ausgabe im "Buchclub 65" an. Die Buchgemeinschaft "Buchclub 65" war eine Gemeinschaftsarbeit der Verlage Aufbau mit Rütten & Loening, Volk und Welt mit Kultur und Fortschritt, Neues Leben und des Mitteldeutschen Verlags. Sie übernahm zwischen 1965 und 1990 ausgewählte Titel aus diesen Verlagen für ihr Programm. (Vgl.: Heinz Gittig: buchclub 65. Bibliographie der Veröffentlichungen der Buchgemeinschaft der DDR "buchclub 65"; 1965 - 1990. Berlin: Dr. Heinz Gittig 2000.)

Die Anschaffungsempfehlungen des Zentralinstituts für Bibliothekswesen (ZIB) sind dessen Informationsdienst entnommen. 1 steht für die Empfehlung, bis zu drei Exemplare des Titels in die Bibliothek aufzunehmen - 0 steht für keine Empfehlung ausgesprochen. Die Empfehlungen sind für die Bibliothekstypen verschieden. Dabei bedeuten

a = Stadt- und Bezirksbibliotheken

b = Stadtbibliotheken in Orten mit über 20 Tsd. Einwohnern, Gewerkschaftsbibliotheken mit über 8 Tsd. Bänden

c = Stadtbibliotheken in Orten bis 20 Tsd. Einwohnern, Gewerkschaftsbibliotheken mit 3 bis 8 Tsd. Bänden

d = Zentral- und Gewerkschaftsbibliotheken bis 3. Tsd. Einwohner

e = besonders wichtig für alle Bibliotheken

Tabelle 2b

Schwerpunkttitel 1972

Schwerpunkttitel im Themenplan	Auflage in Tsd.	Publikation: Titel und Jahr	Anschaffungs- empfehlung ZIB							
			a	b	c	d	e			
Dieter Noll: Kippenberg		D. Noll: Kippenberg erschienen 1979								
Margarete Neumann: Magda Adomeit	10	M. Neumann: Der grüne Salon 1972	1	1	1	1	0			
Joh. R. Becher: Werke Bd. 13 und 14	2 2	Becher: Werke 13, Bemühungen I Becher: Werke 14, Bemühungen II 1972	1	1	0	0	0			
Joh. Wolfgang Goethe: Berliner Ausgabe, Bd. 18	4	Goethe: Berliner Ausgabe Bd. 18 Schriften zur Literatur II 1972	0	0	0	0	0			
Alfred Klein: Weg und Leistung der deutschen rev. Arbeiterschritsteller	4	A. Klein: Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschritsteller 1972								
Grundpositionen dt. Literatur des 16. Jahrhunderts	1,5	Ingeborg Spriewald (Hg.): Grundpositionen der deutschen Literatur im 16. Jahrhundert 1972								
Blaga Dimitrowa: Das jüngste Gericht	-	nicht erschienen								

Quellen: Aufbau-Archiv Nr. 42 und 1189 (Themenpläne), Bibliographien

Tabelle 2c

Schwerpunkttitel 1973

Schwerpunkttitel im Themenplan	Auflage in Tsd.	Publikation: Titel und Jahr	Anschaffungsempfehlung ZIB					
			a	b	c	d	e	
Gesellschaft - Literatur - Lesen	3	Manfred Naumann (Ltg.): Gesellschaft - Literatur - Lesen 1973						
Brecht: Ausgewählte Werke Bd. 1 - 5	je 12	B. Brecht: Werke in fünf Bänden 1. Stücke I 2. Stücke II 3. Gedichte 4. Geschichten 5. Schriften 1973	1	1	1	1	0	
Wolf: Werke Bd. 1 und 2	5 5	Friedrich Wolf: Werke I, Dramen Werke II, Dramen und Prosa 1973	1	1	1	1	0	
Strittmatter: Wundertäter II	60	Erwin Strittmatter: Der Wundertäter II 1973	1	1	1	1	0	
Kuczynski: Die Memoiren des J.K.	7,5	Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J.K. zum Kommunisten und Wissenschaftler 1973						
Seghers: Erzählungen	25	Anna Seghers: Sonderbare Begegnungen 1973	1	1	1	1	1	
Burghardt: Ich war nicht nur Schauspieler	8	Max Burghardt: Ich war nicht nur Schauspieler. Erinnerungen eines Theatermannes 1973						
Petőfi: Gedichte	2,5	Sándor Petőfi: Gedichte 1973	1	1	1	0	0	
Anthologie: Jugend der Welt	50	Die Jugend der Welt. Erzählungen aus fünf Kontinenten (bb) 1973	1	1	1	1	0	
Posdzech: Weinerts politisch-satirische Lyrik	1,5	Dieter Posdzech: Das lyrische Werk Erich Weinerts 1973						
Die 48iger Revolution	12	Bruno Kaiser (Hg.): Die Achtundvierziger. Ein Lesebuch für unsere Zeit. (11. Auflage) 1973	1	1	1	0	0	
Orbeliani: Die Weisheit der Lüge	10	Sulchan-Saba Orbeliani: Die Weisheit der Lüge 1973	1	1	1	0	0	

Quelle: Aufbau-Archiv, Nr. 113 und 1189 (Themenpläne), Bibliographien

Tabelle 2d

Schwerpunkttitel 1974

Schwerpunkttitel im Themenplan	Auflage in Tsd.	Publikation: Titel und Jahr	Anschaffungs- empfehlung ZIB				
			a	b	c	d	e
50 Erzähler der DDR	20 + [35]	50 Erzähler der DDR 1974	1	1	1	1	0
Egon Günther: Einmal Karthago und zurück	15	E. Günther: Einmal Karthago und zurück. Roman 1974	1	1	1	1	0
Rainer Lindow: Das neue Buch Nickel	-	R. Lindow: Unterm Hut in der Sonne oder das neue Buch Nickel erschienen im Eulenspiegel-Verlag 1979					-
Bodo Uhse: Werke, Band 1 und 2	10 10	B. Uhse: Gesammelte Werke in Einzelausgaben: Bd. 1 Söldner und Soldat 1974 Bd. 2 Leutnant Bertram 1974	1	1	1	1	0
Thomas Mann: Romane und Erzählungen Band 1 - 5	je 10 + 5	Thomas Mann: Romane und Erzählungen Bd. 1 Buddenbrooks Bd. 2 Der Zauberberg Bd. 3 - 5 Joseph und seine Brüder 1974 Bände 2 und 4 erschienen 1975	1	1	0	0	0
Willi Bredel: Erzählungen (ill.)	10	W. Bredel: Der Generalintendant des Königs und andere Erzählungen 1974	1	1	1	1	0
Multinationale Sowjetliteratur	5	G. Ziegengeist (Ltg.): Multinationale Sowjetliteratur. Kulturrevolution, Menschenbild, weltliterarische Leistung erschienen 1974					
Mein Erstlingswerk	7,5	G. Schneider (Hg.): Eröffnungen. Schriftsteller und ihr Erstlingswerk 1974	0	0	0	0	0
Adamowitsch: Chatyner Erzählungen	6	Adamowitsch: Stätten des Schweigens 1974	1	1	1	1	0
Gilden: Zwischen Berg und Meer	10 + 10	K. B. Gilden: Zwischen Berg und Meer 1974	1	1	1	0	0
Novellen der Renaissance	20	Chr. Wolter (Hg.): 50 Novellen der italienischen Renaissance 1974	1	1	0	0	0

Quelle: Aufbau-Archiv, Nr. 113 und 1189 (Themenplan), Bibliographien. Durchgestrichene Titel: Vom Ministerium als Schwerpunkttitel nicht bestätigt.

Tabelle 2e

Schwerpunkttitel 1975

Schwerpunkttitel im Themenplan	Auflage In Tsd.	Publikation: Titel und Jahr	Anschaffungs- empfehlung ZIB				
			a	b	c	d	e
Anthologie: 30 Jahre	50	A. Uszkoreit (Hg.): Die Werkzeugfahne 1975	1	1	1	1	0
Margarete Neumann: Die Webers	15	M. Neumann: Die Webers. Roman erschienen 1976					
Th. Mann: Werke Bd. 6 - 10	je 10 + 5	Th. Mann: Werke Bd. 6 Dr. Faustus Bd. 7 Lotte in Weimar, Königliche Hoheit Bd. 8 Felix Krull, Der Erwählte Bd. 9 und 10 Erzählungen 1975	1	1	0	0	0
Dramen über den Bauernkrieg	3	Walter Dietze (Hg.): 1525. Dramen zum deutschen Bauernkrieg. 1975	1	1	0	0	0
Anthologie: Die Enkel fechtens besser aus	6	A. Abusch (Hg.): Wir Enkel fechtens besser aus. Dokumente, Lyrik, Prosa zur revolutionären Tradition des deutschen Bauernkrieges 1975	1	1	1	1	0
Anthologie: In der großen Familie (Arbeitstitel)	10 + [3]	K-H. Kasper (Hg.): Die Nacht des Kosmonauten. 20 Erzählungen aus 13 Sowjetrepubliken 1975	1	1	1	0	1
Cofino: Die letzte Frau und der nächste Kampf	10	Manuel Cofino López: Die letzte Frau und der nächste Kampf. Roman 1975	1	1	1	0	1
Frémontier: Renault - Die Arbeiterfestung	7,5 + 3 Export	Jacques Frémontier: Renault - Die Arbeiterfestung 1975	0	0	0	0	0
Literaturen der sozialistischen europäischen Länder (Arbeitstitel)	5	Heinrich Olschowsky (Ltg.): Literaturen der soz. europ. Länder. Universeller Charakter und nationale Eigenart 1975					

Quelle. Aufbau-Archiv, Nr. 114 und 1189 (Themenplan), Bibliographien

Tabelle 3 Auflagenhöhen ausgewählter Titel im Aufbau-Verlag 1971 - 1975
(Erstausgaben ohne Taschenbücher)

Durchschnittliche Auflagenhöhe 1971 bis 1975		16.550
Durchschnittliche Auflagenhöhe Festeinbände 1971 bis 1975		13.000
Durchschnittliche Auflagenhöhe Broschur 1971 bis 1975		47.200
Titel mit sehr hohen Auflagen:		
Fjodor Michailowitsch Dostojewski: Schuld und Sühne	1971	40.000
Hermann Kant: Impressum	1972	40.000
Erwin Strittmatter: Wundertäter II	1973	60.000
Christa Wolf: Unter den Linden	1974	30.000
Erich Maria Remarque: Im Westen nichts Neues	1975	30.000
Alfred Wellm: Pugowitz	1975	30.000
Titel mit hohen Auflagen:		
1971		
Anna Seghers: Überfahrt		21.500
Alfred Döblin: Wallenstein		20.000
Vercors: Das Floß der Medusa		10.000
1972		
Rosemarie Schuder. Paracelsus oder der Garten der Lüste		25.000
Ernest Hemingway: 49 Depeschen		20.000
Irmtraud Morgner: Die wundersame Reise		16.000
Margarete Neumann: Der grüne Salon		10.000
1973		
Anna Seghers: Sonderbare Begegnungen		26.000
Ingeborg Bachmann: Simultan		20.000
Günther Kunert: Die geheime Bibliothek		15.000
Giuseppe Tomasi di Lampedusa: Erzählungen		15.000
1974		
Klaus Mann: Der Wendepunkt		28.500
Upton Sinclair: Der Dschungel		20.000
Siegfried Lenz: Deutschstunde		15.000
Günther Kunert: Der andere Planet		15.000
1975		
John Dos Passos: Manhattan Transfer		20.000
Martin Walser: Fiction, Die Gallistl'sche Krankheit		20.000
Joachim Seyppel: Abschied von Europa		15.000
Marcel Proust. Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, Bde. 3,4,5		je 10.000

Quellen: Themenpläne und Bibliographien des Aufbau-Verlages

Tabelle 4

Nationalliteraturen im Aufbau-Verlag 1971 - 1975
(Anzahl der belletristischen Titel)

	1971	1972	1973	1974	1975		1971-1975
Deutsche Literatur	115	148	149	163	176		751
<i>davon Gegenwartsliteratur der DDR</i>	35	49	54	69	72		279
<i>Literatur des Erbes</i>	78	96	90	89	98		451
<i>Literatur der Bundesrepublik</i>	2	3	5	5	6		21
Französische Literatur	19	24	13	19	18		93
Sowjetliteratur	6	10	16	18	18		68
Russische Literatur	14	7	15	12	11		59
Englische Literatur	12	11	12	12	10		57
Literatur der USA	9	9	7	8	8		41
Antike Schriftsteller	5	4	3	3	1		16
Tschechische Literatur	2	2	3	3	5		15
Spanische Literatur	0	5	2	3	2		12
Italienische Literatur	5	0	2	4	6		17
Dänische Literatur	2	3	0	3	4		12
Ungarische Literatur	2	2	3	3	1		11
Polnische Literatur	1	0	3	2	5		11
übrige europäische Literaturen	6	5	5	5	8		29
außereuropäische Literaturen	1	1	8	2	1		13
GESAMT	199	231	241	260	274		1205

Die Nationalliteraturen sind einzeln aufgeführt, sofern in den fünf Jahren mehr als 10 Titel erschienen sind. Die Einteilung der deutschen Literatur ist nach den zuständigen Lektoraten (zeitgenössische deutsche Literatur und Erbe) vorgenommen worden. Als Titel wurde jeder selbständige Band gezählt.

Liste der abgelehnten Bücher 1976 - 1978

- I = aus ideologischen Gründen
 II = aus künstlerischen Gründen
 III = aus verschiedenen Gründen

Aufbau-Verlag

I	Poche /	Atemnot	76
I	Frank Wolf Matthies /	Gedichtband	77
II	Pietraß	Gedichte	77
III	Seyppel	Das Hochhaus	

Mitteld. Vlg.

I	Gosse	Totes Rennen	76
I	Braun	Unvollendete Geschichte	76
I	Bettina Wegner	Lieder	
I	Herausgeber Gosse	Schattensprünge II	77
I	Schreyer	Harmo 88	77
I	Poche	Atemnot	78
I	Loest	Spurensicherung	78
I	Klaus Schneider	Roman	78
I	Braun	Che-Stück im Querschnittsband	77
II	Liermann	Totes Rennen	76
II	Rainer Kirsch	Lyrik	76
II	Erna Taege-Rönisch	Klavier zu verschenken	76
II	Bartus	Judith	77
II	Rolf Wohlgemut	Lenzerheide	77 →

[S.2]

Fortsetzg. Mitteld. Vlg.

II	Polychvonidis	Die verlassenen Söhne oder Die Narren und die Weisen	77
II	Poche / <i>Stuckirk</i>	Portraits	77
II	Jörg Schröder / Frank	Lieberwirth Lyrik	
II	Christiane Freye	Die Bewährung	77
II	Edgar Kirsch	Autobiographisches in der Literatur (Essay)	77
II	Jost Glaser	Kinderport	77
II	Horst Klemm	Stanko	78
II	G.u.J. Braun	Sokrates Roman	78
II	Rita Sprengel	Judith	78
II	Reinhard Wenzel	Die Erz. der Gerlinde Knapp	78
II	Heide Ritter	Zum Werk von Peter Hacks	78
II	Christa Fischer	Ideal + Wirklichkeit bei Autoren des Jg. 33 – 44	78

III	Schreyer	Die Entführung	78
III	Braun	Training des aufrechten Gangs	78

Hinstorff – Vlg.

I	Th. Brand	Erzählungen	76
I	Stade	Balautschuk ist wieder da	
I	Becker	Schlaflose Tage	77
I	R. Schneider	November	77
II	Gerd Neumann	Erkenntnisroman	
II	K.H. Roehricht	Erz.	77
II	Heidemarie Hartel	Geschieden	78
II	Gerda Weinert	Letzter Brief für Regine	78
II	Dr. Martin Müller	Die Sünden der Väter	78

[S.3]

Forts. Hinstorff

II	Ernst Plach	Mehrere Titel	78
	Liermann	Michaels Reise um die Welt	78
	Pietraß	Lyrik	78
III	Bradatsch	Roman BRD	
III	Dr. Helmut Hanke	Buch über amerik. Unabhängigkeitskrieg	

Henschel Vlg

I	Heiner Müller	Germania Tod in Bln.	
---	---------------	----------------------	--

Union Vlg

II	Anneliese Probst	Karlchen oder die Geschichte von der eisernen Hochzeit	77
II	Dr. Christian-Ulrich Bangatz	Das Zauberwort	77
	Helmut T. Heinrich	Schelling – Roman	77

Vlg. Neues Leben

I	Selbmann	Acht Jahre u. 1 Tag	76
I	Loest	4 Erz. f. Band „Etappe Rom“	77
I	Tragelehn	Poesiealbum	78
		„Auswahl 78“ daraus einige Gedichte z.B. von Bettina Wegner	
II	Klaus Frühauf	Genion	78
II	Alex Kröger	Die Marsfrau	78
II	Jurij Brezan	2 Erz. aus Band „Der Brautschatz	7X
	2 Exposés	1. Eva Maria Kohl }	
		Harry Falkenhayn }	78

Herausgeber: Medien- und Kommunikationswissenschaft
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Tel.: 0345 / 5523576

Fax: 0345 / 5527048

Redaktion: Dr. Kathrin Fahlenbrach
Titel: Prof. Dr. Dietrich Löffler
Layout: Regina Hantke
Logo Prof. Dr. Dietrich Löffler und Uta Tintemann

Als Typoskript gedruckt.

© Martin-Luther-Universität
und bei den Autoren, 2002

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 0949-1880 (HALMA)